

2/201/16-2 H  
1991

*Das*  
**HAMBURG**  
*Programm*  
der **CDU**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Hamburg - Metropole mit Zukunft	3
Gesunde Umwelt in der Großstadt	7
Dem Bürger helfen, die Umwelt zu schützen	8
Wasser und Abwasser - Elbe und Alster sanieren	9
Trinkwasser	11
Den Boden wirksam schützen	13
Saubere Luft - Schutz des Klimas	14
Weniger Lärm	16
Abfallwirtschaft statt Abfallberg	17
Natur- und Landschaftsschutz	20
Umweltschutz und Wirtschaft	22
Sichere und saubere Energieversorgung	23
Wohnungsbau und Stadtplanung	27
Wohnraum für Hamburgs Bürger schaffen	27
Soziales und preisgünstiges Wohnen in Hamburg	32
Verkehrspolitik - Die entlastete Stadt	35
Sicher leben in Hamburg	41
Schutz vor Straftaten	41
Der Bürger und sein Recht	47
Strafvollzug	50
Hamburg vor Katastrophen schützen	52
Bundeswehrstandort Hamburg	54
Kampf den Drogen	55
Für eine Wirtschaftsmetropole mit Zukunft	59
Wachstumsmotor Mittelstand	65
Hamburgs Herz - der Hafen	69
Hamburg - soziale Stadt	73
Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen	73
Sozialhilfe	76
Behinderte - Integration statt Isolation	78
Ausländer - für Integration, gegen Asylmißbrauch	80
Hamburg - Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien	82
Offensive für die Familie	82
Kinderfreundliches Hamburg	85
Jugendpolitik - Mit Chancen aufwachsen	87
Die Gleichberechtigung der Frau verwirklichen	90
Das Alter hat Zukunft	93
Der Mensch im Mittelpunkt moderner Medizin	98
Bildungsmetropole Hamburg	103
Wir brauchen verlässliche Schulen	103
Offensive in der schulischen Berufsbildung	109
Weiterbildung muß zum Selbstverständnis werden	113
Wissenschaft und Forschung als Keimzelle des Fortschritts	117
Hamburg - Stadt mit Kultur, Sport- und Freizeitqualität	122
Demokratische und leistungsfähige Verwaltung für Hamburg	135
Solide Finanzen: Basis für die Zukunft	138
Stichwortverzeichnis	145

## Vorwort

Wir müssen gemeinsam in den neunziger Jahren große Herausforderungen bewältigen - in der Wirtschaft und beim Schutz unserer natürlichen Umwelt, in der Hilfe für die Schwächeren unserer Gesellschaft und im menschlichen Miteinander. Mit der deutschen Einheit ist eine neue Epoche angebrochen. Europa wächst immer schneller zusammen. Die Weltordnung verändert sich. Die Wünsche und Hoffnungen, die Sorgen und Nöte der Menschen bei uns und draußen in der Welt haben sich gewandelt. Hamburg aber - so sehr sich seine Probleme verändert haben - ist politisch stehengeblieben. Seit 34 Jahren regiert die SPD in unserer Stadt, geht alte Wege trotz neuer Probleme und betrachtet zunehmend unsere Stadt wie ihr Eigentum. Nachlassende Entscheidungskraft, zunehmende Führungsschwäche, Filz und Skandale prägen die letzten Jahre. Daran hat auch die FDP im Senat nichts geändert. Schwung, Zukunftskraft und Mut zum Handeln fehlen. Allzuviel bleibt in einer unhamburgischen, fast provinziellen Enge gefangen. Daß sich die Verkehrsprobleme häufen, der Wohnungsbau nur im Schneckentempo vorankommt, daß die Presse Hamburg schon "eine Metropole der Gewalt" nennt und nach zehn Jahren Hafenstraße dieser Skandal immer noch Schlagzeilen im In- und Ausland machen kann - all dies hat eine Ursache: die zu lange Herrschaft einer Partei, die bequem, ideenlos und handlungsschwach geworden ist.

Der demokratische Wechsel ist deshalb nicht nur ein Gebot der politischen Kultur. Er ist auch eine Notwendigkeit, wenn Hamburg die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigen will.

Hamburg braucht neuen Elan, neue Dynamik, neue Kreativität, eine neue politische Kraft in der Führung: Wirtschaftlich und finanziell kompetent, ökologisch verantwortungsbewußt, sozial feinfühlig.

Schon einmal - 1953 - mußte die SPD in die Opposition und kam in Hamburg die CDU in die Regierung. Die Älteren wissen, daß dieser Impuls Hamburg gut getan hat. Wohnungsboom, wirtschaftliche Blüte, internationale Erfolge und kultureller Glanz waren die Folge. Es war ein Wechsel zum Besseren. Die Jüngeren sollten erkennen: Für sie gibt es jetzt die Chance, einen Erneuerungsprozeß für Hamburg einzuleiten.

Bei der Bürgerschaftswahl am 2. Juni geht es um die Entscheidung, ob in Hamburg politisch alles beim Alten bleibt, ob weiterhin endlos geredet wird oder ob die Wähler den Weg frei machen für eine neue Kraft, die handelt.

Mit ihrem "Hamburg-Programm" zeigt die hanseatische CDU, wo und wie sie handeln wird, wenn die Hamburgerinnen und Hamburger ihr die Verantwortung nach über drei Jahrzehnten SPD-Herrschaft übertragen.

### Hamburg - Metropole mit Zukunft

Europäischer Binnenmarkt 1992

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes Ende 1992 stellt Hamburg vor völlig neue Aufgaben. Gleichzeitig hat die Deutsche Einheit unserer Stadt ihr traditionelles östliches Hinterland zurückgebracht und Hamburg aus der Randlage ins nördliche Zentrum gerückt. Die Veränderungen in Polen, in den baltischen Ländern und in der Sowjetunion geben dem Ostseeraum neue Perspektiven. Die Überwindung der europäischen Teilung eröffnet der schon von Bürgermeister Kurt Sieveking und Senator Ernst Plate in den 50er Jahren begonnenen "Politik der Elbe" eine neue Dimension. Wir wollen u.a. in wirtschaftlichen und hafengewirtschaftlichen Fragen, beim Umweltschutz und Verkehr eine gemeinsame Politik für die gesamte Elbregion betreiben.

Hamburg hat aufgrund dieser einmaligen historischen Entwicklungen eine glänzende Ausgangsposition, um seine Stellung als Metropole Norddeutschlands und der gesamten nordeuropäischen Region zu stärken und auszubauen.

Eine Metropole muß attraktiv sein ihre Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kunst. Deshalb sind Umweltqualität, gutes Wohnen, sichere, zukunftsorientierte Arbeitsplätze, gute Schulen und Hochschulen, Schutz vor Kriminalität und sozialer Frieden, und zugleich ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot, wichtige Voraussetzungen, um die Anziehungskraft

und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu verbessern.

Das führt zwangsläufig zu Zielkonflikten zwischen den Spannungsfeldern

- \* Wohnen und Arbeiten
  - \* hochentwickelte Industriegesellschaft und Umwelt
  - \* Leistungsfähige Verkehrsstrukturen und Landschaftsverbrauch
  - \* Haushaltssanierung und notwendigen Zukunftsinvestitionen
  - \* Metropole und Umland,
- die gelöst werden müssen.

Hamburg muß die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn, sowohl den Ländern als auch den Kreisen und Gemeinden des Umlands pflegen.

Der Senat hat es bisher am nötigen Willen zu einer solchen Kooperation fehlen lassen. Auf Länderebene gab es zwar viele Konferenzen, doch nur selten konkrete Vereinbarungen, die zudem nur zum Teil umgesetzt wurden.

Wir werden mit aller Kraft dazu beitragen, die Gemeinsamkeiten unter den norddeutschen Ländern in den Vordergrund der politischen Arbeit zu stellen und faire Kompromisse zu suchen.

Durch die Wiedervereinigung ergeben sich für Hamburg viele neue Chancen undn Möglichkeiten. Die Nachfrage aus den neuen Bundesländern ist in Hamburg bereits spürbar. Der Haushalt wird dadurch in den nächsten Jahren Mehreinnahmen in Millionenhöhe verzeichnen können. Wir werden dafür Sorge tragen,

Zielkonflikte lösen

Zusammenarbeit der Länder

Den neuen Ländern helfen

daß die Wirtschaftsströme nicht zur Einbahnstraße von West nach Ost werden. Hamburg muß beim Aufbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, tatkräftig helfen.

Mit seinen Umlandgemeinden hat Hamburg bisher nur im Wettbewerb gestanden. Die Probleme der Nachbarschaft, ob Verkehr, Regionalplanung, gesundheitliche Versorgung, Kulturangebot, Naherholung, Bildung, Energieversorgung, Wirtschaftsansiedlung oder Entsorgung können aber nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit gelöst werden.

Die überregionale Zusammenarbeit der norddeutschen Länder muß durch eine intensive Zusammenarbeit Hamburgs als Gemeinde mit den Nachbargemeinden und -kreisen ergänzt werden. Hamburg sollte sich mit den Umlandgemeinden und -kreisen zu einem Zweckverband "Region Hamburg" zusammenschließen, um z.B. gemeinsame Fragen des Umweltschutzes und der Verkehrsanbindung besser zu koordinieren. Ein solcher Verband würde auf der gemeinsamen Interessenlage seiner Mitglieder beruhen. Leistung und Gegenleistung würden sich unmittelbar auswirken und könnten daher auch politisch leichter durchgesetzt werden.

Zum Wesen der Metropole gehört Internationalität. Der Europäische Binnenmarkt erfordert es, daß Hamburg seine Präsenz im Ausland verstärkt. Dazu gehört eine wirkungsvolle Arbeit in Brüssel, im zunehmend wichtiger werdenden Wirtschaftsraum Ost- und Südostasien, und

Partnerschaft statt Streit

Gemeinsame Regionalpolitik

Hamburg - Tor zur Welt

die Intensivierung der Beziehungen zu Hamburgs Partnerstädten in aller Welt. Vor allem die von der CDU angeregten und vorbereiteten Partnerschaften mit Dresden und Prag wollen wir nutzen, um eine neue Phase der Politik der Elbe einzuleiten. Dazu gehört auch der Abschluß eines neuen Partnerschaftsvertrages mit Dresden, der den alten, noch zu SED-Zeiten abgeschlossenen Vertrag ersetzt.

### Gesunde Umwelt in der Großstadt

Umweltschutz hat für die CDU Vorrang.

Der Schutz unserer Umwelt ist für uns eine der wichtigsten Aufgaben. Er ist unverzichtbar, wenn wir unsere Welt lebenswert erhalten und lebenswerter gestalten wollen. Unsere Wohlstandsgesellschaft verursacht Umweltprobleme. Sie hat aber die Pflicht und durch die ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft auch die Fähigkeit, Umweltprobleme zu vermeiden bzw. zu beseitigen und die Umwelt dauerhaft zu schützen.

Mit wohltönenden Worten erweckt die SPD den Anschein, als ob für Umweltschutz besonders viel getan würde. Der Bürgermeister bezeichnete in der Regierungserklärung 1988 den Umweltschutz als "dramatischste Herausforderung" für politisches Handeln. Aber dann war der Hamburger Umwelthaushalt 1990 der einzige in Bund und Ländern, der gesenkt wurde. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes betreibt der Senat Haushaltsanierung statt Umweltsanierung. Ob Grundwassergebühr oder Sielgebühr: Umweltgebühren versickern im Haushalt, statt direkt dem Umweltschutz zugute zu kommen. Das Verwaltungshandeln ist nach wie vor durch Kompetenzwirrwarr und Handlungsdefizite gekennzeichnet. Das zeigte sich im Skandal um die Lindanfässer. Ein Dreivierteljahr wußten Behörden von Giftfässern in der Innenstadt. Doch es passierte nichts. Noch schlimmer ist das Beispiel Bille-Siedlung: Dort hat der Senat komplett versagt.

Die SPD verkennt die Chancen, die moderne Technik für den Umweltschutz bietet (z.B. bei der Abfall- und Klärschlammverwertung, bei Lärmvermeidung und Gewässerreinigung). Sie hat die von der Bundesregierung ermöglichten marktwirtschaftlichen Umweltschutzregelungen nicht ausreichend genutzt. Der Senat hat zahlreiche Pläne in der Schublade, z. B. zur Alstersanierung, zur Altlastenbeseitigung etc.. Aber verwirklicht wurde nur wenig. Für uns ist klar: Umweltschutz muß eine Priorität im Hamburger Haushalt bekommen. Und es müssen alternative Finanzierungs- und Betriebskonzepte geprüft werden, damit unserer Stadt Umweltschutz realisiert wird und nicht nur darüber lamentiert wird.

#### Dem Bürger helfen, die Umwelt zu schützen

Der Schutz der Umwelt ist nicht allein Aufgabe des Staates; er ist Aufgabe aller Bürger. Der Staat soll aber Hilfen geben, damit jeder Einzelne selbst über sein umweltgerechtes Handeln bestimmen kann. Jeder von uns kann zum Umweltschutz beitragen, indem er umweltfreundliche Produkte kauft, Müll vermeidet und umweltschonend verwertet, sparsam mit Wasser umgeht, seinen Garten umweltgerecht pflegt, umweltschonend am Verkehr teilnimmt, Umweltschutz am Arbeitsplatz betreibt.

Deshalb wollen wir

- die Umweltberatung flächendeckend ausbauen;
- spezielle Beratungsstellen für um-

- weltschonende Gartenpflege und Landwirtschaft schaffen;
- verstärkt Umweltschutzberatung für mittelständische Unternehmen anbieten;
- Stellen für Zivildienstleistende, ABM-Stellen und Stellen nach dem Bundessozialhilfegesetz speziell für Umweltschutzaufgaben einrichten.
- Müll- und Siedelgebühren, Wasser und Energiepreise so gestalten, daß der Bürger für umweltfreundliches Verhalten belohnt wird;
- Umweltgebühren auch tatsächlich für den Umweltschutz verwenden;
- die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter im Umweltschutz machen;

#### Wasser und Abwasser - Elbe und Alster sanieren

Unsere Gewässer dürfen nicht als Kloake mißbraucht werden. Besonders Alster und Elbe sind Lebensadern unserer Stadt. Ihre Reinhaltung ist eine wichtige Aufgabe.

Rund 80% der Elbbelastung stammt aus Mitteldeutschland und der CSFR. Die politischen Veränderungen dort und die deutsche Einigung geben uns die historische Chance, die Elbverschmutzung an den Quellen zu beseitigen. Die CDU hat die Städtepartnerschaften mit Dresden und Prag initiiert. Sie wird diese Partnerschaften für die Sanierung der Elbe nutzen, denn jede dort investierte Mark fließt buchstäblich als sauberes Wasser zu uns zurück.

Hamburgs Abwassersystem ist der größte Nebenfluß der Elbe: Täglich fließen rund 0,5 Mio m<sup>3</sup> Abwasser in die 60 Mio m<sup>3</sup> der Elbe.

1982 wurde das Alstersanierungskonzept beschlossen. 1991 ist erst eines von 15 Rückhaltebecken fertiggestellt und eines von 4 Transportsielen in Bau.

Auch Hamburg muß mehr für die Elbe tun, denn die schmutzigsten Stellen der Elbe sind dort, wo die Klärwerke einleiten und wo aus städtischen Mischwassersielen ungeklärtes Abwasser in die Elbe fließt.

Für die Alster ist Hamburg allein verantwortlich. Der Alsterschlick ist teilweise so stark belastet wie Elbschlick.

Viele Uferbereiche der Flüsse und Bäche sind durch Stromregulierungen und Kanalisierung ökologisch geschädigt worden und können ihre Funktion als ökologische Lunge für die Gewässer nicht mehr wahrnehmen.

Unsere Gewässer müssen so sauber werden, daß auch Fische wie der Lachs wieder darin leben können, und daß Menschen darin ohne Gefahr baden können. Noch kann davon keine Rede sein.

Wir werden

- die Hamburger Klärwerke so ausrüsten, daß sie mindestens den Vorgaben der Bundesregierung und den Zielen der Nordseeschutzkonferenz entsprechen (bessere Phosphor- und Stickstoffentfernung);
- das Alstersanierungsprogramm drastisch beschleunigen und die notwendigen Rückhaltebecken und Transportsiele bauen;
- ein Elbsanierungsprogramm zur Entlastung der Elbe von ungeklärtem Mischwasser schaffen;
- die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Sielsystems durch moderne Bau-

1989 flossen 7 Mio. m<sup>3</sup> Mischwasser ungeklärt in Alster und Elbe. Diese Menge entspricht 44 Millionen Badewannenfüllungen.

Das Sielsystem bricht auseinander: aus klaffenden Rissen kann Abwasser in den Boden dringen. Der Senat betreibt Flickwerk statt eines Sanierungskonzeptes.

- und Betriebstechniken steigern;
- die Erstbesiedlung beschleunigen;
- die Sanierung des maroden Sielsystems beschleunigen;
- keine zusätzlichen Genehmigungen für die Einleitung von Schwermetallen der giftigen organischen Substanzen mehr erteilen und bestehende Genehmigungen so rasch wie möglich herabsetzen;
- die Einleitungen von Schadstoffen in die Abwasserkanäle bereits an der Quelle in den Betrieben herabsetzen, und zwar durch Verschärfung der Einleitbedingungen und durch nach Verschmutzung gestaffelte Sielgebühren für Großeinleiter;
- mit unseren Partnerstädten gemeinsame Umweltschutzprojekte, insbesondere zur Elbsanierung, durchführen;
- den Uferzonen der Seen, Bäche und Flüsse durch Renaturierung ihre ökologische Funktion wiedergeben;

### Trinkwasser

Es wird befürchtet, daß in den nächsten zehn Jahren ein Drittel unserer Trinkwasserreserven in Gefahr gerät. Wasser wird deshalb ein immer kostbareres Gut, mit dem wir sparsam umgehen müssen. Deshalb fordert die CDU:

- die Wassereinsparung in Haushalten, Industrie und Gewerbe zu fördern;
- vom Verbrauch kostbaren Trinkwassers auf Brauchwasser umzustellen, soweit dies möglich ist;
- in Neubaugebieten die Installation getrennter Trinkwasser- und Brauchwasserleitungen zu fördern;

- spezielle Brauchwasserangebote in Gewerbegebieten zu schaffen;
- Wasser verbrauchsabhängig abzurechnen (Einbau von Wasserzählern);
- die vom SPD-FDP-Senat eingeführte Gebühr für die Entnahme von Grundwasser, die nicht für Umweltmaßnahmen reserviert ist, sondern dem allgemeinen Staatshaushalt zufließt, nach ökologischen Prinzipien neu zu ordnen. Sie muß Anreiz zum Wassersparen bieten, zwischen den Wasserqualitäten unterscheiden und gezielt für Wasserschutzzwecke verwendet werden;
- ein qualitätsbezogenes Grundwassermanagement zu entwickeln, das die Grundwassersituation erfaßt und entsprechende Schutzmaßnahmen einleitet.

Seit 1989 erhebt der Hamburger Senat eine Grundwasserentnahmegebühr, die nach dem Urteil der Umweltverbände ökologisch unsinnig ist. Sie dient dem Staatshaushalt, aber nicht dem Umweltschutz.  
Volumen: 10 Millionen DM

Außerdem müssen die Grundwasservorkommen vor Abwässern aus dem maroden Sielsystem wie auch vor Altlasten und Pflanzenschutzgiften geschützt werden.

Wir werden

- die Sanierung des Alster-Siel-Systems so vorantreiben, daß die erste Stufe des Alstersanierungskonzeptes in sechs Jahren erreicht ist, und nicht erst im nächsten Jahrhundert, wie es der Senat will;
- die Altlastensanierung vorantreiben, deren Mittel die SPD-FDP-Mehrheit und ihr Senat für 1990 gekürzt haben. Nur das Prestigeobjekt Georgswerder wird ausreichend finanziert. Aber einige hundert Flächen in Hamburg müssen saniert werden;
- mehr Trinkwasserschutzgebiete ausweisen. Trotz zwanzigjähriger Bemühungen hat der Senat erst ein

Durch nicht reparierte Sielschäden können bis zu 100 Millionen Liter pro Tag Grundwasser verloren gehen.

Es gibt erst ein Trinkwasserschutzgebiet, und das im Einzugsgebiet von über 1,6 Millionen Menschen.

Trinkwasserschutzgebiet beschlossen, und dies auch erst vor wenigen Monaten. Es wurde nicht einmal ausreichend auf Sielschäden untersucht: nur acht Prozent des Sielnetzes wurden überprüft. Dabei wurden schon 31 Defekte gefunden.

Nicht nur Staat und Industrie, auch die Bürger sind gefordert: Weniger Wasser verbrauchen im Haushalt, auf Gifte im Garten verzichten, Grundstücke entsiegeln, Regenwasser nutzen.

#### Den Boden wirksam schützen

Die Mittel für die Sanierung von Altlasten wurden vom Senat für 1990 gekürzt.

In den letzten sechs Jahren hat der Senat insgesamt nur 113 Mio DM für Altlastensanierung ausgegeben.

An über 2000 Stellen unserer Stadt ist der Boden durch giftige und andere Chemikalien belastet. Erst 250 Flächen sind untersucht. Der SPD-FDP-Senat hat sich zwar mittlerweile des Giftbergs Georgswerder als Vorzeigeprojekt angenommen, dafür aber die vielen anderen Altlasten vernachlässigt. Es gibt kein Sanierungskonzept, das festlegt, in welcher Reihenfolge und wie diese Altlasten beseitigt werden sollen und wie dies zu finanzieren ist.

Wir werden uns um die Altlastensanierung kümmern. Dabei gilt das Verursacherprinzip: Wer den Boden belastet hat, soll auch für die Sanierung bezahlen. In einigen Fällen sind aber Verursacher nicht mehr festzustellen. Wir wollen deshalb einen Altlastenfonds, an dem sich Bund, Länder, Gemeinden und Industrie beteiligen.

Zu den Altlasten kommen ständig neue Belastungen hinzu, weil der Boden durch Luftschadstoffe, Dünge- und Pflanzenschutzmittel verunreinigt wird. Wir wollen die Neubelastung des Bodens verringern durch

- das "Entchemisieren" von Produkten und Müll,
- den Verzicht auf schädliche Pflanzenschutzmittel und Insektenmittel,
- den Verzicht auf Hausmülldeponien,
- den Einsatz neuester Technik bei der Abfallverwertung und Luftreinhaltung,
- die Förderung extensiver, naturschonender Landwirtschaft,

Zur Verringerung des Flächenverbrauchs und der Oberflächenversiegelung werden wir

- verstärkt vorhandene Wege bei der Verkehrswegeplanung nutzen, statt neue Flächen zu verbrauchen,
- brachliegende Flächen und sanierte Altlastflächen für die Gewerbeansiedlung heranziehen,
- flächensparende, ökologische Bauweisen fördern.

#### Saubere Luft - Schutz des Klimas

Laut Luftbericht 1990 sanken die Emissionen in Hamburg insgesamt um 44%, darunter Schwefeldioxid um 66%, Stickoxide um 34%, Staub um 54%.

Die von der Bundesregierung erlassenen Gesetze und Verordnungen zur Reinhaltung der Luft und der vermehrte Einsatz der Kernenergie haben auch Hamburgs Luft deutlich verbessert. Aber Waldsterben und photochemischer Smog zeigen, daß wir noch viel tun müssen. Heute ist der Verkehr zu einer der Hauptquellen von Luftverschmutzung geworden,

aber auch die Energieerzeugung aus Kohle, Öl und Gas ist eine wichtige Emissionsquelle. Wir wollen deshalb

Die HEW-Kraftwerke belasteten Hamburgs Luft 1987 mit 12.493 t Schwefeldioxid entsprechend 38,5% der Gesamtemissionen

- eine umweltfreundliche Energiepolitik betreiben und die Luftbelastung aus Kraftwerken - insbesondere durch Nutzung regenerativer Energiequellen - weiter vermindern;
- die Bundesgesetze zur Luftreinhaltung zügig umsetzen;
- die Luftbelastung durch Industrie verringern und bei Ansiedlungen saubere Betriebe bevorzugen;
- die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs erhöhen und das Fahrrad als Verkehrsmittel fördern, um Autoverkehr zu vermeiden;
- Autostaus und deren Umweltbelastung verringern durch grüne Wellen und durch ein ausreichendes Parkplatzangebot zur Vermeidung von Suchfahrten;
- Elektroautos und Fahrzeuge, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, gezielt fördern, z.B. durch reservierte Parkplätze und geringere Parkgebühren;
- die Müllverbrennungsanlagen zügig auf den neuesten Stand der Technik bringen und auf die vorangehende Abtrennung gefährlich verbrennender Stoffe achten;
- bei allen zukünftigen abfallwirtschaftlichen und energiepolitischen Entscheidungen anzustreben, daß besonders schadstoffbelastete Bezirke nicht noch mehr beeinträchtigt werden und daß insbesondere im Bezirk Hamburg-Mitte ein deutlicher Abbau der Belastung eintritt.

Müllverbrennungsanlagen mit neuer Technik können über 90% des im Müll vorhandenen Dioxins vernichten. Sie entgiften damit unsere Umwelt.

Hauptquellen von Kohlendioxid (1987)  
 Hausbrand: 4,1 Mio t = 34%  
 HEW-Kohlekraftwerke: 3 Mio t = 24%  
 Industrie: 2,2 Mio t = 18%  
 Kfz-Verkehr: 2 Mio t = 16%

Hauptquellen von Methan (1987)  
 Mülldeponien: ca. 54%  
 Erdgasverteilung: ca. 24%  
 Verbrennung: ca. 12%  
 Kfz-Abgas: ca. 7%

Unser Klima ist bedroht durch den zunehmenden Treibhauseffekt. Bereits heute ist klar, daß die Temperaturen steigen und damit der Meeresspiegel. Hauptursachen sind Kohlendioxid (50%), Methan (19%), FCKWs (15%). Wir in Hamburg werden zu den ersten gehören, die die Folgen zu tragen haben werden. Das Klimaproblem muß weltweit angepackt werden, jede Region muß ihren Beitrag leisten. Wir wollen deshalb die Emissionen an klimaschädlichen Stoffen (Kohlendioxid, Methan, FCKWs etc.) deutlich verringern und dazu einen "Hamburger Klimaschutzplan" entwickeln und umsetzen, der Maßnahmen der Energiepolitik, Verkehrspolitik, Abfallpolitik und Industriepolitik mit dem Ziel des Klimaschutzes zusammenfaßt.

Weniger Lärm

Über 500.000 Bürger Hamburgs können nachts nur bei geschlossenen Fenstern schlafen, weil es sonst zu laut ist. (über 50 dBA)

Lärm wird zu einer immer größeren Gefahr für die Gesundheit der Hamburger. Er überschreitet immer häufiger das zumutbare Maß.

Wir wollen deshalb:

- Straßenlärm an der Quelle bekämpfen, und zwar durch Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, durch Anreize für die Benutzung leiser Lastwagen und Busse und durch Abbau von Schleichwegfahrten in Wohngebieten;
- durch grüne Wellen auf Hauptstraßen Umweltbelastungen durch Ampelstarts vermeiden und einen gleichmäßigeren Verkehrsfluß sowie die Einhaltung der erlaubten Geschwindigkeit erreichen;

- einen Hamburger Lärmschutzfonds einrichten, aus dem Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzfenster etc. auch außerhalb des Flughafenbereichs unterstützt werden;
- für moderne, leise Schienenfahrzeuge und Busse sorgen und die Entwicklung schadstoffarmer Verkehrsmittel unterstützen;
- bei Straßensanierungen und notwendigem Neubau lärmvermeidende Straßenbeläge verwenden ("Flüsterasphalt");
- verstärkt Lärmschutzwände bauen, die gleichzeitig eine ökologische Ausgleichsfunktion haben ("lebende Lärmschutzwand");
- den Kampf gegen den Fluglärm aufnehmen, z.B. durch Bevorzugung leiserer Flugzeuge und durch die Verlagerung des Flughafens Fuhlsbüttel nach Kaltenkirchen;
- zur deutlichen Verminderung von Gewerbe- und Industrielärm klare Lärmvermeidungsverpflichtungen auferlegen und die gesetzlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen;
- bereits frühzeitig in der Planungsphase von Projekten den Lärmschutz berücksichtigen.

Abfallwirtschaft statt Abfallberg

Für 1995 werden 1,1 Mio. t Hausmüll und hausmüllähnlicher Gewerbemüll erwartet. Hinzu kommen noch Sondermüll und Klärschlamm.

Die Müllschlinge zieht sich immer mehr zu: In immer stärkerem Maße hat Hamburg sich abhängig gemacht von der Deponie Schönberg in Mecklenburg, zeitweilig wurde Hamburgs Müll sogar bis nach Potsdam transportiert.

Obwohl stadtnahe Deponien verfüllt waren, hatte der Senat keine neuen Ent-

Der Abfallwirtschaftsplan will von den 1,1 Mio t Müll 300.000 t stofflich verwerten, 750.000 t verbrennen und 53.000 t deponieren.

So wuchsen die Hamburger Hausmülllieferungen nach Schönberg:  
 1985 : 170.000 t  
 1987 : 340.000 t  
 1989 : 500.000 t

Die Müllverbrennung in Stapelfeld erbrachte 108 Mio. kWh Strom und zusätzlich soviel Fernwärme, wie aus der Verbrennung von 10.000 Tonnen Kohle käme.

sorgungsanlagen eingerichtet (weder Deponien noch Müllheizkraftwerke), aber auch keine abfallvermindernden Maßnahmen ergriffen.

Erst seit 1990, nach sieben Jahren, gibt es einen von der Bürgerschaft akzeptierten Abfallwirtschaftsplan, der viele CDU-Forderungen im Prinzip aufnimmt. Aber Pläne hat es in Hamburg viele gegeben; erst die Verwirklichung ist entscheidend. Die dramatische Entsorgungssituation verlangt Taten so rasch wie möglich.

Denn die Abhängigkeit von der Deponie ponie Schönberg verdeutlicht die - sträfliche Vernachlässigung von Vorsorge: man verließ sich einfach auf den 1981 geschlossenen Vertrag mit der damaligen DDR. Über die Hälfte des Hamburger Haus- und Gewerbemülls gelangt so nach Mecklenburg. 1989 hat der Senat den Vertrag verlängert, zunächst soll bis mindestens 1995 weitergeliefert werden. 1990 wurde eine Lieferoption sogar bis 1997 bekräftigt.

Die Bundesregierung hat mit dem Abfallgesetz und den dazugehörigen Verordnungen, z.B. der Verpackungsverordnung mit ihren Pfand- und Rücknahmeverpflichtungen, die Weichen in Richtung Abfallvermeidung gestellt. Es gilt jetzt, dieses Recht in den Ländern umzusetzen.

Neben wirksamer Abfallvermeidung, die oberste Priorität hat, und der stofflichen Verwertung hält die CDU auch die Verwertung in Müllheizkraftwerken für nötig und akzeptierbar. So hat z.B. die

Anlage in Stapelfeld 340.000 Tonnen verbrannt. Die Schlacke wurde weitgehend im Straßenbau genutzt und es blieben nur 20.000 Tonnen (sechs Prozent) zu deponieren. So gesehen, ist die Verwertung in Müllheizkraftwerken umweltgünstiger als Deponierung.

Die CDU wird angesichts der erheblichen Unsicherheiten des Abfallwirtschaftsplanes Alternativkonzepte entwickeln, um einem Müllnotstand begegnen zu können.

Dafür müssen wir vieles tun:

- Die völlig ungenügende Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen muß durch konkrete, umsetzbare Vereinbarungen, die tatsächlich realisiert werden, verbessert werden.
- Der Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor Deponierung" muß insbesondere bei Behörden und Schulen, bei Geschäfts- und Gewerbemüll durchgesetzt werden (Kampagnen, Anschluß an Sammel-systeme, getrennte Wertstofffassung durch umfangreiches Holsystem, Verwendung von Kompost, Schlacke und anderen Recyclingprodukten durch die Stadt).
- Das Angebot der Biomülltonne muß gegenüber den Vorstellungen des Abfallwirtschaftsplanes erweitert werden. Die Qualität des entstehenden Komposts ist zu sichern, um ihn dann auch verwerten zu können, z.B. im öffentlichen Grün.
- Recycling-Container, nicht nur für Glas und Papier, sollen städtebaulich integriert werden.

Hamburg kann 80.000 t Abfälle jährlich nach Damsdorf liefern

- Die Nutzungsrechte an der MVA Stapelfeld müssen wirksam eingefordert und vertraglich gesichert werden.
- Die Errichtung eines "Müllparks" auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Höltigbaum wird abgelehnt.
- Die Deponie Damsdorf (Kr. Segeberg) soll als Spitzenlastanlage statt wie zur Zeit als Grundlastanlage dienen. Dadurch werden Hausmülldeponien in Hamburg (z.B. Höltigbaum) überflüssig.
- da für den Sinn getrennter Sammlung entscheidend ist, daß die Verwertung stattfindet, wollen wir Kooperation mit Unternehmen der Abfallwirtschaft vornehmen; zu erwägen ist ein Anschluß- und Benutzungszwang für Gewerbebetriebe an Getrenntsammlungssysteme.

Natur- und Landschaftsschutz

417 Farn- und Blütenpflanzenarten (21%) sind in Hamburg seit 1909 ausgestorben

Die Stadt ist nicht nur Lebensraum von Menschen, sondern auch von Pflanzen und Tieren. Natur muß in der Stadt Platz haben. Menschen müssen auch in der Stadt Natur erleben können. Hamburg hat viele Naturschutzgebiete, aber sie werden nicht wirksam genug geschützt. Viele Naturgebiete sind durch Deponien und Großsiedlungen zunichte gemacht worden.

Wir wollen

- die Hamburger Naturgebiete durch Grünachsen und Grüngürtel so verbinden, daß die Biotope durch ein ökologisches Netz verbunden sind;
- den Naturschutz in der Stadtplanung gleichrangig mit Bau und Verkehrsplanung stellen;

Bis heute gibt es kein Landschaftsprogramm für Hamburg

- die Landschaftsplanung parallel zur Bauplanung verlaufen lassen, damit sie nicht wie bisher hinterherhinkt;
- die Waldsanierung vorantreiben und die Wälder unter ökologischen Gesichtspunkten zu stabilen Lebensgemeinschaften entwickeln (Umwandlung von Monokulturen);
- die Naturschutzgebiete durch "Ökowächter" wirksam schützen und Verstöße gegen Naturschutzbestimmungen auch ahnden;
- die Kompetenz der Naturschutzverbände verstärkt in die Planungsarbeit der Behörden einbeziehen;
- Naturschutzverbände stärker an der Betreuung von Naturgebieten beteiligen und sie dafür auch öffentlich fördern werden;
- ein "Freiwilliges Ökologisches Jahr" einrichten, in dessen Rahmen sich junge Menschen intensiv um Natur- und Umweltschutz kümmern können;
- städtische Grünanlagen auch nach ökologischen Maßstäben anlegen und pflegen, sodaß sie zu artenreichen Lebensräumen werden;
- die Landwirtschaft dabei unterstützen, den Naturschutz und Artenschutz als Aufgabe wahrzunehmen;
- Baumpatenschaften und Patenschaften von Bürgern und Betrieben für Biotope anregen und fördern;
- den Gifteinsatz in Gärten und Landwirtschaft durch biologische Maßnahmen ersetzen und entsprechende Beratungs- und Förderangebote schaffen;
- Fassaden- und Dachbegrünung fördern, damit auch in Kerngebieten Lebensräume entstehen;

- Gartenflächen im städtischen sozialen Wohnungsbau (z.B. SAGA) den Mietern zur Verfügung stellen, damit aus "Einheitsgrün" artenreiche Lebensräume werden;
- Zivildienststellen, Stellen nach dem BSHG und ABM-Stellen für den Umweltschutz einrichten.

Umweltschutz und Wirtschaft

1988 investierten Hamburgs Betriebe 88,7 Mio DM für den Umweltschutz

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft, das freiheitlichste und leistungsfähigste aller Wirtschaftssysteme, konsequent zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft ausbauen und die Marktkräfte in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Deshalb wollen wir

- solche Betriebe, die sich aktiv um Umweltschutz bemühen, besonders fördern;
- das Überwachungs- und Genehmigungsrecht konsequent anwenden;
- Umweltinitiativen von Betrieben, insbesondere aus dem Mittelstand, unterstützen;
- Patenschaften von Betrieben für Umweltmaßnahmen anregen.

Sichere und saubere Energieversorgung

Die SPD setzt noch immer auf umweltbelastende Kohlekraftwerke. Wenn es nach ihren Plänen zum Ausstieg aus der Kernenergie geht, sollen mindestens 1000 MW an Kohlekraftwerken in Hamburg gebaut werden.

Die HEW ist der drittteuerste von 50 Stromlieferanten (lt. Bundesstrompreisvergleich I/91 der VEA)

Unter SPD und FDP wurden die Energiepreise in Hamburg nicht in dem Maß gesenkt, wie es andere Energieversorger taten.

Koalitionsvereinbarung Realität

Umwandlung in AG	GmbH
Breite Eigentumsstreuung	4 Gesellschafter
Kein Verkauf an Lieferanten oder andere Energieunternehmen	Verkauf an HEW und Gaslieferanten

Mit dem Verkauf der Gaswerke an die HEW und die Gaslieferanten haben SPD und FDP nicht nur entgegen ihrer Koalitionsvereinbarung gehandelt, sondern auch den Wettbewerb auf dem Energiesektor zu Lasten der Verbraucher eingeschränkt.

Unsere Ziele in der Energiepolitik sind:

- die Energie muß sicher und umweltschonend gewonnen werden;
- Energie muß ausreichend, gesichert und kostengerecht zur Verfügung gestellt werden;
- Energie muß sparsam verwendet werden, um Umweltbelastungen gering zu halten und Ressourcen zu schonen;
- Sicherheit hat Vorrang vor Wirtschaftlichkeit.

Für die Energieversorgung bringt der EG-Binnenmarkt viele Vorteile: Ein großer Markt ist weniger anfällig, der Wettbewerb sorgt für mehr Leistung und geringere Preise, die Versorgungssicherheit wächst. Wir wollen, daß diese Vorteile auch Hamburg zugute kommen, und werden deshalb die Energieunternehmen wettbewerbsfähig halten.

Sozial verträgliche Energiepreise

Energie darf kein Billigartikel sein, der zur Verschwendung reizt. Wir werden darauf achten, daß die Energiepreise umweltgerecht und sozial verträglich sind, und daß die Energieunternehmen ihre Monopolstellung nicht zu Lasten der Bürger ausnutzen.

Die HEW-Kohlekraftwerke erzeugen jährlich 3 Mio t Kohlendioxid. Wenn Kernkraftwerke durch Kohlekraftwerke ersetzt würden, würden zusätzlich 10 Mio t Kohlendioxid pro Jahr erzeugt. Der Gesamtausstoß Hamburgs würde sich fast verdoppeln.

Vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe - die für Hamburg konkret die Erhöhung der Flutgefahren bedeutet - muß die Energiepolitik wirksame Maßnahmen zur Kohlendioxidreduzierung ergreifen. Deshalb wollen wir

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts hat die Kohlendioxid-Konzentration um 25% zugenommen. Ohne Gegenmaßnahmen würde die Konzentration der klimabeeinflussenden Spurengase in den nächsten 40-50 Jahren verdoppelt.

- einen "Hamburger Klimaschutzplan" entwickeln und umsetzen, mit dem Hamburgs Beitrag zum Treibhauseffekt deutlich gesenkt wird;
- die Energieeinsparung mit einem Landesprogramm "Intelligenter Energieeinsatz" fördern;

Bis 2005 müssen wir weltweit den Kohlendioxid-Ausstoß um mindestens 25% senken

- den Einsatz regenerativer Energien in der Stadt (Solarzellen, Wärmepumpen, solare Wärmeerzeugung etc.) fördern und ein landeseigenes "1000-Dächer-Programm" für solare Stromversorgung einrichten;

Windstrom kann schon heute kostengünstig sein (unter 15 Pf/kWh)

1 Kilowattstunde Windstrom spart 800 g Kohlendioxid

Kernenergie

- die Einspeisevergütungen für regenerativ erzeugten Strom verbessern;
- die Einspeisevergütungen nach Umweltverträglichkeit der Erzeugung stufen;
- gemeinsam mit den Nachbarländern ein Flächenvorsorgeprogramm entwickeln, um Windstrom von der Küste auch für Hamburg nutzbar zu machen;
- Forschung und Entwicklung zur Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien fördern und ein Hamburger Forschungs- und Testzentrum für neue Energietechnologien mit überregionaler Bedeutung schaffen;
- Fern- und Nahwärmesysteme mit Kraft-Wärme-Kopplung fördern;
- für die Nachrüstung der Kraftwerke entsprechend dem Fortschritt in der Umwelttechnologie sorgen und die in Hamburg gesammelten Erfahrungen bei der Modernisierung von Kraftwerken überregional als Consulting-Leistung anbieten.

Angesichts der Klimabedrohung dürfen die Vorteile der Kernenergie nicht leichtfertig verspielt werden. Hamburg hat als größte Wirtschaftsmetropole Norddeutschlands eine besondere Verantwortung für die umweltgerechte Energieerzeugung und -nutzung.

Die Umwelt- und Kostenvorteile der Kernenergie schaffen uns den Spielraum,

um die regenerativen Energiequellen auszubauen. Wir wollen deshalb Kernenergie und Kohle solange nutzen, bis wir ausreichend neue, noch umweltschonendere Energietechniken einsetzen können. Sicherheit hat für uns absoluten Vorrang vor Wirtschaftlichkeit. Solange Sicherheitsdefizite nicht vollständig beseitigt sind, muß die betreffende Anlage abgeschaltet bleiben.

Wohnungsbau und Stadtplanung

Wohnraum für Hamburgs Bürger schaffen

Wohnraum pro Person

1950: 15 qm  
1990: 34 qm

Personen pro Haushalt

1961: 2,4  
1970: 2,2  
1990: 1,9

Haushalte in Hamburg

1970: 795.000  
1987: 827.000  
1995: 850.000 (geschätzt)

Studentenwohnungen fehlen

Ergebnisse der Volkszählung 1987

geschätzte Wohneinheiten: 815.000  
vorhandene Wohneinheiten: 796.900  
geschätzte Einwohner: 1.575.000  
vorhandene Einwohner: 1.596.000

Fertiggestellte Wohnungen in Hamburg

1973 15.000  
1982 3.622  
1988 2.094  
1990 1.129 (bis August)

Der Wohnungsbau ist eine der dringendsten Aufgaben der heutigen Zeit. Mit ihm wird das Fundament für die schaftliche und soziale Zukunft unserer Stadt gelegt.

Die Wohnungsbaupolitik des Senats in den vergangenen Jahren war durch mangelnde Vorsorge und Vorausschau gekennzeichnet. Auf die Probleme der Großsiedlungen wie auf die im Jahre 1987 einsetzende verstärkte Nachfrage nach Wohnraum hat der Senat nicht rechtzeitig reagiert.

Ebenso trägt er dem für den Hochschulstandort Hamburg so wichtigen studentischen Wohnheimbau nicht entsprechend der steigenden Nachfrage Rechnung.

In Hamburg fehlen mindestens 50.000 Wohnungen. Seit Jahren werden in der Stadt nicht einmal halb so viele Wohnungen gebaut wie im Bundesdurchschnitt. Selbst bei einer nur durchschnittlichen Bauaktivität müßten in Hamburg jährlich 10.000 neue Wohnungen entstehen. Stattdessen plant der Senat auch in den nächsten Jahren nur jährlich 4.000 neue Wohnungen. Nicht einmal dieses unzulängliche Programm wird bisher umgesetzt. Bebauungspläne laufen endlos durch die Behörden, Baugenehmigungsverfahren können Jahre dauern.

Eigentumsquote  
Hamburg : 17%  
Bundesdurchschnitt: 40%

Hamburg hat unter den westlichen Bundesländern den geringsten Anteil am Wohnungseigentum. Der Senat hat die Eigentumsbildung völlig vernachlässigt. Dabei ist Eigentum der beste Mieterschutz. Jede Eigentumswohnung, jedes Eigenheim macht Mietwohnungen frei und dient so auch der Entlastung des Wohnungsmarktes.

#### Wohnungsbauprogramm

Die CDU schlägt ein Programm vor, in dem ausreichende Flächen für den möglichst schnellen und bedarfsgerechten Wohnungsbau ausgewiesen werden. Dieses Wohnungsbauprogramm umfaßt bestehende Freiflächen, berücksichtigt die verkehrstechnische Erschließung sowie eine ökologisch orientierte Bebauung. Hamburg verfügt über ausreichende Reserveflächen, die verstärkt für den Wohnungsbau genutzt werden sollten:

- Im Ortsteil Süderelbe lassen sich Wohngebiete für die Erweiterungsmaßnahmen der Deutschen Airbus GmbH realisieren. Sie werden durch den Bau der A 26 und der Südumgehung Finkenwerder für den Verkehr erschlossen.
- Die Vier- und Marschlande eignen sich aufgrund ihrer ökologischen und sozialen Struktur für den Bau von Siedlungseinseln. Dabei sollte es sich vor allem um Eigentumsmaßnahmen handeln, die nach dem System der Perlenkette bedarfsgerecht in die Landschaft eingepaßt werden können. Zwischen den Siedlungseinseln verbleiben Freiflächen, die der Biotopvernetzung, der Erholung und der Landwirtschaft dienen.

- Auch im Bereich Oberalster können noch Wohnungen gebaut werden, ohne die dort vorhandenen Naturlandschaften - insbesondere das Wittmoor und das Alstertal - anzutasten.
- Das Gebiet Stillhorn/Moorwerder eignet sich, ähnlich wie die Vier- und Marschlande, zum Wohnen am Wasser. Verkehrserschließung über Autobahn A 1 sowie den äußeren Bahnring.

Soweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, kommen Großflächensiedlungen nach dem Vorbild Allermöhe I in Betracht, wenn sie nach den ökologischen und sozialen Erfordernissen gestaltet sind.

Zur weiteren Forcierung des Wohnungsbaus wird die CDU

- die Baugenehmigungs und Bauleitverfahren verkürzen;
- den Flächennutzungsplan neu erstellen und dabei verstärkt Wohngebiete ausweisen;
- die Absicht der Bundesregierung unterstützen, die Fehlbelegungsabgabe auszubauen, um Sozialwohnungen für diejenigen Mieter zur Verfügung zu stellen, die auf diese Wohnungen angewiesen sind;
- mehr Grundstücke für den Eigenheimbau bereitstellen;
- interessierten Kleingärtnern ein Dauerwohnrecht in ihren Gartenhäusern (Lauben und Behelfsheime) anbieten,

#### Fehlbelegungsabgabe

wenn dies städtebaulich und bauplanungsrechtlich möglich ist. Dies gilt vorrangig, wenn eine Sozialwohnung freigemacht wird;

- die Aufstockung von Flachdachhäusern erleichtern, ähnlich dem Verfahren bei Dachgeschoßausbauten;
- die Innenstadt als Wohnstandort wieder beleben, beispielsweise durch den Einbau von Wohnungen im Dachbereich von bestehenden Geschäftshäusern.

Der heute gültige Flächennutzungsplan ist über 17 Jahre alt

Der Flächennutzungsplan von 1973 ist längst überholt. Die Grundlagen dieses Planwerkes stammen aus den 60er Jahren. Damals herrschte ein technokratisches Großstadtverständnis. Großsiedlungen, Zentralismus und Gigantomanie kennzeichneten diese Haltung. Seitdem haben sich die Anforderungen an die Stadtplanung ebenso wie die Strukturdaten gravierend verändert. Heute soll der Mensch im Mittelpunkt der Stadtplanung stehen, der Schutz der Umwelt muß bereits mit dem Beginn der Planung berücksichtigt werden.

80 mal wurde der Plan geändert.

Zahlreiche Änderungen haben den Flächennutzungsplan zu einem Stückwerk gemacht, das weder den ökologischen noch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht.

Beispiel für den Flächennutzungsplan: Tiefwasserhafen im Nationalpark Neuwerk-Scharhörn.

Bis heute hat sich der Senat geweigert, einen neuen Flächennutzungsplan vorzulegen. Beispiele für eine völlig verfehlte Flächennutzungs politik aus jüngster Zeit sind Pläne für Mülldeponien am Rand von Naturschutzgebieten (z.B. Duvenstedter Brook), massive Bebauungs-

pläne für ökologisch wertvolle Flächen (z.B. Immenhorstweg), konzeptlose Verkehrspolitik, mangelnde Ausweisung von Gewerbeflächen.

Wir wollen deshalb

#### Neuer Flächennutzungsplan

- die Stadtentwicklung durch die Neufassung eines Flächennutzungsplans voranbringen, der sich an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts orientiert;

- die Flächennutzung vom Achsenmodell in Richtung auf ein Netzmodell weiterentwickeln, damit
  - die Biotope verbunden werden,
  - umweltgerechte und leistungsfähige Verkehrsverbindungen entstehen,
  - die Elementarfunktionen einer Stadt wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Erholung näher zueinander rücken, ohne sich zu behindern;

- die Ausweisung neuer Wohngebiete beschleunigen und dabei gewachsene Strukturen und den Umweltschutz gebührend berücksichtigen;

#### Flächenrecycling

- neue Flächen für Gewerbe schaffen, insbesondere durch Nutzung von Industriebrachen und Altflächensanierung.

Soziales und preisgünstiges Wohnen in Hamburg

Gerade für eine Metropole ist die Bereitstellung von erschwinglichem und zugleich menschenwürdigem Wohnraum eine Kernaufgabe.

Der Senat hat hier mehrfach versagt. Der Skandal um die "Neue Heimat" hat gezeigt, daß für die SPD der Genossen-Filz wichtiger ist als die soziale Verpflichtung gegenüber dem Bürger und Mieter.

Der Senat hat den DGB aus der Unternehmensverantwortung entlassen und die Wohnungen der Neuen Heimat gekauft. Kurz darauf mußten die Mieter erleben, daß ihre Wohnungen an dubiose Spekulanten veräußert werden sollten. Der Senat erwies sich als schlechter Vermieter.

Die Neue Heimat hätte für ihre Verstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht mehrere hundert Millionen DM Abgeltung zahlen müssen. Der Senat hat nur sechs Millionen eingefordert und zugleich für die Neue-Heimat-Wohnungen 2,15 Milliarden DM bezahlt.

Hamburgs Sozialmieter müssen vielfach in maroden Wohnungen leben, weil der Senat und die Neue Heimat die Instandsetzung der Wohnungen sträflich vernachlässigt haben. Der Senat hat die Mieter stets mit neuen Versprechen hingehalten und nichts getan. Wenn nicht rasch gehandelt wird, können die Instandsetzungsbedarfe bald mehr als zwei Milliarden DM betragen.

Instandsetzungstau (Mio. DM)  
SAGA ca. 400 - 800  
GWG+WVN (Neue Heimat) ca. 250 - 1.000

Steigerung der Zweitmiete seit 1971 für eine 70 qm-Wohnung: +508,5%!

Alle Hamburger tragen die Folgen der der unsozialen Steuer- und Gebührenpolitik des Senats, die sich in der andauernden Erhöhung der Betriebskosten (sog. Zweitmiete), wie z.B. bei den Müllgebühren und der Grundsteuer, niederschlagen.

Wir werden

Neue Heimat-Skandal aufklären

■ den Dauerskandal um die Neue Heimat ohne Ansehen der Person aufklären und dafür Sorge tragen, daß den Neue-Heimat-Gesellschaften ein rechtmäßiges Abgeltungsentgelt auferlegt wird, das unverzüglich für die Instandsetzung verwendet wird. So können bis zu 700 Millionen DM wieder den Mietern zugute kommen;

■ die Stadt Hamburg zu einem verlässlichen Vermieter machen. Zum Schutz der städtischen Sozialmieter vor Spekulationen, Mieterhöhungen und Kündigungen werden wir keine Wohnungen aus den Beständen der GWG, WVN und SAGA an Dritte verkaufen;

Eigentum bilden statt Miete zahlen

■ ein Programm "Eigentum in Mieterhand" schaffen und interessierten Sozialmietern den Kauf ihrer Wohnungen anbieten und bei der Finanzierung behilflich sein. Dafür kommen insbesondere nicht (mehr) preisgebundene Wohnungen aus den Beständen aller städtischen Wohnungsunternehmen in Betracht. Dabei sollen folgende Bedingungen gelten:  
- Der Verkaufspreis orientiert sich

am unteren Rande des Verkehrswertes. Eigenleistungen der Mieter in der Vergangenheit (z.B. Reparaturen und Modernisierungen) werden durch einen weiteren Abschlag berücksichtigt.

- Die durch den Kauf entstehende monatliche Belastung für den bisherigen Mieter soll je nach Höhe des sozial gestaffelten Eigengeldanteiles die jetzige Miete nicht oder nur unwesentlich übersteigen;

Mietergenossenschaften

■ den Aufbau und die Arbeit von Mietergenossenschaften fördern;

Erbbau- und Wiederkaufsrechte

■ dafür sorgen, daß sich die Stadt Hamburg auf Antrag der Berechtigten von Erbbau- und Wiederkaufsrechten durch Verkauf trennt, um im Gegenzug die daraus freiwerdenden Gelder zweckgebunden für die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus in Hamburg zu verwenden;

menschenfreundliches Wohnen

■ die Großsiedlungen durch eine verbesserte Wohnumfeldgestaltung und den Abbau der Renovierungsbedarfe menschlicher machen;

kommunales Wohngeld

■ soweit erforderlich, mit einem kommunalen Wohngeld allen Mitbürgern helfen, angemessen wohnen zu können;

Nebenkosten klein halten

■ der Belastung der Mieter und Eigentümer durch Betriebskosten (Zweitmiete) entgegenwirken, indem wir eine kostengerechte Gebührenpolitik betreiben.

### Verkehrspolitik - Die entlastete Stadt

Hamburgs Verkehrsprobleme können durch ein Konzept gelöst werden, das die gesamte Stadt einbezieht, und Umweltschutz, Stadtbild und Stadtstruktur berücksichtigt. Zu oft wurde dies in der Vergangenheit von der SPD und FDP vernachlässigt.

Das neue Verkehrskonzept der CDU stellt die Bedürfnisse, Wünsche und Verhaltensweisen der Menschen in den Mittelpunkt aller Überlegungen. Weder eine autogerechte, noch eine völlig autofreie Stadt könnte diesem Anspruch genügen.

Ziel: die autoentlastete Stadt

Unsere Lösung für die Verkehrsprobleme ist die autoentlastete Stadt - eine Stadt mit attraktivem öffentlichen Nahverkehr, mit Freiraum für Fußgänger und ausreichenden Verkehrs- und Parkmöglichkeiten für das Auto. Eine Stadt, in der Fußgänger-, Bahn-, Auto-, Bus- und Fahrradverkehr in Symbiose leben, statt in Konkurrenz. Eine Stadt, die ein vielfältiges, umweltfreundliches Verkehrsangebot vorhält und ihre Lebensqualität nicht vom Verkehr erdrosseln läßt. Wir wollen dem Bürger etwas bieten und nicht nur etwas verbieten.

Fahrpreiserhöhungen ersetzen keine Verkehrspolitik

Die sozialliberale Koalition hat den Stellenwert guter Verkehrsverbindungen für den Wirtschaftsplatz Hamburg immer noch nicht erkannt. Tarifierhöhungen sind kein Mittel zur Attraktivitätssteigerung des Nahverkehrs. Mit folgenden Maßnahmen werden wir diesen Still-

stand beseitigen und die verkehrspolitischen Weichen richtig stellen.

Tatsache ist bisher:  
Auf Fahrpreiserhöhungen  
folgen Fahrgastrückgänge

Jahr	HVV-Preis	Fahrgäste im Folgejahr
1982	+ 5,5%	- 4,1 Mio.
1983	+ 9,8%	- 14,5 Mio.
1984	+ 8,8%	- 8,4 Mio.
1985	+ 4,4%	- 7,8 Mio.
1986	+ 3,2%	+ 2,7 Mio.
1987	+ 3,5%	- 9,5 Mio.
1988	+ 2,4%	+ 7,5 Mio.
1989	keine	+ 12,7 Mio.
1990	+ 3,8%	

- Wir werden den öffentlichen Nahverkehr stufenweise attraktiver gestalten, dazu gehören z.B.
  - die Erhöhung der Taktfolgen,
  - bessere Anschlüsse
  - mehr Sauberkeit in Zügen und auf Bahnhöfen,
  - die Planung neuer U- und S-Bahnzüge,
  - Einbau verbesserter behinderten- und kundenfreundlicher Einrichtungen auf den Bahnhöfen,
  - ein leistungsgerechteres Tarifsystem, z.B. mit einem Kurzstrecken-Ticket,
  - die Einführung kundenfreundlicher Einheitstickets und Fahrscheinblocks.

- Wir werden uns dafür einsetzen, daß Tarifsteigerungen mit Verbesserungen des Leistungsangebotes verknüpft werden.

Neuer Sicherheits- und Servicedienst

- Für die Hochbahn wird aus dem heutigen Fahrkartenkontrolldienst ein neuer Sicherheitsdienst geschaffen. Er soll neben der Fahrkartenkontrolle in den Bahnen und Bussen für Sicherheit sorgen und den Fahrgästen mit freundlicher Information und praktischer Hilfe nach IC-Vorbild dienen.

Neue U-Bahnlinie U4

- Mit einer neuen U-Bahnlinie U 4 sollen die Stadtteile östlich der Alster besser erschlossen und eine schnelle Verbindung zwischen Hauptbahnhof, City Nord, dem Flughafen und der Luft-

werft geschaffen werden. Außerdem sollen die Stadtteile Steilshoop und Bramfeld an das Schnellbahnnetz angeschlossen werden.

- Wir werden uns auch für die stufenweise Verlängerung der S-Bahn (S 3) über Neugraben nach Buxtehude bzw. nach Stade einsetzen.
- Die CDU hat vor der Abschaffung der Straßenbahn gewarnt und sich entgegen SPD und FDP für den Erhalt der Straßenbahn engagiert (zuletzt 1978 für die Straßenbahnlinie 2 nach Niendorf und Schnelsen). Die CDU tritt dafür ein, die Straßenbahn/Stadtbahn als umwelt- und bürgerfreundliches Verkehrsmittel wieder einzuführen, wenn dieses sinnvoll möglich ist.

Straßenbahn

Der Senat hat damals mitgeteilt, die Straßenbahn erst abzuschaffen, wenn die Ersatz-U-Bahn gebaut ist. Die U-Bahnlinie auf der alten Strecke der Linie 2 wurde nie gebaut, die Straßenbahn dennoch abgeschafft.

Neuer äußerer Bahnring

- Wir reagieren auf die Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadt. Sie erfordern einen neuen äußeren Bahnring, um die notwendigen Querverbindungen zu schaffen und die äußeren Stadtteile von Blankenese über Lurup, Schnelsen, Niendorf, Langenhorn, Hummelbüttel, Poppenbüttel, Sasel, Rahlstedt, Jenfeld und Billstedt besser für den öffentlichen Nahverkehr zu erschließen.

Park+Ride-Center schaffen

- Wir werden die vorhandenen Park+Ride-Kapazitäten ausbauen. An Schnittpunkten von Autobahnen und Schnellbahnlinien sollen Park+Ride-Center entstehen. Diese sollen einschließlich ihrer Serviceeinrichtungen und Verkaufsf lächen vorrangig privat finanziert und betrieben werden.

Mehr Parkraum durch Tiefgaragen

- An geeigneten Stellen in Hamburg (z.B. unter öffentlichen Plätzen) werden durch die öffentliche Hand Tiefgaragen gebaut, die vorwiegend an die umliegende Wohnbevölkerung gegen angemessene Gebühren vermietet werden. Die erforderlichen Finanzmittel für diese Investitionen werden teilweise aus dem Fonds der Ausgleichsabgaben für Stellplätze aufgebracht, teilweise aus Fremdmitteln, die durch die Gebühren für die neugeschaffenen Stellplätze refinanziert werden.

Parkraum in der Innenstadt

- Durch Überbauung der Südgleise am Hauptbahnhof und durch eine Tiefgarage unter dem Heiligengeistfeld soll neuer Parkraum für die Innenstadt geschaffen werden. Entsprechende Planungen werden wir einleiten.
- Wir werden Fußgängervorrangzonen unter Berücksichtigung der Anlieger-Interessen im Innenstadtbereich einrichten.

Ost-West-Tunnel

- Wir wollen die Innenstadt durch einen Ost-West-Tunnel vom Autoverkehr entlasten. Dadurch wird Straßenfläche frei, auf der neuer Gewerbe- und Büroraum in der Innenstadt errichtet werden kann. Die Einnahmen daraus dienen der Finanzierung des Tunnels. Zugleich wird die Speicherstadt vom Umnutzungsdruck entlastet.
- Wir werden stufenweise den Ring 2 und dann auch den Ring 3 nach Vorbild des Münchner "Mittleren Ringes", kreuzungsarm ausbauen.

Grüne Welle für Verkehr und Umwelt

- Die Kreuzung Kieler Str. / Sportplatzring soll durch Untertunnelung entschärft werden.

Umweltfreundliche Alternative Fahrrad

- Wir werden die Hauptverkehrsstraßen stufenweise auf "Grüne Welle" schalten und so den Schadstoffausstoß und Lärm verringern.
- Wir wollen das Radwegenetz ausbauen, mehr und sicherere Fahrradstellplätze an den Bahnstationen errichten, neue U- und S-Bahnzüge mit Fahrradabteilen ausstatten. Mehr Verkehrssicherheit bedeutet für uns auch sichere Radwege.
- Wir werden den Verkehrslärm wirkungsvoll bekämpfen (vgl. Umweltschutz).
- Wir werden die vierspurige Anbindung des Flughafens Fuhsbüttel an die Autobahn A 7 durch die Ortsumgehung Fuhsbüttel und eine direkte Schnellbahnanbindung an den Hauptbahnhof vorantreiben.

Ersatzflughafen Kaltenkirchen

- Wir werden unverzüglich die Planungen für den Großflughafen Kaltenkirchen als Ersatz für Fuhsbüttel aufnehmen, um die Belastung von 800.000 Flughafenwohnern mit Lärm und Abgasen und das Risiko eines innerstädtischen Flughafens zu beseitigen. Ein prosperierender Wirtschaftsstandort Hamburg und seine Region sind auf Dauer nicht mit der beschränkten Kapazität des jetzigen Flughafens vereinbar.
- Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verbindung mit dem Süderelbe-Raum und

Cuxhaven, aber auch zum Schutz der Umwelt, muß die A 26 gebaut werden.

- Wir werden uns weiterhin mit allem Nachdruck für den Bau der vierten Elbtunnelröhre einsetzen.
- Wir setzen uns für einen verstärkten Ausbau der Verkehrswege Richtung Norden und Osten ein, dies gilt insbesondere für Eisenbahnverbindungen Hamburg - Büchen - Berlin; Hamburg - Lübeck / Schwerin - Rostock, und die Elektrifizierung der Bundesbahnlinien Hamburg - Puttgarden bzw. Hamburg - Flensburg.
- Zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen werden wir die Möglichkeiten zur Beteiligung privater Investoren prüfen.
- Durch Güterverkehrszentren muß der Güternahverkehr logistisch aufbereitet werden mit dem Ziel, die Auslastung der Fahrzeuge zu verbessern und damit die Lieferfahrten in die Innenstadt und die anderen Kernbereiche deutlich zu vermindern.

Weiterführende Verkehrsplanung

### Sicher leben in Hamburg

#### Schutz vor Straftaten

1989 wurden 269.987 Straftaten verübt, 1990 waren es sogar 276.413

Hamburgs Bürger leiden seit Jahren unter hoher Kriminalität. Alle zwei Minuten wird in Hamburg eine Straftat verübt. 1989 wurden 3.359 Raubtaten begangen, mehr als in jeder anderen Stadt Deutschlands. Im gleichen Jahr wurde 19.167 mal in Wohnungen eingebrochen; doppelt so oft wie in Berlin, sechseinhalb mal so oft wie in München. Die Aufklärungsquoten sind so niedrig wie in keiner anderen deutschen Metropole.

65 Prozent aller Delikte wurden 1989 nicht aufgeklärt

#### Straftaten pro 100.000 Einwohner

Hamburg:	16.810
Bundesdurchschnitt:	7.050

Hamburgs Bürger fühlen sich zu Recht unsicher. Nicht nur ältere Menschen haben Angst, abends auf die Straße zu gehen oder mit den Schnellbahnen zu fahren. Viele Menschen fühlen sich sogar in ihren Wohnungen bedroht.

#### Gewaltzentrum Hafenstraße

Schwerpunkt der Rechtsunsicherheit in Hamburg ist die Hafenstraße. Seit einem Jahrzehnt besteht dieser rechtsfreie Raum, der zu einem weltweiten Symbol für wirkungsvolle, militante Bekämpfung des Rechtsstaats geworden ist. Ständig werden hier Straftaten verübt, die nicht mehr registriert, geschweige denn verfolgt werden.

Der Senat hat sich auf den mietrechlichen Weg zur Lösung des politischen Problems Hafenstraße versteift. Bürgermeister Voscherau glaubt, den Rechtsstaat mit Mietrichtern und Gerichtsvollziehern gegen das Gewaltpotential

der Hafensstraße durchsetzen zu können. Wer wie dieser Bürgermeister meint, mit einem Zivilurteil über die Hinfälligkeit des Hafensstraßen-Vertrages alles unternommen zu haben, damit in Hamburg der Rechtsfriede einkehrt, zeigt damit, wie wenig Entscheidungskompetenz und politischer Durchsetzungswille bei der SPD vorhanden ist.

Ableger der Hafensstraße

Ableger der Hafensstraße befinden sich inzwischen im Schanzenviertel und Ottensen. Sicherheitsexperten halten diese "Metastasen" mittlerweile sogar für gefährlicher als die Hafensstraße selbst. Nicht einmal den Bau eines Theaters in der "Alten Flora" - der von den demokratisch legitimierten Gremien beschlossen war - konnte die Hamburger SPD gegen die Chaoten durchsetzen.

Versagen gegenüber Chaoten

Das Versagen des Senats gegenüber dem Linksextremismus der Hafensstraße hat dem Rechtsextremismus in Hamburg Vorschub geleistet. Prügelnde und vandaliierende Skinheads und andere Rechtschaoten liefern sich nicht nur in St. Pauli Straßenschlachten mit den Linkschaoten.

Hohe Kriminalität, Willkür der Chaoten, Verunsicherung der Bürger:  
Hamburgs Polizei steht vor großen Aufgaben. Aber sie ist schlecht und veraltet ausgerüstet, und es gibt zuwenig Polizeibeamte, um der Verbrechensflut Herr zu werden.

Schlechte Arbeitsbedingungen für die Polizei

Die Stimmung der Polizei ist auf einem Tiefpunkt. Die politische Entscheidungsunfähigkeit des Senats führt zur Überlastung der Polizei: Für jede grö-

ßere Veranstaltung in Hamburg ist ein riesiges Polizeiaufgebot nötig. Ständige Bereitschaftsdienste, kaum ein freies Wochenende, Urlaubssperren, Überstundenberge, die nicht ausgeglichen werden, kennzeichnen den Dienst der Hamburger Polizisten. Dafür werden sie schlecht bezahlt, es fehlt ihnen an Aufstiegsmöglichkeiten. Vor allem aber fehlt es der Hamburger Polizei an der politische Rückendeckung durch den Senat.

Beide Symptome - viele Straftaten und Frust bei der Polizei - zeigen: Die SPD bekommt das Problem der Inneren Sicherheit nicht in den Griff. Die SPD hat ein gespaltenes Verhältnis zur Polizei und zur Inneren Sicherheit. Wer sich, wie Teile der SPD, an Diskussionen darüber beteiligt, ob Gewalt gegen Sachen vielleicht erlaubt sei, kann die Sicherheit der Bürger nicht gewährleisten.

Die Beweise für sozialdemokratisches Versagen in Hamburg sind eindeutig: Die Aushöhlung des Rechtsbewußtseins - liefert den Freibrief für Kriminelle und Politchaoten,  
- verunsichert die Bürger,  
- demotiviert die Polizei und  
- beeinträchtigt die Lebensqualität.

Die CDU bekennt sich zur Rechtsstaatlichkeit. Recht und Ordnung sind Voraussetzung für einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat, der alle Bürger - besonders die Schwachen und Minderheiten - schützt. Unser Staat darf nicht länger von gewalttätigen

Gruppen vorgeführt und demontiert werden. Es reicht nicht, die lückenlose Verfolgung von Parksündern zu organisieren, aber die Verfolgung von Straftaten, wie an der Hafensstraße, einzustellen.

Wir schaffen wieder Sicherheit.

Im einzelnen:

In der Hafensstraße wird der Rechtsfrieden wiederhergestellt. Das Wohnprojekt wird mit allen rechtstaatlichen Mitteln schnellstmöglich beendet. Die Häuser müssen abgerissen, und die Hafensrandbebauung muß auf der Grundlage eines neuen Bebauungsplanes attraktiv und sozial ausgewogen gestaltet werden.-

Die Polizei muß sich wieder die Verbrechensbekämpfung konzentrieren können.

- Die Polizei muß für den Bürger ansprechbar sein. Wir werden mehr Polizei auf die Straße bringen, um Hamburgs Bürgern mehr Sicherheit zu geben und den Kontakt zwischen Bürgern und Polizei zu verbessern.
- Kriminalbeamte müssen wieder "vor Ort" auf den Revierwachen arbeiten. Deshalb werden wir die verfehlte Polizeireform sofort korrigieren. Orts- und Milieukenntnisse sowie die Zusammenarbeit mit den örtlichen Schutzpolizisten fördern die Aufklärung.

Die Bereiche Verbrechensbekämpfung und Verbrechensverhütung stehen gleichberechtigt nebeneinander. Besonders der Aufklärungs- und Beratungsbereich muß verstärkt werden.

1989 wurden 21,3% mehr Rauschgiftdelikte registriert als 1988

Sicherheit in Bahn und Bus

Kampf dem Rauschgifthandel

- Dazu gehört auch, daß Polizeibeamte und Drogenberater in den Schulen Kinder, Eltern und Lehrer über die Gefährlichkeit von Drogen aller Art beraten.
- Schon Kinder müssen lernen: Eigentumsdelikte sind keine Kavaliersdelikte.
- Vor allem unsere älteren Mitbürger müssen über die Möglichkeiten des Schutzes vor Straßenkriminalität, Handtaschenraub und Wohnungseinbrüchen aufgeklärt werden.

Wir werden für Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln sorgen:

- U-Bahnen und Busse werden durch einen Sicherheits- und Servicedienst der HHA überwacht.
- Das Personal auf allen Bahnhöfen wird bis in die Abendstunden vorgehalten.
- In allen Zügen werden Sprechverbindungen zu den Fahrern errichtet.

Den neuen Herausforderungen des organisierten Verbrechens im Menschenhandel, in der Wirtschaftskriminalität und Computerkriminalität werden wir mit modernsten Mitteln begegnen. Es muß "Waffengleichheit" geschaffen werden.

Rauschgifthandel ist einer der gefährlichsten Bereiche des organisierten Verbrechens und muß mit aller Energie und Konsequenz bekämpft werden. Das gilt insbesondere für Straßendealerei. Es darf keine Duldung von vermeintlich kleinen Rauschgift delikten geben. Eine Freigabe von Drogen lehnt die CDU nachdrücklich ab.

Moderne Ausrüstung der Polizei

Die Polizei muß organisatorisch und in der Ausrüstung endlich in die Lage versetzt werden, den "Krieg gegen das Verbrechen" zu gewinnen. Daher werden wir die Polizei mit modernsten Computersystemen und Informationstechniken, modernen Fahrzeugen und Geräten ausstatten.

Zukunftsperspektive für die Polizei

Wir werden der Polizei den Stellenwert und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten geben, die ihr zustehen:

Politische Rückendeckung

■ Die Polizei erhält von uns die nötige politische Rückendeckung für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Durch ein neues Polizeigesetz, das nicht nur die erforderlichen Datenschutzregelungen trifft, sondern auch den Einsatz von V-Leuten und auch den finalen Rettungsschuß legitimiert, erhält die Polizeiarbeit eine zeitgemäße rechtliche Grundlage.

Mehr Polizeibeamte einstellen!

- Wir werden mehr Polizisten einstellen.
- Wir werden die Beförderungsmöglichkeiten durchschaubarer gestalten. Berufliche Qualität muß der Maßstab für Beförderungen sein, nicht das Parteibuch.
- Wir werden die Stellenplanobergrenzen ausschöpfen.
- Wir werden bessere Aus- und Fortbildungslehrgänge schaffen.
- Wir werden den Aufstieg in den gehobenen Dienst auf die sachbearbeitenden Kriminalbeamten sowie die Wachhabenden der Schutzpolizei und der Wasserschutzpolizei erweitern.

## Der Bürger und sein Recht

In Hamburg reicht es nicht aus, einen Prozeß zu gewinnen, vielmehr muß der Bürger oft monatelang auf das schriftliche Urteil warten. Zudem verlängern sich die Wartezeiten der Bürger auf einen Gerichtstermin. Auf den Dienststellen wird überwiegend mit veralteten Zettelkastenmethoden gearbeitet, moderne Technik ist die Ausnahme.

Dies bedeutet auch, daß im Bereich des Strafrechts Straftaten erst nach langer Zeit gesühnt werden, so daß zwischen Tat, Prozeß und Strafverbüßung kaum noch ein zeitlicher Zusammenhang besteht. In der Zwischenzeit können Straftäter weitere Straftaten begehen. Immer wieder müssen dringend Tatverdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil die Hauptverhandlungen nicht rechtzeitig terminiert werden können.

In der Ziviljustiz warten Kläger jahrelang auf die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen und müssen sie schließlich abschreiben, weil der Schuldner mittlerweile pleite ist.

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit müssen Bürger, die sich gegen Maßnahmen des Staates wehren, jahrelang auf eine Entscheidung warten. Asylverfahren dauern weitaus länger dauern als nötig.

Wir werden die Mängel im Justizbereich beheben. Der Bürger muß rechtzeitig zu seinem Recht kommen und in Sicherheit leben können.

Im einzelnen:

Justiz beschleunigen

- Wir werden zur Verfahrensbeschleunigung und zur Entlastung der Mitarbeiter verstärkt moderne Bürotechnik einführen und die Sachausstattung der Gerichte mindestens dem Standard durchschnittlicher Wirtschaftsunternehmen anpassen.

- Wir werden verstärkt die Vereinfachungs- und Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen, die moderne Datenverarbeitung ermöglicht, insbesondere durch die überfällige Übernahme der Datenverarbeitung für das Mahnverfahren beim Amtsgericht und zur Schaffung von Juris-Anschlüssen.

Überschaubarkeit schaffen

- Wir werden durch Umgliederung der Zivilgerichtsbarkeit beim Amtsgericht und Landgericht und durch Schaffung kleinerer Einheiten die Überschaubarkeit für den Bürger und die Akzeptanz der Gerichte steigern und die Verfahren beschleunigen.

- Wir werden die Planungen für die Einrichtung eines Amtsgerichts Hamburg-Nord zügig vorantreiben und sicherstellen, daß zeitgleich auch ein Amtsgericht Eimsbüttel funktionsgerecht eingerichtet wird.

Bürgernahe Justiz

- Wir werden ein Geschäfts- und Raumverteilungskonzept erarbeiten, das die Justiz zu einem schnellen und verkehrsgünstig erreichbaren Dienstleistungsunternehmen umgestaltet, dem rechtsuchenden Bürger ein Mindestmaß an Service bietet, überflüssige Wege

erspart und den Arbeitnehmern angemessene Arbeitsplätze sichert.

- Wir werden die Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit in den Zuständigkeitsbereich der Landesjustizverwaltung überführen und Gruppengeschäftsstellen unverzüglich einrichten.

- Wir werden prüfen, in welchen Bereichen durch Förderung oder Einrichtung außergerichtlicher Schiedsstellen weitere Entlastung für die Justiz erreicht werden kann.

- Wir werden die desolate Parkplatzsituation im Bereich mehrerer Gerichte, insbesondere am Sievekingsplatz beseitigen.

- Wir werden mehr Referendarplätze einrichten, damit Hamburg seinem Ausbildungsmonopol für Rechtsreferendare gerecht wird und die Wartezeiten (heute bis zu zwei Jahren) abgebaut werden. Damit kann gleichzeitig die Arbeitsfähigkeit der Justiz verbessert und dem zu erwartenden Nachwuchsmangel begegnet werden.

Rauschgifthandel wird verstärkt auch durch Asylbewerber betrieben

- Wir werden die Vorschriften des neuen Ausländergesetzes anwenden. Wer als Asylberechtigter anerkannt wird, erhält die Möglichkeit, in unserer Stadt ein neues Leben zu beginnen. Wer jedoch nicht anerkannt wird, muß das Land verlassen. Ausländer, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr ohne Bewährung rechtskräftig verurteilt sind, müssen umgehend abgeschoben werden.

- Schaffung von gemeinnützigen Arbeitsplätzen für Asylbewerber.
- Beschleunigung der Asylverfahren durch bessere Zusammenarbeit zwischen Ausländerzentralamt und der Niederlassung des Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Hamburg.
- Im Rahmen der europäischen Einigung sind wir für ein kommunales Ausländerwahlrecht auf gegenseitiger Basis innerhalb der Europäischen Gemeinschaft .

#### Strafvollzug

In Hamburgs Strafanstalten gibt es kriminelle Auswüchse. Drogenhandel, Gewalt und organisiertes Verbrechen müssen nachhaltig bekämpft werden. Allein 1988 haben 207 Gefangene den Hafturlaub mißbraucht und sind verspätet oder überhaupt nicht zurückgekehrt. Viele benutzten den Hafturlaub zur Planung und Begehung weiterer Straftaten.

Strafvollzug im Sinne des Strafvollzugsgesetzes bedeutet, daß der Gefangene darauf vorbereitet werden soll, künftig ein Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung zu führen.

Diesem Anspruch wird die Justizpolitik der SPD trotz mehrerer parlamentarischer Untersuchungsausschüsse nicht gerecht. Viele Bürger sind wegen der Zustände im Hamburger Strafvollzug verunsichert.

2.618 Gefangene erhielten 32.042 Lockerungsgewährungen. 203 kehrten nicht zurück. Die Mißbrauchsquote beträgt fast 10%.

- Wir werden den Strafvollzug wirksamer gestalten.
- Vollzugslockerungen und Urlaubsgewährungen werden genauer geprüft, im Zweifelsfall muß die Sicherheit des Bürgers Vorrang haben.
  - Die Kriminalität innerhalb der Anstalten wird entschlossen bekämpft.
  - Wir streben an, daß alle Insassen der Haftanstalten Arbeits-, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten erhalten.
  - Wir sind gegen eine Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande zugunsten eines unnötigen und teuren Neubaus.
  - Wir sind für Stellenhebungen bei Strafvollzugsbediensteten. Gleichzeitig müssen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen ermöglicht und endlich eine Strafvollzugsschule eingerichtet werden.
  - Für straffällig gewordene Jugendliche gilt das Prinzip "Erziehung statt Strafe". Dies heißt jedoch nicht, daß Jugendkriminalität nicht mehr verfolgt wird. Für die Erziehung, Ausbildung und Freizeitgestaltung dieser Jugendlichen sind besondere Einrichtungen zu schaffen.
  - Für jugendliche Mehrfachtäter werden wir Möglichkeiten einer gesicherten Unterbringung mit sozialpädagogischer Intensiv-Betreuung schaffen.

### Hamburg vor Katastrophen schützen

Aufgrund seiner geographischen Lage ist Hamburg durch Sturmfluten besonders gefährdet. Der Meeresspiegel steigt durch geologische Vorgänge, aber auch durch die vom Menschen verursachten Klimaschäden.

Hamburg als einer der größten Industrie- und Wohnstandorte Deutschlands lebt auch mit dem Risiko von Großbränden, Giftunfällen, Großunfällen.

Der Senat hat den Katastrophenschutz nicht mit der erforderlichen Intensität betrieben. Bis heute fehlt ein überzeugendes Konzept zum Schutz vor Sturmfluten, obwohl der Bericht der unabhängigen Kommission Sturmfluten seit Anfang 1989 vorliegt.

Feuerwehr und Katastrophenschutz können ihre Aufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen, weil es an Personal und Ausstattung fehlt. Nur der persönlichen Einsatzbereitschaft von Feuerwehrbeamten und ehrenamtlichen Helfern ist es zu danken, daß schlimme Folgen für unsere Stadt und ihre Bürger verhindert wurden.

Wir werden

- für Hamburg ein wirkungsvolles Sturmflutschutzkonzept erstellen und umsetzen. Dazu gehört die konsequente Erhöhung der Deiche und der Bau von Entlastungspoldern im Untereiberaum in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern;

Sturmflutschutz

Freiwillige Feuerwehren

Ehrenamtliche Helfer fördern

- die Besetzung der Feuerwehrrüge so erhöhen, daß die uneingeschränkte Einsatzfähigkeit gewahrt ist (16-Mann-Zug);
- die Beförderungsmöglichkeiten bei der Berufsfeuerwehr verbessern;
- die Aus- und Fortbildung der Feuerwehren so verbessern, daß sie den gestiegenen Anforderungen, insbesondere im Umweltschutz, gerecht wird;
- die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehren modernisieren;
- die Abwehr von Katastrophen und die Vorbereitung der Katastrophenabwehr mit den notwendigen technischen, finanziellen und personellen Mitteln fördern;
- die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer unterstützen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern;
- die notärztliche Versorgung in Hamburg durch eine Notarztwagen-Station am Universitätskrankenhaus Eppendorf verbessern;
- den zentralen Bettennachweis für Notfallpatienten auf EDV umstellen, damit unnötige und unter Umständen lebensbedrohende Suchfahrten ("Kliniktourismus") vermieden werden.

Bundeswehrstandort Hamburg

Die Bundeswehr und ihre Soldaten verdienen für die Erfüllung ihrer Aufgabe und ihr Engagement für Freiheit und Frieden unsere Unterstützung und politischen Rückhalt. Wir setzen uns dafür ein, daß im Zuge der Truppenreduzierung möglichst viele Einrichtungen der Bundeswehr in Hamburg erhalten bleiben. Die Führungsakademie, die Universität der Bundeswehr und das Bundeswehrkrankenhaus sind für Hamburg wichtige Institutionen. Im Interesse der in Hamburg dienenden Soldaten wird sich die CDU dafür einsetzen, daß die Bundeswehr bei der Bereitstellung von Wohnraum für hinzuziehende Soldaten und ihre Familien unterstützt und ein Freizeitpaß für die Wehrpflichtigen eingeführt wird.

Kampf den Drogen

Drogentote in deutschen Großstädten:

Stadt	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Hamburg	18	22	51	75	89	136
Frankfurt	32	42	56	60	80	101
Berlin	39	55	41	79	62	141
München	13	16	14	21	23	39

1 Entzugsplatz für über 260 Drogenabhängige

Anstieg der Rauschgiftdelikte von 1988 auf 1989: 21,3 % (ohne Beschaffungskriminalität)

1989 gab es 36% mehr Fälle von Handtaschenraub als 1988

Hamburg hat inzwischen einen traurigen Rekord erreicht: 1990 starben 136 Menschen den Drogentod. Es wird geschätzt, daß in Hamburg mehr als 10.000 Menschen von harten Drogen abhängig sind. Für sie gibt es lediglich 30 Entzugsplätze im AK Ochsenzoll. Das vom Senat gerühmte Methadon-Programm hilft nur 55 Süchtigen.

Zur Finanzierung seiner Drogensucht benötigt ein Abhängiger jeden Tag ca. 240 DM, pro Monat 7.440 DM netto. Diesen Betrag kann ein Rauschgiftsüchtiger nicht durch normale Arbeit aufbringen. Kriminalität - darunter Rauschgifthandel - und Prostitution sind deshalb die Quellen, aus denen die Sucht finanziert wird. Wie hoch die Beschaffungskriminalität in Hamburg ist, sagt keine Statistik. Typische Delikte, wie Handtaschenraub und Wohnungsaufbrüche, werden immer häufiger verübt.

72 Prozent aller Tatverdächtigen im Bereich der Drogenkriminalität sind Ausländer, insbesondere türkische Kurden und Schwarzafrikaner. Viele davon sind Asylbewerber.

Der Senat läßt die Drogensüchtigen und ihre Familien in ihrem Elend allein. Die Drogenhilfsangebote in Hamburg sind nicht koordiniert. Die erfolgreich arbeitenden Selbsthilfegruppen im Drogenbereich werden nicht genügend unterstützt. Der Drogenbeauftragte des Senats hat nicht genügend Kompetenzen und

findet beim Senat kein Gehör. Es fehlen Fachkräfte für Prävention im schulischen und außerschulischen Bereich.

Die Polizei wird vom Senat in ihrem Kampf gegen die Drogenmafia nicht genügend unterstützt. Sie ist weder personell noch sachlich ausreichend ausgestattet, um der organisierten Drogenkriminalität schlagkräftig begegnen zu können.

Statt vernünftige Hilfskonzepte zu entwickeln, versteigt sich der Erste Bürgermeister sogar zu der Forderung, Heroin in Hamburg freizugeben. Dieses Ansinnen ist menschenverachtend. Es ist gleichbedeutend mit einer Kapitulation vor den Drogen.

Eine Freigabe von Drogen löst die Probleme nicht. Im Gegenteil: Hamburg würde zum Drogenmekka. Wer harte Drogen legalisieren und über Apotheken abgeben lassen will, senkt die Hemmschwelle und trägt unverantwortlich zur Ausbreitung der Sucht bei.

Die CDU wird den Kampf gegen die Drogen aufnehmen. Wir werden nicht kapitulieren.

Den Süchtigen muß durch gesundheitliche und soziale Hilfen die Befreiung aus den Drogenfesseln ermöglicht werden.

Von 1988 auf 1989 stiegen die Delikte im Bereich illegaler Handel und Schmuggel um 52,1 Prozent

Die Drogenmafia und alle, die dazu gehören, müssen konsequent verfolgt und bestraft werden.

Um die Drogensucht in unserer Stadt wirksam bekämpfen zu können, werden wir

- alle Drogenhilfeangebote, von der Prävention bis zur Nachsorge, miteinander vernetzen;
- die Position des Drogenbeauftragten stärken, ihm direktes Vortragsrecht beim Senat gewähren und ihm innerbehördliche Weisungsbefugnisse geben;
- ein Drogenpräventionskonzept besonders für gefährdete Kinder und Jugendliche vorlegen;
- ein Integrationskonzept von Drogenberatung und ambulanter Therapie entwickeln;
- die Eltern schon in den Grundschulklassen über die Drogenproblematik informieren;
- mehr Übergangseinrichtungen schaffen, in denen Drogenabhängige nach der Entgiftung oder parallel zur ambulanten Therapie eine Zeit lang sozialpädagogisch betreut werden, um sich auf ein drogenfreies Leben vorbereiten zu können;
- das Substitutionsprogramm mit Methadon erweitern;
- ein Ausstiegsprogramm für Prostituierte erarbeiten;
- in Zusammenarbeit mit den Kostenträgern im Krankenhaus Ochsenzoll und weiteren Hamburger Krankenhäusern das

Bettenangebot für den Entzug bei Drogenabhängigkeit deutlich erweitern;

- die Zahl der Plätze für ambulante und Langzeittherapien stufenweise erhöhen;
- ein Projekt zur beruflichen Rehabilitation ehemals Drogenabhängiger fördern;
- ein spezielles Handlungskonzept zur der Beratung und Betreuung HIV-infizierter Drogenabhängiger vorlegen.

Die Drogenkriminalität werden wir entschlossen bekämpfen:

- Das Landeskriminalamt wird sachlich und personell in die Lage versetzt, dem Drogenhandel das Handwerk zu legen. Hierzu gehört auch der rechtsstaatliche Einsatz von V-Leuten.
- Straßendealerei muß bei ihrem Auftreten sofort bekämpft werden. Dazu müssen die örtlichen Revierwachen personell und sachlich verstärkt werden.
- Wegen Drogenkriminalität rechtskräftig verurteilte Ausländer werden umgehend abgeschoben.

### Für eine Wirtschaftsmetropole mit Zukunft

Die Arbeitnehmer und Unternehmer haben mit dem von Ludwig Erhard geschaffenen System der Sozialen Marktwirtschaft unseren Wiederaufbau nach dem Krieg ermöglicht. Die Überlegenheit der ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft zeigt sich heute besonders deutlich im Zusammenbruch der staatlich gelenkten sozialistischen Wirtschaftssysteme Osteuropas.

Dem Senat ist es nicht gelungen, die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft für Hamburg genügend zu nutzen. Viel zu spät fand unsere Stadt Anschluß an die gute Konjunktur im Bundesgebiet. Der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist es zu verdanken, daß die Folgen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik für Hamburg heute verdeckt sind. Die Grundprobleme existieren jedoch noch immer:

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wanderten zahlreiche, vor allem investitionswillige Unternehmen aus Hamburg ab, da der Senat ihre Erweiterungswünsche nicht befriedigen konnte oder wollte. Während Hamburg sich mit magerem Erfolg um Großunternehmen kümmerte, entstand im Umland der sogenannte "Speckgürtel".

50% höhere Arbeitslosenquote als im Bundesdurchschnitt (alte Länder)

Auch heute liegt die Arbeitslosigkeit in Hamburg noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Noch immer muß die Hamburger Wirtschaft

unter negativen Rahmenbedingungen arbeiten:

Unzureichendes Gewerbeflächenangebot

■ Es fehlt ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen. Bei einem jährlichen Verbrauch von ca. 25 ha stehen nur noch ca. 70 ha Gewerbefläche zur sofortigen Vergabe bereit. In wenigen Jahren ist der Vorrat an sofort verfügbaren Gewerbeflächen erschöpft; langfristige und verbindliche Planungen liegen nicht vor.

■ Komplizierte Verwaltungswege hemmen rasche Entscheidungen und damit wachstumsträchtige Investitionen der Wirtschaft.

■ Hamburg hat im Vergleich zu anderen Gemeinden und besonders zum Umland zu hohe Belastungen durch Gebühren und Steuern. Der ursprünglich positive Effekt der Gewerbesteuersenkung ist durch den Anstieg der sonstigen Gebühren mehr als neutralisiert worden.

■ Notwendige Verkehrsverbindungen werden nicht oder nur schleppend geschaffen.

■ Die Entsorgungssicherheit ist nicht langfristig gewährleistet.

Die FDP hat entgegen ihrer ständigen Behauptung keine Wende in der Wirtschaftspolitik herbeiführen können. Sie hat sich im Interesse des eigenen Machterhalts der SPD unterworfen und z.B. allen Gebührenerhöhungen zugestimmt. Ins Gewicht fallende Privatisierungen von Staatsunternehmen blieben

Steuer- und Gebührenanstieg 1987-1990

Grundsteuer:	+16%
Sielgebühr:	+24%
Sielanschluß:	+25%
Müllgebühr:	+46%
zum Vergleich:	
Index der Lebenshaltungskosten:	+ 8%

Neu: Grundwassergebühr: 10 Mio. DM

aus.

Die CDU wird eine straff orientierte Wirtschaftspolitik betreiben und das enorme Potential der Hamburger Wirtschaft einsetzen, damit Hamburg die Chancen, die die Einheit Deutschlands, die Öffnung Osteuropas sowie der europäische Binnenmarkt bringen, nutzen kann:

■ Wir wollen ein ressortübergreifendes Handeln aller Fachbehörden, das an dem Zielkonzept "Wirtschaftsförderung" ausgerichtet ist. Eine umfassende Wirtschaftspolitik berührt nahezu alle Bereiche staatlichen Handelns, von soliden Staatsfinanzen bis zur Umweltpolitik. Die Attraktivität einer Stadt, ihre Umwelt, ihr Wohn-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebot bestimmen zunehmend die Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen.

Zielkonflikte entscheiden

■ Fachbehörden und Bezirke müssen zusammen und nicht gegeneinander arbeiten. Zielkonflikte müssen ausgetragen, nicht vertagt werden.

Verwaltungsreform

■ Zum Abbau der langen Entscheidungswege und der Mehrfacharbeit werden wir die Verwaltungsreform durchsetzen.

Wirtschaftsklima verbessern

■ Die CDU wird dafür sorgen, daß sich das Klima zwischen Politik und Wirtschaft in Hamburg verbessert und den Belangen der Wirtschaft in der Verwaltung ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt wird. Unternehmen müssen als Kunden und nicht als Bittsteller behandelt werden.

Flächenvorsorge

Herzstück einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik ist die langfristige Vorsorge für Industrie- und Gewerbeflächen durch ein Stufenprogramm bis ins nächste Jahrtausend:

- Sofortprogramm für zusätzliche 100 ha Gewerbeflächen;
- Entwicklung eines neuen Flächennutzungsplanes in Abstimmung mit aktualisierter Wohnungsbauplanung, modifiziertem Hafentwicklungsplan, überfälligem Grundflächenplan und lange versprochenem Generalverkehrsplan;
- Erstellung eines langfristigen Entwicklungsplanes für Industrie- und Gewerbeflächen bis zum Jahre 2020 mit konkret terminierten Handlungskonzepten.

Gewerbeflächen durch Flächenrecycling

- Durch forcierte, staatlich finanzierte Sanierung alter Gewerbe- und Industriebrachen wollen wir flächenschonend zusätzlich Gewerbeflächen erschließen.
- Hamburg verfügt noch über einige Gewerbeflächen in optimaler Lage. Um eine Ansiedlungen im Hinblick auf Art und Umfang der Arbeitsplätze, Innovationscharakter und Steuererträge zu optimieren, werden wir derartige "Filletstücke" weltweit ausschreiben.
- Bei der Ansiedlung neuer und der Erweiterung bestehender Unternehmen wird nicht vorrangig auf Dienstleistungsbetriebe abgestellt. Hamburg

braucht einen breiten Branchenmix; die Dienstleistungsunternehmen brauchen die warenproduzierende Basis, von der Industrie bis zum Handwerk.

Gemeinsame Ansiedlungspolitik der Region

- Der von der CDU geforderte Zweckverband "Region Hamburg" soll sich neben gemeinsamer Infrastrukturplanung insbesondere um die Ansiedlung von Unternehmen in unserer Region bemühen. Bis zur Realisierung konkreter Konzepte werden wir allerdings die Stärkung unserer Wirtschaftskraft innerhalb der Stadtgrenzen vorantreiben.

Gebührenlast reduzieren

- Wir werden die Gebühren auf das zur Kostendeckung erforderliche Maß bringen.

Investitionsstau beheben

- Immer noch fließen die im Hamburger Haushalt enthaltenen Investitionsmittel viel zu langsam ab. Wir werden den Investitionsstau beim Staat beseitigen. Dies stärkt Hamburgs Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze.

Bundes- und EG-Mittel nutzen

- Wir werden alle Mittel, die im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft oder im Haushalt des Bundes zur Förderung der Infrastruktur in Hamburg enthalten sind, abfordern und verwenden. Das gilt besonders für dringend erforderliche Verkehrsinvestitionen. Wir werden die Bundesmittel des Strukturhilfeprogrammes für innovative Maßnahmen nutzen, die die Wirtschaft stärken und nicht, wie der Senat, in kleinen Projekten, wie z.B. Ampeln und Rolltreppen, versickern lassen.

Wir werden den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern durch

- den Auf- und Ausbau von Kontakt-, Beratungs- und Informationsmöglichkeiten,
- spezielle Angebote, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, Hochschulabsolventen mit naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildung einzustellen.

Standortspezifische Technologiefelder (z.B. Hafen-, Handels-, Verkehrs-, Umwelt-, Medientechnologie) werden wir im Zusammenhang mit entsprechenden unternehmerischen Aktivitäten besonders fördern

- Wir werden den Bau eines World-Trade-Centers durchsetzen. Es soll auf die spezifischen Stärken Hamburgs, seine Verbindung zu Südostasien, dem Elberaum, zu Osteuropa sowie Skandinavien, zugeschnitten sein.

- Um Hamburgs Position als bedeutende Modestadt zu stärken, sollen attraktive Modeveranstaltungen und Wettbewerbe ("Modepreis Hamburg") veranstaltet werden.

- Wir werden die führende Stellung Hamburgs in der Medienwirtschaft ausbauen und gegen Berlin absichern. Hamburg hat durch vorhandene Ressourcen und neue Technologien gute Chancen, das europäische Zentrum für Fernsehproduktionen zu werden. Wir werden alle in Hamburg vorhandenen

medienrelevanten Hochschuleinrichtungen zu einem Medienzentrum ("Medienakademie Hamburg") zusammenfassen und ausbauen.

Wachstumsmotor Mittelstand

Über 65 Prozent aller Arbeitsplätze sind in mittelständischen Unternehmen

Die mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat der Hamburger Wirtschaft. Über 90 Prozent der Hamburger Betriebe gehören zum Mittelstand. Marktnischen und zukunftssträchtige Sektoren werden überwiegend von mittelständischen Firmen erschlossen. Sie prägen mit ihren Dienstleistungsangeboten und Spezialprodukten die wirtschaftliche Infrastruktur auch für Großbetriebe und stellen einen wichtigen Standortfaktor bei Ansiedlungsentscheidungen dar.

Wir werden unsere besondere Aufmerksamkeit dem Mittelstand widmen. Mittelständische Betriebe zeichnen sich durch besondere Flexibilität und Innovationsfähigkeit aus. Sie sind die Basis einer gesunden Wirtschaftsstruktur. Gerade expandierende Mittelstandsunternehmen haben angesichts der verfehlten Wirtschaftspolitik des Senats Hamburg verlassen.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die Benachteiligung des Mittelstandes gegenüber den Großbetrieben zu beseitigen, z.B. durch

- mehr Hilfe bei Erweiterungsplänen,
- bessere Information über staatliche Hilfen und Programme,
- Verbesserung des Zinszuschußprogrammes,

Zwischen 1970 und 1987 wanderten 4326 mittelständische Betriebe mit 47.501 Arbeitsplätzen ab.

- Stärkere Bekämpfung der Schwarzarbeit,
- Verhinderung des unfairen Wettbewerbes durch staatliche Unternehmen,
- zusätzliche Mitteln für die Messepräsentation kleiner und mittlerer Betriebe im In- und Ausland.

#### Neuer Mittelstand

Der Mittelstand ist heute mehr als Handwerk, kleinere Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie freie Berufe. Im Bereich der Medien, der Werbung, des Marketings und ähnlicher sog. kreativer Berufe machen sich immer mehr junge Menschen selbständig. Dieser "neue Mittelstand" wird bisher durch die bestehenden Förderprogramme nicht oder nur wenig erfaßt. Die CDU wird sich um diese wachstumsstarken und für die Zukunft Hamburgs als Dienstleistungsstandort wichtigen jungen Unternehmen besonders kümmern.

Alte Gewerbe-/Industrieflächen in Wohngebieten, auf denen die bisherige Nutzung beendet wird, sollten weiter für gewerbliche Zwecke zur Verfügung stehen. Hierzu eignen sich vor allem mittelständische Betriebe, die wohnumfeldverträglicher sind als industrielle Großbetriebe. Auf alten Gewerbe- und Industriestandorten kann zugleich deren vorhandene Infrastruktur wieder nutzbar gemacht werden. Da einige dieser Flächen belastet sind, ist eine beschleunigte Altlastensanierung erforderlich.

Bei Neubauvorhaben müssen kleine, wohnverträgliche Gewerbehöfe geschaffen werden.

#### Förderfonds Handwerk

Wir werden einen Förderfonds (5 Mio DM) für kleinere und kurzfristige Projekte einrichten, mit dem schnell und unbürokratisch Vorhaben insbesondere zur Innovation, zum Umweltschutz und zur Erschließung neuer Märkte gefördert werden. Mit diesem Fonds wollen wir auch dem Problem begegnen, daß bei Etataufstellung noch nicht bekannt ist, welche Einzelmaßnahmen mit Bundes und EG-Mitteln gefördert werden.

#### Existenzgründung fördern

Wir werden die Möglichkeiten zur Existenzgründung erheblich verbessern, denn jeder neue Betrieb schafft Arbeitsplätze. Private Kapitalbeteiligungsgesellschaften sollen durch teilweise Landesbürgschaften für die Beteiligung an Existenzgründungen gewonnen werden.

#### Moderne Technologien fördern

Wir wollen Hamburg eine Spitzenstellung bei der Nutzung und Anwendung moderner Technologien verschaffen. Deshalb müssen die Forschung und der Technologietransfer in die Wirtschaft verstärkt werden. Wir werden den Betrieben Hilfen anbieten, um wissenschaftliche/technische Neuerungen umzusetzen, und zwar durch

- Zuschüsse und Bürgschaften für risikoreiche innovative Projekte,
- leichteren Zugang zu Risikokapital,
- mehr Unterstützung für technologisch orientierte Existenzgründungen,
- Einrichtung einer Erfinderberatung und -betreuung,
- weitere Gründerzentren und Technologieparks für spezielle Gebiete, wie

z.B. die Medizintechnik und die Biotechnologie.

Wir werden jedoch keine Dauersubventionen bewilligen, sondern nur Starthilfe zur Selbsthilfe geben.

#### Landwirtschaft in Hamburg

Die CDU bekennt sich zur Zukunft der Landwirtschaft und des Gartenbaus in Hamburg. Sie sind wichtig für die Versorgung des Ballungsraum Hamburg, sie prägen und pflegen die Landschaft Hamburgs.

Die CDU wird

- dafür sorgen, daß die agrarischen Betriebe in Hamburg erhalten bleiben;
- sich dafür einsetzen, daß die Einkommen der Familien im Agrarbereich denen anderer Bevölkerungsschichten ebenbürtig sind;
- den landwirtschaftlichen Betrieben helfen, auch neue Erwerbsquellen z.B. im Freizeitsektor, in der Umwelterziehung und im Umweltschutz, zu erschließen;
- darauf hinwirken, daß landwirtschaftliche Betriebe für Umweltmaßnahmen, die die Gesellschaft von ihnen verlangt, auch von der Gesellschaft angemessen entschädigt werden.

#### Hamburgs Herz - der Hafen

Der Hamburger Hafen, das Herzstück der Hamburger Wirtschaft, weist außergewöhnliche Wachstumsraten auf und hat als der größte östliche Universalhafen Europas enorme Entwicklungschancen. Sie beruhen auf der

- Wiederbelebung des natürlichen Hinterlandes durch den deutschen Einigungsprozeß,
- Öffnung und Umgestaltung der Wirtschaften in den osteuropäischen Staaten,
- Vollendung des EG-Binnenmarktes im Inneren und der daraus folgenden Sogwirkung dieses großen Marktes nach außen, insbesondere im Hinblick auf Skandinavien und den Fernen Osten.

Damit die Hafenunternehmen und die hafenbezogene Wirtschaft diese Chancen nutzen können, müssen vor allem die Rahmenbedingungen und Leistungen seitens der Stadt verbessert werden.

Der Senat verschleppt die Umstrukturierung von un- und untergenutzten Hafennutzungen und setzt stattdessen primär auf die Erweiterung des Hafengebietes in Altenwerder.

Er verletzt seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Hafenvirtschaft, die zugesicherten Wassertiefen im Hafen aufrechtzuerhalten, weil er nicht imstande ist, für eine ausreichende Unterbringung von Baggergut zu sorgen.

Bis heute fehlt ein integriertes Hafenerweiterungskonzept für Schiene, Wasser und Straße.

Aus dem Vergleich der Hafenkosten zwischen Hamburg und seinen Wettbewerbshäfen hat der Senat keine Konsequenzen gezogen.

Seine gesetzliche Verpflichtung zur Neutralität im Hafen verletzt der Senat, indem er die Macht- und Flächenkonzentration bei der staatlichen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (siehe UNIKAI, Fischmarkt GmbH) fördert.

Die CDU fordert eine offensive Politik für den Hamburger Hafen. Je nachdrücklicher die Freie und Hansestadt Hamburg die staatliche Hafeninfrastuktur und die Rahmenbedingungen verbessert und den neuen Herausforderungen anpaßt, um so eher kann Hamburg mit der Unterstützung durch den Bund und die anderen Länder rechnen. Vorrangig sind folgende Maßnahmen:

#### Hafenflächen sichern

- Für die rasch wachsende Nachfrage nach den Hafendienstleistungen wie Umschlag, Lagerei und Distribution sind neue Flächen bereitzustellen. Dazu ist es erforderlich, unverzüglich das Planfeststellungsverfahren Altenwerder einzuleiten und die Umstrukturierung von nicht oder nicht ausreichend genutzten Flächen im bisherigen Hafen voranzutreiben. Nur diese Hafenerweiterung nach innen kann kurz- und mittelfristig zusätzliche Flächen bereitstellen.

#### Hafenerweiterung nach innen

#### Der Hafen muß erreichbar sein

#### Baggergut umweltgerecht entsorgen

#### Verkehrsinfrastuktur verbessern

#### Hafenverkehrskonzept

- Wir werden für diese Hafenerweiterung nach innen einen konkreten Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungsplan vorlegen.

- Für die jederzeitige tideunabhängige Zufahrt zu den Hafenerweiterungen sind die Wassertiefen in den Hafeneinfahrten und Hafenbecken wiederherzustellen. Dazu ist es erforderlich, neben einem Abbau der Einleitungen an der Oberelbe kurzfristig Flächen zur Unterbringung des Baggerguts in Hamburg auszuweisen bzw. herzurichten und die mit Schleswig-Holstein getroffenen Vereinbarungen zur Baggergutlagerung einzufordern.

- Unser Ziel ist die Entgiftung und Verwertung des Baggerguts. Erster Schritt auf diesem Wege soll ein Forschungs- und Pilotprojekt "Entgiftung des Hafenschlicks" sein. Die bestehenden Ansätze zur flächensparenden Trennung von Schlick und Sand wollen wir zügig ausbauen.

- Die gesamte Verkehrsinfrastuktur im und zum Hafen für Schiene, Binnenschiff und Straße muß ausgebaut werden. Dies gilt vor allem für die Eisenbahnstrecke über Büchen nach Berlin und die oberelbischen Wasserstraßen, und zwar sowohl für Massengüter- als auch für Containerverkehre. In der Hansestadt muß endlich der Huckepack-Terminal Billwerder in Angriff genommen werden und die Hafenrandstraßenverbindung Veddel - Waltershof gebaut werden.

- Wir werden ein nach Prioritäten abgestuftes Hafenverkehrskonzept für Schiene, Binnenschiff und Straße vorlegen.

Konkurrenzfähigkeit sichern

- Zur Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Hamburger Hafenunternehmen ist Verzerrung bei den Hafenkosten gegenüber den Häfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam zu beseitigen. Zugleich sind die Vorschläge für eine EG-Seehafenpolitik aufzugreifen.
- Wir werden Vergleiche der staatlichen Hafenlasten erstellen und Ausgleichsmaßnahmen zum Abbau der Wettbewerbsverzerrungen vornehmen.
- Es muß endlich ein fairer Wettbewerb unter den Hafenbetrieben hergestellt werden, damit die Leistungsfähigkeit des Hafens gestärkt wird. Dazu ist das Flächen- und Machtübergewicht der staatlichen HHLA zu beseitigen. Der Senat muß zum ehrlichen, neutralen Makler für den Hafen werden. Nach einer Herauslösung von Flächen und Beteiligungen aus der HHLA sowie der Überführung der Speicherstadt in eine Stiftung werden wir die Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG privatisieren.

Wettbewerb statt Monopole

Hamburg - soziale Stadt

Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen

Arbeitslosenquote	Okt. 1990
1. Baden-Württemberg	3,8%
2. Bayern	4,2%
3. Hessen	5,1%
4. Rheinland-Pfalz	5,4%
5. Schleswig-Holstein	7,5%
6. Nordrhein-Westfalen	8,2%
7. Niedersachsen	8,3%
8. Saarland	8,6%
9. Berlin	8,9%
10. Hamburg	9,6%
11. Bremen	12,3%

Im Jahresdurchschnitt 1990 waren in Hamburg etwa 80.000 Menschen ohne Arbeit. Obwohl die Arbeitslosenzahlen seit 1988 rückläufig sind, ist der Arbeitsmarkt der Hansestadt seit den letzten acht Jahren von drei Strukturdefiziten gekennzeichnet:

- Die Arbeitslosenquote liegt konstant deutlich mehr als 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.
- Das Arbeitsplatzangebot entwickelt sich deutlich langsamer als im Bundesdurchschnitt.
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist überproportional hoch. In Hamburg waren 1990 25.124 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Obwohl Hamburg jährlich zusätzlich rund 30 Millionen DM aus dem europäischen Sozialfonds erhält, steigen die Sozialhilfeausgaben in unserer Stadt kontinuierlich weiter an. Sie haben mittlerweile die Grenze von einer halben Milliarde DM überschritten.

Jeder zweite Arbeitslose hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Verlust des Arbeitsplatzes führt für viele dieser Menschen zu einem finanziellen und sozialen Abstieg, an dessen Ende die Sozialhilfebedürftigkeit steht.

Trotz kurzfristiger Vermittlungserfolge bleibt als grundlegendes Problem die

unzureichende Qualifizierung vieler Arbeitssuchender. Neue Arbeitsplätze werden heute vor allem im hochtechnisierten und spezialisierten Dienstleistungs- und Organisationssektor geschaffen.

88 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Unzureichend ausgebildete Arbeitnehmer, die während eines konjunkturellen Hochs in den Ersten Arbeitsmarkt integriert werden, sind die ersten, die ihren Arbeitsplatz bei einer konjunkturellen Abschwächung verlieren.

Die Politik des Hamburger Senats setzt nicht auf Qualifizierung, sondern auf Beschäftigung. Die staatlichen Beschäftigungsgesellschaften, die jährlich zweistellige Millionenbeträge verschlingen, ohne Erfolge nachzuweisen, verwalten Langzeitarbeitslose, anstatt sie zu qualifizieren. Demgegenüber hat sich ein buntes Netz von kleinen, betrieblichen Beschäftigungsträgern und -projekten herausgebildet, in denen vor allem arbeitslose Jugendliche in unterschiedlichsten Gewerken mit großem Erfolg stadtteilnah ausgebildet und durch gezielte soziale Hilfestellung stabilisiert werden.

Der Europäische Binnenmarkt fordert hohe Qualifikation. Deshalb muß im Mittelpunkt der Arbeitspolitik die konsequente und zukunftsorientierte Qualifizierung der Arbeitnehmer stehen.

#### Sozialhilfeempfänger in Hamburg

1986: 146.706  
1987: 151.122  
1988: 167.198  
1989: 175.390 (Schätzung)

Sozialhilfeansatz 1991: 519 Mio. DM

Langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger müssen durch gemeinnützige und zusätzliche Arbeit in den Arbeitsalltag zurückgeführt und stabilisiert werden, um auf anschließende, dauerhafte Qualifizierung vorbereitet zu sein. Nur so können die immer noch steigenden Zahlen der Sozialhilfeempfänger gesenkt und die Sozialhilfekosten vermindert werden.

Eine konsequente Qualifizierungsoffensive für Hamburg braucht neue Wege. Deshalb werden wir

- ein Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Sozialhilfeempfänger in drei aufbauenden Stufen schaffen:
  1. Stufe: Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz, in deren Mittelpunkt das Arbeitskräfte-Training steht.
  2. Stufe: Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern bei freien Trägern.
  3. Stufe: Auszubildendenverhältnis oder Fortbildungsmaßnahme des Arbeitsamtes.Gleichzeitig müssen die erfolglosen Beschäftigungsgesellschaften schrittweise, aber kontinuierlich abgebaut werden;

- die Jugendarbeitslosigkeit gezielt bekämpfen und ein Programm zur Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt auflegen. Jugendliche sollen sich frei Arbeitsstätten in der Wirtschaft suchen können, die dann vorübergehende Lohnkostenzuschüsse erhalten, wenn sie sich verpflichten, die Jugendlichen nach der Einarbeitungszeit zu übernehmen;

- die Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an private Betriebe vorantreiben, damit der Übergang vom Zweiten in den Ersten Arbeitsmarkt gefördert und erleichtert wird;
- die finanzielle und personelle Förderung von erfolgreich arbeitenden freien Beschäftigungsträgern ausweiten;
- ein Weiterbildungsgeld für Arbeitlose in Qualifizierungsmaßnahmen einführen, um Weiterbildung attraktiver zu gestalten und soziale Härten, die durch die geringere Ausbildungsvergütung entstehen können, abzufangen.

### Sozialhilfe

Sozialhilfe ist die Unterstützung der Ärmsten in unserer Stadt. Sie bedürfen unserer mitmenschlichen Solidarität. Leider begünstigt die Sozialhilfepraxis der SPD in Hamburg den Mißbrauch. Bis heute gibt es keine geeigneten Maßnahmen, um Mißbräuchen (Doppelbezug, Verheimlichung von anrechenbaren Einkünften, Doppelzahlung von Sozialhilfe aufgrund eines angeblichen Verlustes) entgegenzuwirken.

Seit Beginn der 80er Jahre haben sich in Hamburg die Sozialhilfemaßnahmen nahezu verdreifacht. Die Ursachen für steigende Sozialhilfelasten und wachsende Sozialhilfebedürftigkeit sind komplex. Sozialhilfebedürftigkeit ist eine gesellschaftspolitische und sozialpolitische Herausforderung ersten

1987 wurden in 1.700 Fällen Sozialhilfeleistungen als verlustig gemeldet. Gesamthöhe: 750.000 DM

Ranges. Deshalb ist für die CDU die Verhinderung von Armut sowohl Maßstab als auch Ziel einer sozial gerechten Politik.

Um eine offene und rationale Diskussion über die Sozialpolitik in Hamburg zu ermöglichen, in deren Mittelpunkt die Hilfe für die Sozialhilfeempfänger und der Kampf gegen den Mißbrauch steht, wird die CDU

- Maßnahmen zur Verhinderung des Sozialhilfemißbrauchs ergreifen,
- Möglichkeiten zur gemeinnützigen Arbeit im öffentlichen Bereich (z.B. Umweltschutz) und bei den freien Wohlfahrtsverbänden schaffen,
- Sozialhilfeempfängern, die die Arbeitsaufnahme ablehnen oder vorzeitig abbrechen, die Sozialhilfe kürzen bzw. ersatzlos streichen.

Denn wir meinen: Wer Leistungen der Gemeinschaft bezieht, muß auch im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung erbringen.

## Behinderte - Integration statt Isolation

Arbeitslose Schwerbehinderte in Hamburg  
1986: 2.542  
1987: 2.771  
1988: 2.777  
1989: 2.865

Behinderte Menschen sind keine Betreuungsobjekte, sondern gleichberechtigte Partner.

Die Zahl der Behinderten in Hamburg ist steigend. Ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Integration stehen immer noch große Barrieren gegenüber: Der Anteil der Behinderten an den Arbeitslosen ist überproportional hoch. Ihre Mobilität ist durch einen öffentlichen Personennahverkehr, der auf ihre Bedürfnisse nicht eingestellt ist, stark eingeschränkt. Auch die ungehinderte Nutzung öffentlicher Einrichtungen ist bei weitem noch nicht erreicht. Es fehlen behindertengerechte Wohnungen. Diese Defizitliste läßt sich weiter fortführen. Volle gesellschaftliche Teilhabe wird Behinderten in Hamburg nicht zuteil. Politik muß die Voraussetzungen schaffen, damit sich die Einstellung zu Behinderten verändert.

Der Senat hat ideologisch geprägte Integrationspläne für Kindergärten und Schulen aufgestellt. Konkrete Arbeit für die Behinderten hat er kaum geleistet. Die zähe Diskussion um die behindertenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein trauriges Indiz dafür.

Ziel moderner Sozialpolitik muß es aber sein, behinderte Menschen so zu fördern, daß sie zu einem möglichst selbständigen Leben fähig werden. Um Behinderten die volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, brauchen wir neue Wege. Deshalb werden wir

## Mobilität für Behinderte

behindertengerechtes Wohnen

Integration

- die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Angriff nehmen,
- dafür sorgen, daß schwerbehinderte Autofahrer angemessene Parkmöglichkeiten erhalten und in Fußgängervorangazonen fahren dürfen,
- im Wohnungsbau dafür sorgen, daß verstärkt behindertengerechte Wohneinheiten geschaffen werden,
- uns in Verhandlungen mit den Kostenträgern dafür einsetzen, daß die Betreuungskapazitäten von Behinderten in Familien, Wohnungen und Wohngruppen ausgeweitet werden,
- Kapazitäten zur freiwilligen Integration im Erziehungswesen schaffen, die Behinderten und Nichtbehinderten gleichermaßen in ihren Fähigkeiten und Begabungen gerecht wird,
- zur verstärkten beruflichen Integration und zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems unter Behinderten eine "Stiftung Arbeit für Behinderte" ins Leben rufen, deren Aufgabe es ist, die Eingliederung zu fördern und Starthilfen für den Weg in die berufliche Selbständigkeit zu vermitteln,
- Sport als wirksame Lebenshilfe für Behinderte fördern. Daher müssen die Voraussetzungen zur problemlosen Sportausübung, auch zur gemeinsamen Ausübung mit Nichtbehinderten, geschaffen werden.

Ausländer - für Integration, gegen Asylmißbrauch-

Viele Ausländer leben seit Generationen in Hamburg und bereichern unser kulturelles und wirtschaftliches Leben.

Die Ausländerpolitik der CDU-Hamburg will ein ausländerfreundliches Klima in unserer Stadt erhalten. Aber Deutschland ist kein Einwanderungsland. Die Probleme in Entwicklungsländern und Krisengebieten können nur vor Ort gelöst werden, und zwar durch Hilfe zur Selbsthilfe, nicht durch einen Mißbrauch des Asylrechts in der Bundesrepublik.

Gegen Asylmißbrauch

Für die CDU ist das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Um dieses Recht auch für die Zukunft zu sichern, muß der Mißbrauch verhindert werden. Das neue Ausländergesetz ist dazu ein Schritt in die richtige Richtung. Unklarheiten im rechtlichen Status (Ablehnung des Asylantrages, aber Gewährung eines Bleiberechtes) werden nun - auch im Interesse des Betroffenen - vermieden.

Im Oktober 1990 waren 10.315 Ausländer in Hamburg arbeitslos  
Quote: 14,8%

Während die sozialliberale Koalition den Ausländern in Hamburg ein leeres Versprechen für ein kommunales Wahlrecht gab, das sie nicht einhalten konnte, weil es verfassungswidrig war, haben die Regierungsparteien im Rathaus die eigentlichen Herausforderungen im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern nicht bewältigt.

Die Antwort der CDU auf den dringenden Handlungsbedarf in der Ausländerpolitik lautet:

Für Grundgesetzänderung

■ Grundgesetzänderung, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern (bisher an der SPD gescheitert);

Scheinasylanten abschieben

■ Verkürzung der Asylverfahren (bisher von der FDP verhindert);

Straftäter abschieben

■ sofortige Abschiebung von Schein- und Wirtschaftsasylanten;

Gemeinschaftsunterkünfte

■ sofortige Abschiebung von Ausländern, die rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr ohne Bewährung verurteilt sind;

gemeinnützige Arbeit

■ Asylbewerber werden in Gemeinschaftsunterkünften statt in Hotels untergebracht;

■ Barleistungen der Sozialhilfe werden bei Asylbewerbern weitgehend in Sachleistungen umgewandelt;

■ Asylbewerber werden entsprechend dem Bundessozialhilfegesetz zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen;

■ Asylantenheime dürfen keine Brutstätte der Kriminalität, insbesondere des Rauschgifthandels, sein;

Rückkehroption bekannt machen

■ die Information hier aufgewachsener Ausländer über die Rückkehroption, die das neue Ausländergesetz vorsieht, muß verbessert werden;

■ Im Rahmen der europäischen Einigung sind wir für ein kommunales Wahlrecht auf Gegenseitigkeit.

Hamburg - Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien

Offensive für die Familie

Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit innerhalb der Gesellschaft. Auch wenn sich die Struktur der Familie in den letzten Jahren deutlich verändert hat, so ist sie doch immer noch der entscheidende Ort für individuelle Geborgenheit, für Zuwendung und Sinnorientierung. In der Familie wird Vertrauen und zugleich das Bewältigen von Konflikten erlernt. Ihre besondere Leistung für die Gesellschaft erbringt sie in der Erziehung der Kinder.

Familienpolitik ist Kernpunkt aller Gesellschaftspolitik. Die CDU-geführte Bundesregierung hat 1982 die Weichen in der Familienpolitik neu gestellt und betreibt seitdem in wachsendem Maße Familienförderung: Erziehungsgeld, Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rente (ab 1992 drei Jahre je Kind), gesetzliche Förderung von Umschulung und beruflichem Wiedereinstieg. Andere Bundesländer unterstützen und ergänzen die Bundespolitik mit landeseigenen Programmen. Die SPD hat dies in Hamburg stets abgelehnt.

Die traditionelle Familienstruktur hat sich gewandelt. Frauen und Mütter sehen aufgrund veränderter Lebensentwürfe Berufarbeit als Lebensperspektive und versuchen, Familie und Beruf zu verbinden. Daß andererseits Väter einen Großteil der Familienaufgaben übernehmen, kommt noch relativ selten vor. Dies

sollte aber gefördert werden, damit Mütter die Mehrfachbelastung nicht allein tragen müssen.

Die veränderte Familienstruktur wird häufig durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

- eine steigende Zahl von Kindern, die bei nur einem Elternteil aufwachsen,
- eine steigende Zahl von Ein-Kind-Familien,
- hohe Trennungs- und Scheidungsraten.

1987 gab es 59.000 Alleinerziehende und 165.000 Ehepaare mit Kindern

1987: 9.565 Eheschließungen  
4.825 Scheidungen

Zahl der Neugeborenen in Hamburg:

1986: 13.404

1989: 15.335

Fehlende Ganztagsplätze September 1990

Krippenplätze: 5.207

3-6-jährige Kinder: 5.690

Schulkinder: 1.715

Ganztagsplätze insg. 12.612

Fehlende Halbtagsplätze: ca. 6.000

80 Prozent der jungen Frauen und Männer wollen Familie und Beruf verbinden, ohne daß das Familienleben leidet.

Die Familie soll bei ihrer Erziehungsaufgabe noch mehr unterstützt, und die ambulante präventive Arbeit mit der Familie soll ausgebaut werden. So bestimmt es das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Dabei steht die Tagesbetreuung für Kinder an erster Stelle.

Über Jahre hat die SPD sich in Hamburg nicht um einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstätten gekümmert. Mütter wurden Sozialhilfeempfängerinnen, weil sie in Ermangelung eines Kindergartenplatzes nicht arbeiten konnten. In Hamburg fehlen insgesamt ca. 19.000 Kindergartenplätze.

Wir werden uns für eine familienfreundliche Arbeitswelt einsetzen, in der die Bedürfnisse von Familien mehr Berücksichtigung finden: Durch qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere Arbeitszeiten sollen Männer und Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze hat Priorität in unserer Familien- und Jugendpolitik. Familienergänzende Erziehungseinrichtungen sind für Einzelkinder ebenso wie für Alleinerziehende und für erwerbstätige Eltern von zentraler Bedeutung. Darum wollen wir einen Rechtsanspruch für einen Kindergartenplatz schaffen.

Wir wollen

- in den nächsten Jahren jährlich 4.000 Ganztagsplätze schaffen,
- in mindestens einer Grundschule pro Stadtteil eine regelmäßige Betreuung von 8.00 bis 14.00 Uhr sicherstellen,
- in allen Bezirken ein Ganztagsschulangebot stufenweise aufbauen,
- das Angebot an Tagespflegestellen ("Tagesmütter") schrittweise ausweiten,
- private Elterninitiativen fördern,
- den "pädagogischen Mittagstisch" u.a. in Jugendfreizeitstätten für Schulkinder ermöglichen,
- die freiwillige Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder in Kindertagesstätten fördern.

Kinderbetreuung

Stiftung "Mutter und Kind"

- mit dem Aufbau einer eigenen Stiftung "Mutter und Kind" die Mittel der Bundesstiftung "Mutter und Kind" ergänzen, damit mehr schwangeren Frauen in Not schnell und unbürokratisch geholfen werden kann,

Familiengründung erleichtern

- mit einem landeseigenen einkommensabhängigen Erziehungsgeld Müttern oder Vätern eine Verlängerung des derzeitigen Erziehungsurlaubs ermöglichen,
- mit Familiengründungsdarlehen die Fa-

miliengründung erleichtern,

- für kinderreiche Familien einen "Hamburger Familienpaß" einführen, mit dem Freizeitangebote verbilligt in Anspruch genommen werden können,
- Einrichtungen und Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger fördern, die der Hilfe zur Erziehung sowie der Stärkung und Festigung der Erziehungskraft der Familien dienen. Dazu gehören u.a. Elternschulen, Familienbildungsstätten, Einrichtungen zur Familien- und Erziehungsberatung,
- die sozialpädagogische Familienhilfe als eine Maßnahme der präventiven und unterstützenden Jugendhilfe anerkennen und für einen entsprechenden Ausbau sorgen. Die wirksame Hilfe zur Selbsthilfe von Familien muß endlich in Hamburg bedarfsgerecht entwickelt werden,
- daß Adoptionsanträge sorgfältig, aber zügiger als bisher bearbeitet werden.

Erziehungskraft stärken

#### Kinderfreundliches Hamburg

Kinder sind das Wertvollste unserer Gesellschaft. Ihre Erziehung ist die natürliche Aufgabe der Eltern. Dabei ist die Familie die Gemeinschaft, in der Kinder sich am besten entfalten können. Hier erfahren sie Liebe, persönliche Zuwendung und Geborgenheit. Die Familie ist der Ort, an dem Toleranz, Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und soziale Mitverantwortung auf natürliche Weise lernbar sind. Aber auch die zu-

nehmende Zahl von Alleinerziehenden, die sich für ein Leben mit Kindern entschieden haben, wollen wir unterstützen.

Damit Hamburg kinderfreundlicher wird, wollen wir:

- den kindergerechten Ausbau des Hamburger Straßenverkehrs bis hin zur Schaffung von mehr verkehrsberuhigten Zonen und Spielstraßen;
- im Interesse gerade der jungen Familien, der zunehmenden Zahl von Einzelkindern sowie der alleinerziehenden Eltern weitere familienbegleitende Angebote mit Plätzen in Kindergärten, Kinderkrippen, Kinderhorten und Tagesstätten;
- weitere Hilfen durch Betreuungsangebote für Eltern bzw. Erziehungsbeauftragte von mißhandelten und geschlagenen Kindern;
- die vermehrte Aufnahme von Kindern in Pflegefamilien anstatt der Abschiebung in ein Heim;
- die Umsetzung der im neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz der Bundesregierung genannten Maßnahmen zur vorbeugenden Kinder- und Jugendhilfe;
- die Einrichtung einer Kinder-Kommission in der Hamburgischen Bürgerschaft.

#### Jugendpolitik - Mit Chancen aufwachsen

Die Jugendpolitik wird von der SPD seit Jahren vernachlässigt. Schon die ständige Verschiebung der Zuständigkeit für die Jugendpolitik (1972 zur Schulbehörde, 1980 zur Sozialbehörde, 1988 wieder zur Schulbehörde) verdeutlicht die Orientierungslosigkeit der bisherigen SPD und SPD/FDP-Senate.

Demgegenüber ist es Ziel der CDU, Politik für die Jugend und mit den Hamburger Jugendlichen zu machen. Um den Interessen der Jugendlichen auf der politisch entscheidenden Ebene besser Geltung zu verschaffen, wird die CDU

- den Senat veranlassen, die Aufgabenteilung der Staatsräte so vorzunehmen, daß ein Staatsrat vornehmlich für die Belange der Jugend zur Verfügung steht;
- einen eigenständigen bürgerschaftlichen Jugendausschuß initiieren;
- dafür Sorge tragen, daß der Senat alle zwei Jahre einen Landesjugendbericht als umfassende Bestandsaufnahme der Jugendpolitik in Hamburg vorlegt.

Dem Lebensstil der Jugend Rechnung tragen

Die Jugendpolitik muß insbesondere dem veränderten Freizeit- und Konsumverhalten junger Menschen Rechnung tragen, zumal Jugendliche ihre eigenen Lebensstil finden und verwirklichen wollen.

Auch die Jugendarbeit und die Erziehung von Jugendlichen sollte deshalb so an-

gelegt sein, daß Jugendliche von ihrer Freizeit verantwortungsvollen Gebrauch machen und ihre Vorstellungen gemeinsam mit anderen Generationen in die Gesellschaft einbringen können.

Darüber hinaus wird von der CDU nicht übersehen, daß benachteiligte Jugendliche mit Problemen durch die gescheiterten SPD-Konzepte ("Offene Heimerziehung" und "Menschen statt Mauern") oftmals sich selbst überlassen sind und nicht selten in die Prostitution, in die Drogenszene sowie in die Kriminalität abgleiten. Diesen jungen Menschen wollen wir durch eine wirksame Jugendsozialarbeit und die Schaffung weiterer pädagogisch betreute Jugendwohnungen helfen.

Generell ist für uns Jugendpolitik in Hamburg eine Politik für alle Jugendlichen. Sie darf sich nicht ausschließlich auf jugendliche Problemgruppen beschränken.

Wir wollen deshalb

- die Freizeit-, Informations- und Kontaktmöglichkeiten der Medienstadt Hamburg für Jugendliche fördern, um eine Einbindung junger Menschen in unser gesellschaftliches Zusammenleben zu verbessern;
- eine bessere Unterstützung von Vereinen, die sinnvolle Freizeitangebote vorhalten;
- die Förderung der Freien Träger in der Jugendarbeit;

Jugendpolitik für alle

Freiheit für Freizeit

Förderung Freier Träger

Jugendhilfe

- die Einrichtung weiterer stadtteilorientierter Jugendeinrichtungen;
- die Förderung von Angeboten der verschiedenen Träger in der Jugendhilfe, die sich vor Ort um die Probleme der benachteiligten Jugendlichen, um sie gesellschaftlich zu integrieren und ihnen Chancen für eine eigenverantwortliche Lebensführung geben;
- die Betreuung von Jugendlichen in Jugendwohnungen, wobei eine ausreichende Personalausstattung, auch für eine Betreuung rund um die Uhr, zu gewährleisten ist;
- mehr Projekte der Jugendsozialarbeit in den Problemstadtteilen Hamburgs;
- eine bessere Integration jugendlicher Aussiedler in unsere Gemeinschaft.

### Die Gleichberechtigung der Frau verwirklichen

Die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist noch lange nicht alltägliche Wirklichkeit, weder in der Familie noch am Arbeitsplatz, noch in der Gesellschaft. Um das zu ändern, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte - Politik, Verbände, Tarifpartner, Schulen - zusammenarbeiten, um den notwendigen Bewußtseinswandel herbeizuführen.

Die Frauenpolitik der CDU orientiert sich an der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen:

- der jüngeren und älteren Frauen,
- der erwerbstätigen Mütter, der Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Arbeit in der Familie unterbrochen haben, und der Mütter, die Erwerbstätigkeit und Familienarbeit miteinander verbinden,
- der abhängig beschäftigten Frauen und der selbständigen Frauen sowie der mithelfenden Ehefrauen,
- der alleinerziehenden Frauen und der alleinstehenden Frauen.

Die Leitstelle Gleichstellung der Frau hat sich als wenig effektiv erwiesen. Deshalb werden wir der Frauen-, aber auch der Familienpolitik im Senat mehr Kompetenz einräumen. Dies ist für uns ein wichtiger Punkt bei der Neugliederung der Behörden.

Als geradezu frauenfeindlich muß der vom Senat zu verantwortende Mangel an Kindertagesheimplätzen in Hamburg bezeichnet werden, der es vielen Frauen

In Hamburg fehlen 19.000 Kindertagesheimplätze

unmöglich macht, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Auch Frauen, die nach einer familienbedingten Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit in das Erwerbsleben zurückkehren wollen, werden vom Hamburger Senat unzureichend gefördert.

Die Kernfrage aller Frauenpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Realitäten entscheiden darüber, ob Wahlfreiheit und Chancengleichheit wirklich bestehen.

Unsere Frauenpolitik zielt auf politische Rahmenbedingungen, die unterschiedliche Lebensentwürfe und dabei Wahl- und Entscheidungsfreiheit möglich machen.

Wir wollen deshalb u.a.

- vorrangig die Sicherung der Kinderbetreuung anstreben (siehe Familien-Kapitel) und uns für Betriebskindergärten, auch in der öffentlichen Verwaltung, einsetzen;
- Mütterzentren in den Stadtteilen fördern für Frauen, die sich bewußt einige Jahre ganz der Kindererziehung widmen und auf Berufstätigkeit verzichten: Ganztägig geöffnete Treffpunkte für Mütter mit Kindern, in denen vielfältige Aktivitäten ausgeübt werden können;
- schon vor und während der Ausbildung Frauen verstärkt über neue Berufe informieren und insbesondere junge Frauen auch an bisher als untypisch

geltende Berufe heranzuführen, z.B. durch mehr Praktika für Mädchen in sogenannten Männerberufen;

- Frauen den Zugang zur Technik erleichtern, um der Arbeitslosigkeit von Frauen wirksam zu begegnen. Das gilt für Schule, Ausbildung und berufliche Weiterbildung gleichermaßen. Mädchen und ihre Familien müssen umdenken; eine veränderte Berufsorientierung ist notwendig;
- zur Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs Weiterqualifizierung während der Familienphase ermöglichen;
- bei den Weiterbildungsangeboten nach dem Arbeitsförderungsgesetz besonders die Wünsche und Forderungen der Frauen berücksichtigen (parallele Kinderbetreuung soll eingerichtet werden);
- die Zahl der von der Volkshochschule angebotenen Tageskurse erhöhen.

Mißhandelte Frauen suchen Zuflucht in Frauenhäusern. Frauenhäuser haben sich bewährt, die größte Not der betroffenen Frauen zu lindern und ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die CDU unterstützt und fördert deshalb die Arbeit der Frauenhäuser. Bei weiteren Einrichtungen von Frauenhäusern ist freige-meinnützigen Verbänden die Trägerschaft anzutragen.

### Das Alter hat Zukunft

24% der Hamburger sind über 60 Jahre alt. Im Jahr 2000 wird jeder dritte Hamburger älter als 60 Jahre sein.

Politik mit den Senioren gestalten

In Hamburg ist jeder vierte Bürger über 60 Jahre alt. Mehr als 80 Prozent von ihnen führen ihr Leben selbständig und wollen dies solange wie möglich beibehalten. Sie wollen und sollen in Politik und Gesellschaft weiterhin mitwirken und mitbestimmen. Deshalb will die CDU Politik auch mit alten Menschen gestalten und nicht nur allein für sie.

Das Alter hat wie jede Lebensphase seinen eigenen Wert. Ältere Menschen sind ein wichtiger Lebensfaktor im Gemeinwesen, in der Nachbarschaft und in der Familie, sie sind als Konsument ein Wirtschaftsfaktor. Sie leisten durch vielseitige ehrenamtliche Mitarbeit einen wesentlichen Beitrag, ohne den zahlreiche soziale, karitative und kulturelle Einrichtungen nicht existieren könnten. Die Lebenssituation unserer älteren Mitbürger ist so vielseitig wie ihre Bedürfnisse und Lebenserwartungen. Dies verlangt ein Geben und Nehmen der Generationen untereinander.

Aufgabe einer Politik für und mit älteren Menschen ist es vor allem, die Senioren in die Gemeinschaft der Generationen zu integrieren, denn immer mehr ältere Männer und Frauen sind dank des medizinischen und technischen Fortschritts imstande, ihr Leben selbstbestimmend und aktiv zu gestalten.

Die SPD hat bislang kein durchdachtes Konzept für die älteren Menschen vorgestellt. Dies beweist z. B. der Senats-

bericht über die "Fortentwicklung eines bedarfsgerechten ortsnahen Angebotes an Heimplätzen" in Hamburg.

Die CDU begrüßt den hohen Einsatz der Wohlfahrtsverbände und der freien Träger für ältere Menschen. Im Gegensatz zur SPD ist sie der Auffassung, daß überall dort, wo freigemeinnützige Träger, Selbsthilfegruppen und Senioreninitiativen die Aufgaben einer modernen Seniorenpolitik übernehmen können, ihre Unterstützung gefördert werden muß. Formen der Selbsthilfe, der Nachbarschaftshilfe und der Nachbarschaftszentren werden von der CDU unterstützt. Sie ermöglichen den Austausch von Pflege- und Hilfsdiensten und auch generationsübergreifende Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten.

Die CDU will

Mehr Freizeitangebote

- in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern die Stadtteilangebote im Freizeit- und Kulturbereich für ältere Mitbürger ausweiten. Dazu wird ein stadtteilorientiertes Bildungsnetz mit Angeboten (z. B. Sprachkurse, Literaturkurse, Politikurse usw.) für unsere älteren Mitbürger entwickelt;

Senioren-Experten-Dienst

- einen Senioren-Experten-Dienst einrichten, der Fachwissen und langjährige Berufserfahrung unserer älteren Mitbürger nutzbringend zur Verfügung stellt;
- die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Mitarbeit älterer Menschen

in Jugend- und Altenzentren sowie in Schulen (z. B. Hausaufgabenbetreuung) verbessern;

Ehrenamtliches Engagement

- Voraussetzungen dafür schaffen, daß Sozialstationen und Selbsthilfe-Zentren in Hamburg stadtteilbezogen über die vielfältigen Möglichkeiten des Ehrenamtes und der Nachbarschaftshilfe informieren;

Altersgerechtes Wohnen

- bei der Neuplanung von Wohnraum darauf achten, daß dieser auch altengerecht geplant wird, um ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Wohnung zu erreichen (Flurlicht von innen schalten, Türspione niedriger u.ä.);

- ältere Menschen gezielt über ihre Rechte und sozialen Ansprüche informieren. Dazu sollen auf bezirklicher Ebene ehrenamtliche Sozialhelfer gewonnen werden;

Mehr Sozialstationen  
Stärkung der Prävention und  
Rehabilitation zum Schutze der  
geistig-seelischen Kräfte  
der älteren Menschen

- in Zusammenarbeit mit den Kostenträgern das Angebot von Sozialstationen, Tagespflegestätten, Kurzzeitpflegestätten und geriatrischen Tageskliniken stufenweise ausbauen, Im Mittelpunkt dieses Angebots soll die aktivierende Pflege stehen;

- in Zusammenarbeit mit den freigemeinnützigen Trägern ein mittelfristiges Modernisierungsprogramm für die staatlichen und die freigemeinnützigen Heime aufstellen und ausreichende Therapieeinrichtungen schaffen;

- ein bedarfsgerechtes, ortsnahes Angebot von Altenheimpflegeplätzen. Wartezeiten von vielen Wochen und Monaten sind unzumutbar;
- eine Verbesserung der Personalstruktur (Personalschlüssel für Pflege- und Therapiepersonal) in den Heimen und eine Gleichstellung in der Personalausstattung der Heime der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber den staatlichen Einrichtungen;
- eine Verbesserung des Ansehens der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit und deutliches Herausstellen der Notwendigkeit für das Gemeinwohl;
- die Schaffung von Übergangsplätzen in den Krankenhäusern, um alten Menschen eine altersangemessene Zeit der Rehabilitation zu gewähren und dadurch eine Rückkehr in die eigene Wohnung zu ermöglichen;
- die Schaffung von mehr stationären Altenmittagstischen, um der Vereinsamung entgegenzuwirken;
- die Beteiligung von externen Mitgliedern (z. B. Seniorenbeiräten und Familienmitgliedern) in den Heimbeiräten fördern, um die Mitwirkungsmöglichkeiten, insbesondere von passiven und gesundheitlich eingeschränkten Heimbewohnern zu verbessern;
- die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch festbesoldete Fachkräfte;

#### Pflegerisikoversicherung

- die Anerkennung regelmäßiger ehrenamtlicher Tätigkeit - die häufig von Frauen geleistet wird - durch Berücksichtigung bei der Rentenversicherung;
- im Interesse der älteren Menschen zur Absicherung einer menschenwürdigen Pflege eine gesetzliche Pflegerisikoversicherung einführen. Die häusliche Pflege hat Vorrang.

Der Mensch im Mittelpunkt moderner Medizin

Die Vorsorge hat in den letzten Jahren in der Gesundheitspolitik einen neuen Stellenwert erhalten. Dieser Entwicklung hat der Senat in Hamburg bisher nur unzureichend Rechnung getragen.

Es fehlt an koordinierten Maßnahmen und Initiativen in unserer Stadt, die den Bürger dazu bewegen, mehr Verantwortung für seine eigene Gesundheit zu übernehmen.

Ihre gesundheitspolitischen Entscheidungen wird die CDU deshalb zukünftig verstärkt unter das Motto "Vorbeugen ist besser als Heilen " stellen. Unser Ziel ist es, durch Aufklärung, Information und Kampagnen für Vorsorgemaßnahmen zu werben. Gesundheitsvorsorge muß vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Altentagesstätte zu einem selbstverständlichen Unterrichts- und Informationsbestandteil werden, um Krankheiten zu verhindern.

Ist ein Klinikaufenthalt unvermeidlich, so muß der Patient als Mensch im Mittelpunkt der medizinischen Betreuung stehen. Der tägliche Pflegenotstand, Frühweckzeiten, ein bürokratischer und oft patientenunwürdiger Stationsablauf in unseren Krankenhäusern sind nicht dazu angetan, den Heilungsprozeß des Kranken zu fördern.

Der Pflegenotstand an den staatlichen Krankenhäusern ist zu einem Dauerproblem geworden. Der Senat hat es versäumt, durch gezielte Hamburger Maßnahmen die Pflegeberufe attraktiv zu ma-

Vorbeugen ist besser als Heilen

Pflegenotstand spitzt sich zu

Unbesetzte Stellen an staatl. Kliniken:  
April 1990 215  
Juni 1990 275  
Konsequenz: über 200 gesperrte Betten

Investitionsdefizit: 2.000.000.000 DM!

Es gibt zu wenig ambulante Dienste

chen und ihr Image zu verbessern. Es fehlen noch immer qualifizierende Fortbildungsangebote und damit verbundene Aufstiegschancen. Der Senat hat vor dem Pflegenotstand resigniert und läßt Patienten und Krankenhausmitarbeiter allein.

In den staatlichen Hamburger Krankenhäusern hat der Senat inzwischen ein Investitionsdefizit von 2 Mrd. DM auflaufen lassen. Besonders gravierend sind die Probleme im baulich/hygienischen Bereich der staatlichen Kliniken.

Der Senat hat es versäumt, den Ausbau eines leistungsgerechten und krankenhauserlasteten ambulanten Systems voranzutreiben.

Das vorhandene Angebot an Sozialstationen, Kurzzeitpflegeeinrichtungen, geriatrischen Tageskliniken und Tagesstätten ist angesichts der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung zu gering und zu wenig aufeinander abgestimmt.

Die CDU wird den von der SPD über Jahrzehnte zu verantwortenden Schlendrian in der Gesundheitsplanung und -sanie- rung beenden.

Wir werden deshalb

- der Krankheitsvorsorge in der Gesundheitspolitik einen hohen Stellenwert einräumen. Früherkennung, Vorsorgeuntersuchungen und Anleitung zur richtigen Lebensführung müssen durch Aufklärungsarbeit zu einer Selbstverständlichkeit werden. Deshalb werden wir den Aufbau einer "Akademie für

öffentliches Gesundheitswesen" fördern;

- in Hamburg die umweltmedizinischen Beratungs- und Behandlungsangebote verbessern, weil die Umweltprobleme auch die Gesundheit der Bürger beeinträchtigen. Dazu werden wir durch die Zusammenfassung vorhandener Einrichtungen den Aufbau einer bürgernahen "Umweltmedizinischen Ambulanz", in der sich Ratsuchende informieren und betreuen lassen können, vorantreiben. Durch die Organisation eines "Landesinstituts für Umweltmedizin" soll gleichzeitig präventive Forschung, umweltmedizinische Beratung, Therapie, Aus- und Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit in diesem zunehmend wichtigen Gebiet einen neuen Stellenwert erhalten;
- durch gezielte Maßnahmen den Pflege- notstand in den staatlichen Kliniken beenden. Zum Ausgleich von Ausfallzeiten im Pflegebereich werden wir umgehend eine "Pflegefeuerwehr" einrichten, die befristet dort eingesetzt wird, wo die größten Engpässe entstanden sind.  
Die Ausbildung in den Krankenpflegeberufen muß dem veränderten Leistungsstandard sowohl im theoretischen als auch im praktischen Bereich angepaßt werden. Die CDU wird ein Modellprogramm entwickeln, daß eine Weiterqualifikation von ausgebildetem Krankenpflegepersonal auf Hochschulebene zur Diplom-Krankenschwester/-pfleger vorsieht. Darüber hinaus müssen in Hamburg endlich wieder die Vorausset-

zungen geschaffen werden, um an allen Hamburger Kliniken im Rahmen von Krankenhauskindergärten die Betreuung von Kindern des Pflegepersonals zu ermöglichen;

- nach einer Bestandsaufnahme in allen Hamburger Kliniken ein "Sanierungskonzept 2000" zur Beseitigung der baulich/hygienischen Mängel erarbeiten. Um die hygienische Situation in unseren Kliniken auch im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter zu verbessern, werden wir den Lehrstuhl für Krankenhaushygiene wieder besetzen und in Zusammenarbeit mit den Kostenträgern für genügend Hygienefachkräfte in den Kliniken sorgen;
- durch eine Umwidmung von vorhandenen Betten das Behandlungsangebot im internistischen Bereich ausbauen und ein differenziertes Angebot von akut internistischen Betten, Nachsorgebetten, geriatrischen Betten und Betten für chronisch Kranke einführen;
- uns durch den Abbau von Frühweckzeiten und einen patientenfreundlicheren unbürokratischen Stationsablauf für eine bessere menschliche Atmosphäre in den Kliniken einsetzen. Dazu gehört auch die Mitaufnahme von Eltern und Angehörigen. Noch vorhandene 6-Bett-Zimmer müssen in einem Stufenplan in Zwei- und Dreibettzimmer mit integrierter Sanitärzone umgebaut werden. Aufenthaltsräume in den Kliniken sind ansprechender und freundlicher als bisher zu gestalten;

- den Ausbau des vorhandenen Systems der Sozialstationen vorantreiben, um die Krankenhäuser zu entlasten. Neben dem Ausbau der häuslichen Pflege wird die CDU in Hamburg mittelfristig auch ein bedarfsgerechtes System von Kurzzeitpflegestationen (z. B. Krankenhäusern) aufbauen, die von niedergelassenen Ärzten (Hausärzte) betreut werden;
- durch eine koordinierte Planung zusammen mit allen Beteiligten die stationären, nachstationären und ambulanten Bereiche miteinander vernetzen;
- einen "Geriatricbeirat" einrichten, in dem Sachverständige ein wegweisendes System zur Behandlung und Betreuung von altersmedizinischen Erkrankungen aufbauen sollen. Unverzichtbar ist dabei auch einen Lehrstuhl für Altersmedizin am UKE;
- den Ausbau und die Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich fördern (z. B. für Rheuma-, Allergie-, Asthma-, Nieren-, Diabetespatienten);
- die aufgeblähte Verwaltung des "Landesbetriebes Krankenhäuser" abschaffen und den staatlichen Kliniken mehr Selbständigkeit einräumen. Das bisherige starre System der Pflegesätze werden wir durch die Einführung von abgestuften Pflegesätzen und Sonderpflegesätzen aufbrechen.

Bildungsmetropole Hamburg

Wir brauchen verlässliche Schulen

Schülerzahlen 1990

Grundschulen	48.302 (1471 mehr als 1989)
Beo H/R, Or	8.610)
Hauptsch.	7.201) 27.350
Realschulen	11.539)
Sondersch.	6.208
Gymnasien	41.771
Gesamtsch.	18.382

insges. 149.501 Schüler  
(2413 mehr als 1989)

Entwicklung der Geburten in Hamburg

1964:	27.738
1984:	12.404
1985:	12.711
1986:	13.404
1987:	14.259
1988:	15.359
1989:	15.335

Schulangebot an 375 Standorten

Grundschulen	228
Beo H/R	84
Orient.stufe	4
Hauptschulen	89 (1987: 106)
Realschulen	90 (1987: 105)
Gymnasien	69 (1987: 75)
Gesamtsch.	28 (1987: 25)
Sondersch.	44 (einschl. Fördersch.)
Planung 1991:	6 neue Gesamtschulen

Wir werden mit unserer Schulpolitik eine neue Offensive für die Schüler in unserer Stadt starten. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß

- die Schülerzahlen wieder steigen,
- für viele Kinder die Schule ein notwendiger ergänzender Erfahrungsraum geworden ist und insgesamt die Schule mehr Zuwendung geben muß,
- die veränderte Kindheit mehr Zuwendung erforderlich macht,
- der EG-Binnenmarkt und die Entwicklung in der früheren DDR eine besondere Herausforderung für das Schulwesen darstellen,
- die Wirtschaft höhere Anforderungen an die kleiner gewordene Zahl von Schulabgängern stellen muß.

All diesen Tatsachen hat die SPD bisher nicht Rechnung getragen, sondern durch eine falsche Politik die hamburgische Schullandschaft in eine bedrohliche Lage gebracht: Unterrichtsausfall, überalterte Lehrerkollegien, zu große Klassen und gravierende Baumängel gehören zum Hamburger Schulalltag. In ihrem Kampf zur Durchsetzung der integrierten Gesamtschule hat die SPD die Bemühungen um ein gutes Schulklima, das wesentlich den Erfolg einer Schule bewirkt, nachhaltig gestört und sich selbst in eine schulpolitisch ausweglose Lage manövriert.

Diese Talfahrt hat die FDP nicht gebremst.

Die CDU wird die Schüler wieder in den Mittelpunkt aller schulpolitischen Entscheidungen stellen. Deren Entwicklung, deren Möglichkeiten und Chancen sind wichtiger als parteipolitisch orientierte Schulkonzepte.

Nach unserer Auffassung ist ein differenziertes, gegliedertes Schulangebot mit seiner Durchlässigkeit am besten geeignet, den vielfältigen Interessen und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

Wir werden deshalb allen Versuchen, die Vielfalt des Schulangebots zugunsten von Gesamtschulen zu reduzieren, den Kampf ansagen. Einheitsschulsysteme haben sich nicht nur in der früheren DDR überlebt.

Gute Schulen müssen

- die Kinder fördern und fordern,
- Werte und Maßstäbe vermitteln,
- durch entsprechende Förderung deutlich machen, daß sich Anstrengung lohnt,
- Kinder für das Lernen begeistern können,
- Orientierung und Verhaltenssicherheit vermitteln,
- sichere Kenntnisse und Wissensgrundlagen schaffen,
- Mitwirkungsmöglichkeiten für ein reichhaltiges Schulleben bieten,
- für die Eltern verlässlich sein.

Damit unsere Schulen dies alles leisten können, brauchen sie klare Zielsetzungen, überschaubare Strukturen,

Übergänge nach Kl. 4

	BeoHR	BeoGy	Ges.	Or
1988	3.446	4.444	2.677	452 = 11.019
	31,3%	40,3%	24,3%	4,1%
1989	3.183	4.315	2.832	483 = 10.813
	29,4%	39,9%	26,2%	4,5%
1990	3.027	4.630	3.363	513 = 11.533
	26,3%	40,1%	29,2%	4,4%
1991	3.332	4.862	3.660	528 = 12.382
	26,9%	39,3%	29,5%	4,3%

Lehramtsstudenten Grund- und Mittelstufe

Studienanfänger 1988: 125 Studenten  
1989: 66 Studenten

insgesamt: 1980: 1.569 Studenten  
1985: 1.116 Studenten  
1986: 947 Studenten  
1987: 796 Studenten  
1988: 826 Studenten  
1989: 786 Studenten

Lehr- und Lernmittel pro Schüler

	G/H/R	GS	Gy	SO	
1980	123,09	160,45	180,41	133,28	DM
1983	85,76	115,91	123,51	120,64	DM
1986	84,90	116,16	122,96	118,82	DM
1989	80,15	111,72	119,44	111,69	DM

Unterrichtsversorgung (=Lehrermangel)

	G/H/R	insgesamt	
1. 8. 87	+ 6	- 81	
1. 8. 88	- 58	+ 2	jeweils
1. 9. 89	- 185	- 179	ohne
1.11. 90	- 184	- 383	Fremd-
1. 2. 91	- 107	- 173	nutzung

Die Durchschnittsfrequenzen steigen:

1987	Grundsch.	Ø 22,4	G/H/R	Ø 22,8
1988	"	Ø 22,8	"	Ø 22,9
1989	"	Ø 23,2	"	Ø 22,9
1990	"	Ø 23,4	"	Ø 25,2

Hamburg steht bei der Lehrerversorgung der Grundschulen an vorletzter Stelle

In den Klassenstufen 5-10 "kostet" ein  
Hauptschüler 221,5 Lehrerwochenstunden  
Realschüler 214 Lehrerwochenstunden  
Gymnasiast 207 Lehrerwochenstunden  
Gesamtschüler 281,5 Lehrerwochenstunden

eine ausreichende Lehrerversorgung und die notwendigen baulichen Voraussetzungen.

Die CDU wird für alle Schulformen vergleichbare Ausstattungsstandards sichern, damit die einzelne Schule einen verlässlichen Rahmen für ihre Arbeit hat und die Eltern ihre Schulwahl wirklich frei treffen können.

"Die beste Schule für mein Kind" - dieser berechtigten Forderung der Eltern - muß ein pluralistisches Angebot gegenüberstehen, das jedem Schüler Lernerfolge ermöglicht, ihm Vertrauen in seine Fähigkeiten vermittelt und alle weiteren schulischen wie beruflichen Möglichkeiten offenhält.

Voraussetzung dafür, daß alle Schulformen der Mittelstufe ihren Schülern gerecht werden können, ist ein solides Fundament, das in den Grundschulen gelegt werden muß.

Hamburgs Grundschulen brauchen endlich mehr Lehrer, damit allen Kindern sichere Grundkenntnisse für das weitere Lernen, aber auch genügend Raum und Zeit für musikalisches, kreatives Tun gegeben werden kann. Grundschulen müssen Kindern, die nur noch selten Geschwister haben, vielerlei Erfahrungen vermitteln, ihnen helfen, Vertrauen in ihre Fähigkeiten zu gewinnen.

Im Streit um das gegliederte oder integrierte Schulsystem fordern wir zunächst eine wirkliche Gleichrangigkeit und setzen dann auf die unbeeinflusste Elternentscheidung.

Jahreskosten eines Schülers (1989)

Grundschüler	4.885 DM
Haupt- und Realschüler	6.872 DM
Gymnasiast	7.539 DM
Gesamtschüler	8.263 DM
Sonderschüler	16.230 DM

Schulabgänger 1989

ohne Hauptschulabschluß	1.479 = 8,7%
mit Hauptschulabschluß	3.885 = 22,9%
mit Realschulabschluß	5.224 = 30,8%
mit Hochschulreife	6.246 = 36,9%
mit FH-Reife	103 = 0,6%

Anteil der ausländischen Schüler in der

Grundschule	18,9%
Beo H/R	31,3% (Zahlen aus 1989)
Orient.st.	13,0%
Hauptschule	36,8%
Realschule	18,0%
Gesamtschule	16,6%
Gymnasium	8,1%
Förderschule	25,7%
Sonderschule	15,8%

Schüler-Lehrer-Relation    Rangplatz  
im Bund

Grundschule	21,3	10
Hauptschule	15,8	10
Realschule	15,5	8
Gymnasium (5-10)	15,0	6
Gesamtsch. (5-10)	11,4	5
Gymnasium (11-13)	11,0	8
Gesamtsch. (11-13)	7,8	1
Sonderschule	6,8	7

Erfahrungen aus integrierten Systemen bestärken uns jedoch in unserer Überzeugung, daß Schulformen, die mit klaren Zielen und Erwartungen Jugendliche in ihren jeweiligen Leistungsmöglichkeiten ansprechen, Sicherheit und Herausforderung zugleich bewirken.

■ Deshalb wird für uns das Gymnasium die Schulform mit dem höchsten Anspruch bleiben, die auf direktem Wege zum Abitur führt. Dabei müssen alle Chancen zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre genutzt werden.

■ Deshalb bleibt für uns die Realschule unverzichtbar, weil sie ihren Schülern ein vielfältiges weiterführendes Bildungsangebot für anspruchsvolle Berufe vermittelt.

■ Deshalb brauchen wir eine Hauptschule mit alternativen Lernangeboten, mit besonderen sozialen Hilfen für eine Stabilisierung ihre Schüler.

■ Deshalb sind für diejenigen Schüler, die nur bei besonderer Förderung erfolgreich lernen können, besondere Schulen notwendig, die ihren Bedürfnissen in kleinen Klassen bei intensiver pädagogischer Zuwendung gerecht werden. Wir werden ein qualitativ hochwertiges Sonderschulwesen erhalten und weiter fördern.

Alle diese Schulformen können in überschaubaren Größen organisiert werden. Sie können das vorhandene Schulraumangebot nutzen. Mittel, die sonst in auf-

wendige Neubauten fließen müssen, können hier der Instandhaltung dienen. Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien fördern in festen Klassenverbänden verantwortliches Sozialverhalten. Sie geben ihren Schülern immer wieder die Chance, sich weiterführende Ziele und fächerspezifische Schwerpunkte zu setzen.

Mit einem solchen Schulangebot kann auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Schulen zurückgeholt werden.

Schülerverteilung in Kl.7

	1985	1987	1989	1990
Hauptschule	17,7%	17,8%	16,6%	16,2%
Realschule	23,6%	23,0%	21,6%	21,0%
Gymnasium	31,0%	32,5%	33,2%	35,7%
Gesamtsch.	18,7%	18,7%	20,4%	21,2%
Sondersch.	5,8%	5,1%	5,4%	5,9%

Die CDU ist sicher, daß Schulen, in denen viel gelernt wird, auch zugleich die Freude an der Leistung vermitteln können. Wir werden deshalb mehr Wert auf die Vermittlung von Lerntechniken legen, werden die Schullaufbahnberatung intensivieren und wollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in der richtigen Einschätzung ihrer Fähigkeiten eine realistische Lebensplanung aufzustellen.

Dazu gehört auch ein wertorientiertes Erziehungskonzept, in dem Eltern und Lehrer sich ihrer Vorbildfunktion bewußt sind.

Schule muß redlich sein. Sie darf nicht mehr versprechen, als sie halten kann. Aber sie muß sich ihres Auftrages immer bewußt sein, junge Menschen für die Wertentscheidungen in unserer demokratischen Ordnung zu befähigen, damit ihnen auch soziale Verantwortung übertragen werden kann. Wir werden

■ die Grundschule stärken, indem wir die Senkung der Klassenfrequenz auf 24 Kinder anstreben und die Schüler-

- grundstunden erhöhen, so daß wir eine verlässliche Halbtagschule anbieten können;
- an den Grundschulen ausreichende Vertreterstellen schaffen, damit kein Kind durch Unterrichtsausfall vorzeitig nach Hause geschickt werden muß;
  - einen Pool von ausgeschiedenen oder beurlaubten Lehrern schaffen, die kurzfristig auf Honorarbasis für Vertretungen zur Verfügung stehen;
  - Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gleichrangig mit anderen Schulformen ausstatten;
  - für alle Haupt- und Realschulen und Gymnasien eine Klassenlehrerstunde stufenweise einführen;
  - das bestehende Technikkonzept auf alle Haupt- und Realschulen ausweiten und die erforderlichen Fachräume dazu schaffen;
  - sicherstellen, daß in der Realschule schon ab Klasse 7 eine zweite Fremdsprache angeboten wird;
  - die Haupt- und Realschulklassen grundständig, d. h. ab dem 5. Schuljahr führen;
  - in Haupt- und Realschulen auch formal verbindliche Abschlußverfahren einführen;
  - durch Versuche die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Abitur (wie in anderen europäischen Ländern schon lange üblich) nach 12 Jahren erreicht werden kann;
  - den Fortbestand der sonderschulpädagogischen Angebote garantieren und uns für eine Weiterentwicklung der

Integrationsversuche einsetzen;

- die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Schüler mit Ende der Schulpflicht über ausreichende Grundfähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen verfügen, um eine Berufsausbildung aufnehmen zu können;
- dafür sorgen, daß Schüler beim Schulabgang über Lerntechniken verfügen, die ihnen lebenslanges Lernen ermöglichen;
- für die Sicherung eines regionalen Angebotes aller Schulformen auf der Grundlage des Elternrechts eintreten;
- in allen Bezirken ein Ganztagschulangebot stufenweise aufbauen;
- die Unterrichtsversorgung durch die Einstellung der nach den Bedarfsgrundlagen erforderlichen Lehrer absichern;
- die Schulschließungen beenden und den regional vorhandenen Schulraum optimal nutzen;
- in den Schulen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Kollegien eigene Ideen für die Gestaltung des Schullebens umsetzen können;
- die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen im Interesse der Kinder intensivieren.

#### Offensive in der schulischen Berufsbildung

Das Fundament für die erfolgreiche berufliche Ausbildung wird bereits in den allgemeinbildenden Schulen gelegt. Die Qualität dieser Bildung und die Qualität der Berufsausbildung sind entschei-

dende Ecksteine für die Lebenszukunft junger Menschen.

Heute besuchen über 62.000 junge Menschen Berufliche Schulen in Hamburg  
Darunter sind 20% Abiturienten

Das breitverzweigte Angebot der Beruflichen Schulen mit den gewerblichen und kaufmännischen Berufsfachschulen, den Berufsschulen und den Berufsvorbereitungsklassen bietet jedem Schüler seine Chance. Allerdings müssen die Schulen entsprechend ausgestattet sein.

Lehrerstellendefizite (Schuljahresbeginn)

1985:	286 Stellen
1986:	242 Stellen
1987:	271 Stellen
1988:	126 Stellen
1989:	126 Stellen

Die finanzielle und politische Vernachlässigung der Beruflichen Schulen durch die SPD beeinträchtigt viele junge Menschen in der Vorbereitung auf einen erfolgreichen Abschluß der Berufsausbildung.

Zu viele Schüler kommen mit zu wenig Kenntnissen in den Grundfertigkeiten, Lesen, Schreiben, Rechnen in die Berufsschulen. Manche scheitern in ihrer Berufsausbildung nicht an der praktischen Arbeit im Betrieb, sondern ihnen fehlen die Grundlagen für die theoretischen Anforderungen in den Berufsschulen.

Lehr und Lernmittelsätze liegen in Hamburg heute unter dem Niveau von 1982

Die Berufsschulen können jedoch diese Mängel nicht mehr ausgleichen. Größere Betriebe erteilen deshalb ihren Auszubildenden bereits "Nachhilfeunterricht". Die Berufsschulen erhalten in Hamburg seit Jahren nicht die ihnen nach den Stundentafeln zustehenden Lehrerstellen. Unterrichtsausfall, Wegfall von Förderunterricht und Teilungsstunden sind die Folge. Dazu kommt, daß in einigen Berufsfeldern der Fachlehrermangel nicht behoben wird.

Realität einer Hamburger Berufsschule:  
24 Computer für 1000 Schüler!

Manche Schulen haben einen großen Nachholbedarf in ihrer technischen Ausstattung.

Investitionsstau bei den Gewerbeschulen:  
16 Millionen DM

tung. Viele Berufsschulen verfügen nicht über die durch die Neuordnung der Berufe erforderlich gewordene Unterrichtsausstattung, so daß eine zeitgemäße Ausbildung nicht möglich ist.

Die dringend notwendige Anpassungsfortbildung der Lehrkräfte, die durch die neuen Ausbildungsordnungen in vielen Berufen zwingend erforderlich wäre, findet kaum oder nur unter Inkaufnahme von Unterrichtsausfall statt.

Die Lehrmittelsätze für die Berufsschulen lagen 1990 so niedrig wie 1982

Um den unterschiedlichen Ausbildungsbedürfnissen der Berufsschule gerecht werden zu können, müssen künftig Fachlehrkräfte, technische Geräte und Unterrichtsmaterialien sowie Fachräume individuell zugewiesen werden. Denn jede Schule hat spezifische Ausbildungsaufgaben zu erfüllen, die sich in der gewerblichen Wirklichkeit wiederfinden und entsprechend ergänzt werden müssen.

Jeder vierte Auszubildende in Hamburg bricht seine Lehre ab.

Bis heute hat es die SPD versäumt, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um lernschwachen Schülern durch Stütz- und Förderunterricht in den Berufsschulen das Bestehen der theoretischen Anforderungen zu ermöglichen. Hamburg ist Spitzenreiter bei den Ausbildungsabbrüchen. Die sozialen Folgen dieser schlimmen Entwicklung sind dabei unabsehbar, denn 50 Prozent der Abbrecher bleiben ohne Berufsausbildung.

Wie wichtig eine solide Berufsausbildung ist, zeigt die Tatsache, daß über die Hälfte aller Arbeitslosen in Hamburg keine abgeschlossene Berufsausbil-

dung haben und entsprechend schwer wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können.

Die CDU unterstützt das bewährte Prinzip der dualen Berufsausbildung in Schule und Betrieb mit seinen qualifizierenden, praktischen und theoretischen Ausbildungsteilen.

Wir werden

- durch exakte Lehrerbedarfsberechnungen und gezielte Fachlehrerzuweisungen für die einzelnen Schulen die Unterrichtssituation verbessern;
- die Lehrpläne kritisch auf Themenüberschneidungen hin prüfen und die Voraussetzungen schaffen, damit stufenweise für die entsprechenden Berufsfelder zusätzlich eine Fremdsprache verbindlich in den Lehrplan aufgenommen wird;
- in Zusammenarbeit mit den Kammern, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Berufsschulen das bestehende System zwischen Block- und Teilzeitunterricht in den Berufsschulen überprüfen. Im Vordergrund der Entscheidungen für Block- oder Teilzeitunterricht soll dabei das Interesse des Auszubildenden und das des auszubildenden Betriebes stehen;
- besondere Fördermöglichkeiten und Ausbildungsgänge mit Berufsabschluß für lernschwache Jugendliche schaffen;
- gemeinsam mit den Kammern und den Be-

rufsschulen zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten für Abiturienten im Rahmen der Berufsschulausbildung einrichten;

- uns für den Aufbau einer Berufsakademie für den gewerblich/technischen Bereich einsetzen;
- uns für gleiche Ausbildungschancen von Frauen und Männer einsetzen und entsprechende Förderprogramme umsetzen;
- durch spezielle Fördermaßnahmen junge Mädchen und Frauen verstärkt an naturwissenschaftlich/technische Berufszweige heranführen;
- die Freistellung von Berufsschullehrern durchsetzen, damit sie die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der Neuordnung der Ausbildungsberufe absolvieren können;
- die Voraussetzungen schaffen, damit Berufsschullehrer in einem Zeitrahmen von 4 - 6 Jahren eine betriebliche Anpassungsfortbildung absolvieren können;
- dafür Sorge tragen, daß die Zusammenarbeit von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen verbessert wird.

Weiterbildung muß zum Selbstverständnis werden

Die Weiterbildung muß nach der Schul- und Berufsbildung zur dritten Säule in unserem Bildungssystem ausgebaut wer-

den. Weiterbildung sichert die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der gesamten Wirtschaft. Sie leistet damit einen Beitrag zur Sicherung unseres Wohlstands.

#### Weiterbildung

- soll Bildungsdefizite abbauen und den Menschen helfen, ihre Persönlichkeit und ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten;
- muß so ausgebaut werden, daß Bildungs- und Berufsabschlüsse in jeder Altersstufe nachgeholt werden können;
- schafft, sichert und verbessert berufliche Qualifikationen und führt zu Aufstiegsmöglichkeiten.

Der Senat hat bislang lediglich einen Weiterbildungsbericht und einen Frauenweiterbildungsplan vorgelegt, ohne jedoch die entsprechenden theoretischen Überlegungen praktisch umzusetzen.

Die SPD räumt immer noch der politischen Weiterbildung den Vorrang vor Angeboten zur beruflichen Weiterqualifizierung ein.

Gerade im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt ab 1993 wird die Qualifizierung unserer Arbeitnehmer für neue, moderne Arbeitsplätze unter Wettbewerbsgesichtspunkten immer wichtiger. Zusätzliche Herausforderungen erwachsen uns in Hamburg auch aus der Öffnung des osteuropäischen Marktes. Um die Chancen zu nutzen, ist es aber notwendig, sich auf neue Arbeitsplatzherausforderungen

z. B. durch das Erlernen von Sprachen, die Aneignung von Kenntnissen der Wirtschaftssysteme und der Rechtsgrundlagen einzustellen.

Weiterbildungsmaßnahmen werden überdies immer wichtiger für Frauen, die nach der Familienphase in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen. Gleichzeitig bieten Weiterbildungsmaßnahmen Arbeitslosen ohne Berufsausbildung die Chance, sich beruflich weiterzuqualifizieren und eine Arbeitsstelle zu erhalten.

Wir werden

- die Rahmenbedingungen schaffen, damit in Hamburg das vielfältige Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen bei freien Trägern qualitativ weiterentwickelt werden kann. Aufgabe des Senats ist dabei nicht die Ausweitung eigener staatlicher Angebote, sondern die Förderung und Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen der Kammern, Verbände und freien Träger;
- uns dafür einsetzen, daß die Bereitschaft zur freiwilligen, lebenslangen Weiterbildung schon in den Schulen eingeübt wird;
- deshalb in allen Stadtteilen den Aufbau eines Netzes von Informations- und Beratungsstellen fördern, die über die Hamburger Weiterbildungsangebote informieren;
- uns dafür einsetzen, Vorbereitungskurse für diejenigen anzubieten, die

aufgrund ihrer schulischen Vorkenntnisse nicht in der Lage sind, eine Weiterbildungsmaßnahme erfolgreich abzuschließen;

- die Volkshochschulen ausbauen und dafür Sorge tragen, daß das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen verbessert wird;
- darauf hinwirken, daß in jedem Bezirk Hamburgs ein Volkshochschulstandort aufgebaut wird;
- das Angebot von Tageskursen ausbauen;
- in den Hamburger Hochschulen die Rahmenbedingungen verbessern, damit dringend notwendige Weiterbildungsmaßnahmen auch dort angeboten werden können;
- eine Ombudsstelle einrichten, in der Bürger ihre Kritik an unseriösen Weiterbildungsangeboten vorbringen können. Diese Stelle soll den Beschwerden nachgehen und eventuell den entsprechenden Einrichtungen eine Weiterarbeit untersagen.

Wissenschaft und Forschung als Keimzelle des Fortschritts

Studierende in Hamburg (SS 1990)

Insgesamt:	62.090
darunter	
Universität	41.000
TU	1.250
Bundeswehruniv.	1.100
HWP	2.050
HfMDK	590
HfBK	1.000
Fachhochschule	14.000

Durch verfehlte Entscheidungen in der Hochschulpolitik sind im letzten Jahrzehnt viele gute Ansätze an den Hamburger Hochschulen verkümmert. Es wurden die falschen Prioritäten gesetzt, die Mittel wurden zu langsam oder nicht zukunftsorientiert bewilligt.

So kann in vielen Fachbereichen inzwischen kein qualifizierender Vorlesungsbetrieb mehr aufrecht erhalten werden, weil die Lehrveranstaltungen hoffnungslos überfüllt sind.

Hochschullandschaft ohne Konzeption

Der Senat hat es versäumt, das längst fällige Strukturkonzept für die Hamburger Hochschulen vorzulegen.

Nach wie vor gibt es aufgrund stellenplanmäßiger Fehler aus der Vergangenheit große Probleme im Personalbereich der Universität. Einer großen Zahl von Professoren steht nur ein kleiner Apparat mit Servicepersonal zur Verfügung. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird kaum gefördert.

Fachhochschule - Stiefkind des Senats

Unverständlichlicherweise steht die Fachhochschule immer noch im Schatten der Universität. Der Ausbau des Wissenschaftsstandortes Hamburg erfordert es, die Fachhochschule und ihren qualifizierten Lehrkörper weiter zu fördern.

Die CDU ist davon überzeugt, daß der Wissenschafts- und Forschungspolitik in Hamburg künftig ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden muß.

Wir werden

- ein Strukturkonzept für die Hamburger Hochschulen entwickeln, das deutlicher Schwerpunkte setzt und auch Versäumnisse der Vergangenheit im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich ausgleicht;
- Büroraumkapazitäten fachbereichsnah sicherstellen und der Tendenz zur Auslagerung von Fachbereichen in Randbezirke ein Ende setzen;
- uns der seit Jahren überfälligen Studienreform mit dem Ziel einer Verkürzung der Studienzeiten unter Beibehaltung und Verbesserung der Qualität annehmen. Studenten sollen ihre Ausbildung früher beenden können, um mit Blick auf das niedrigere durchschnittliche Examensalter von Hochschulabsolventen anderer EG-Staaten ihre beruflichen Chancen abzusichern;
- Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studenten ergreifen;
- uns für eine bessere Abstimmung der Forschungstätigkeit an den Hochschulen einsetzen, um Doppelarbeit zu vermeiden;
- verstärkt befristete Stellen an den Hochschulen schaffen und durch Umwandlung von vorhandenen Stellen dafür Sorge tragen, daß es zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Professoren, Assistenten und Servicepersonal kommt;

- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch postgraduierte Studiengänge für begabte junge Wissenschaftler nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß verbessern;
- ein Forschungsförderungsprogramm auflegen, um die Forschung auf wichtigen Feldern zu stärken und landeseigene Mittel dafür in den Haushalt einzustellen;
- das bisher gültige Verfahren der Drittmittelforschung entbürokratisieren. Dabei ist durch entsprechende Vorkehrungen die Freiheit der Forschung zu gewährleisten;
- den Verwaltungsaufwand in der Präsidalabteilung der Universität und des Hochschulamtes der Wissenschaftsbehörde umgehend absenken. Freiwerdende Stellen kommen der Forschung und Lehre zugute;
- den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen. Wissenschaftliches Personal soll befristet für die Forschung und Entwicklung in Unternehmen freigestellt werden. Im Gegenzug werden wir uns dafür einsetzen, daß Mitarbeiter aus der Wirtschaft in den Hochschulen tätig werden können. Dabei sollen auch Stiftungsprofessuren verstärkt genutzt werden;
- die Hochschule für Wirtschaft und Politik auflösen, weil sich die Existenzberechtigung dieser Hochschul-

einrichtung inzwischen überlebt hat. Statt dessen werden wir an der Fachhochschule einen Fachbereich Betriebswirtschaftslehre einrichten;

- das interdisziplinäre Zentrum für Hochschuldidaktik schließen, weil es für diese Einrichtung keine Aufgaben mehr gibt;
- den Aufbau einer Akademie der Wissenschaften in Hamburg forcieren und gleichzeitig darum bemüht sein, Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft in unsere Stadt holen;
- den Bau des Biotechnikzentrums in Hamburg beschleunigen. Dabei ist die Berücksichtigung ethischer Aspekte interdisziplinär sicherzustellen;
- den Aufbau eines Studienganges "Umweltmedizin und Umweltschutz" in Zusammenarbeit mit dem UKE, der Technischen Universität und der Universität Hamburg unter Zusammenfassung vorhandener Einrichtungen vorantreiben;
- die Einbeziehung der geisteswissenschaftlichen Fächer bei der Behandlung und Lösung von Umweltschutzfragen unter ethischen/sozialen Gesichtspunkten fördern;
- den Aufbau eines interdisziplinären Forschungsbereiches zwischen der Fachhochschule, der Technischen Universität und dem UKE zur Weiterentwicklung medizinischer Geräte vorantreiben;

- den Aufbau eines Studienganges "Europäische Wirtschaft in Hamburg" fördern, in dem besonders qualifizierte Studenten für einen zukünftigen Einsatz in europäisch/weltweit tätigen Wirtschaftsunternehmen ausgebildet werden;
- an den Fachhochschulen und der Universität Hamburg die Voraussetzungen zum Aufbau eines Lehrangebotes für eine "Seniorenhochschule" schaffen;
- uns an den Fachbereichen der Fachhochschule für einen schrittweisen Ausbau der anwendungsbezogenen Forschung einsetzen;
- zur Bekämpfung der studentischen Wohnungsnot in Hamburg ein landesspezifisches Förderprogramm für studentischen Wohnraum unter Ausnutzung der Bundesmittel auflegen. Dieses Wohnraumprogramm soll so angelegt werden, daß es später durch Umwidmung dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden kann;-
- den Anliegen behinderter Hochschulangehöriger verstärkt Rechnung tragen.

Hamburg - Stadt mit Kultur, Sport- und Freizeitqualität

Kulturmetropole Hamburg

Kulturelle Vielfalt statt Einfalt!

Ein vielfältiges Kulturangebot zählt zu den wichtigsten Merkmalen einer Metropole. Hamburg muß diesem Anspruch zunehmend gerecht werden, denn

- die Stadt hat ihr traditionelles Hinterland wiedergewonnen;
- die Nachfrage nach kulturellen Angeboten wächst mit der zunehmenden Freizeit;
- die kulturelle Attraktivität ist ein wichtiger Wettbewerbsfaktor des Wirtschaftsstandortes;
- Kultur ist ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses für eine weltoffene Stadt wie Hamburg.

Kulturausgaben pro Kopf und Jahr (1989)

Frankfurt	319 DM
Stuttgart	315 DM
München	255 DM
Hamburg	149 DM!

Hamburgs Kulturpolitik wird diesem Anspruch seit Jahrzehnten nicht gerecht. Die FDP hat daran trotz vieler Vor-schußlorbeeren kaum etwas geändert. Hamburg steht weiter im kulturpoliti-schen Schatten anderer Großstädte, ob-wohl es nach Größe, Infrastruktur und Nachfrage die idealen Voraussetzungen für eine echte Kulturmetropole bietet. Mit der Staatsoper, den Staats- und Privattheatern, den Orchestern und der Ballett-Company hat Hamburg hervorra-gende Grundlagen. Aber der Anteil der Kultur am Haushalt ist mit zwei Prozent beschämend gering. Nur professionellem Engagement und privater Eigeninitiative ist es zu verdanken, daß es in unserer Stadt auch überregional bedeutende Kul-turangebote gibt.

Dort, wo der Stadtstaat originäre Kul-turaufgaben - von Bücherhallen über Mu-seen bis zu den Staatstheatern - zu er-füllen hat, verzettelt er sich und ver-fällt in Provinzialität. Der Senat konnte sich nicht zu einer großzügigen Lösung für die Kunstinsel durchringen, die Museen leiden permanent an Geldman-gel, die Hamburger Bücherhallen vor Ort werden zerschlagen, Staatstheater wie Oper und Thalia-Theater werden nicht rechtzeitig renoviert. Die Jugendmusik-schule, die eine wichtige Aufgabe bei der Förderung des musischen Verständ-nisses und der Kreativität von Kindern und Jugendlichen hat, leidet seit Jah-ren unter der mangelnden Förderung des Senats. Deshalb fallen immer mehr Stun-den aus und der Bedarf wird nicht ge-deckt.

Wir wollen, daß Hamburg seiner Aufgabe als Kulturmetropole des Nordens gerecht werden kann. Unsere Stadt braucht Kul-turangebote, die überregional attraktiv sind, die Kinder und Jugendliche genau-so wie Erwachsene ansprechen. Dazu ge-hört

Theater

- ein Theaterfestival internationalen Zuschnitts. Wir wollen es als festen Bestandteil des Hamburger Kultursom-mers mit bedeutenden europäischen Aufführungen einrichten;
- ein reiches Theaterleben. Wir werden daher Staatstheater und Privattheater in die Lage versetzen, ein Programm zu bieten, das einer Metropole ge-recht wird;

- ein entsprechender baulicher und technischer Standard der Theater. Die Baumaßnahmen müssen koordiniert werden, damit Hamburg nicht in ein "Theaterloch" fällt;
- kulturelle Innovation. Deswegen werden wir für freie Theatergruppen, für experimentelles Theater und andere neue Kunstentwicklungen Mittel und Räume bereitstellen;
- ein Jugendtheater-Angebot. Wir werden die Möglichkeiten zur Schaffung eines Kinder- und Jugendtheater-Zentrums prüfen;

Open-Air-Veranstaltungen

- die Nutzung des Volksparkstadions für Open-Air-Veranstaltungen. Das setzt die Beseitigung der bestehenden baulichen Mängel voraus;

Musikfestwochen

- die Einrichtung jährlich stattfindender Musikfestwochen wie des Brahms-Festivals;

Museen

- die bessere Förderung der Museen, damit sie
  - attraktive Ausstellungen auf ausreichender Fläche zeigen können,
  - attraktive Öffnungszeiten bieten können,
  - den Schritt zum Erlebnismuseum vollziehen und den museumspädagogischen Dienst ausbauen können;
- eine Gesamtkonzeption für die Museen, die dem Anspruch der Weltstadt gerecht wird;

Instrumenten-Museum

- die Einrichtung eines klingenden Instrumentenmuseums, das auch mit Konzertveranstaltungen am geplanten Standort Valentinskamp einen "musikalischen Dreiklang" bildet mit Musikhalle und der Staatsoper;

Hafenmuseum

- der Aufbau des "Europäisches Hafenmuseum" in Hamburg, in dem die Bürger die technische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung erleben können.

Kunstinsel

Wir wollen zwischen Hauptbahnhof und Alster den angemessenen Rahmen für die bildende Kunst schaffen. Daher muß eine großzügige Lösung für die Kunstinsel realisiert werden, in der die zeitgenössische Kunst einen festen Platz erhält. Kunstverein und bildende Künstler müssen in der Markthalle angemessene Räume finden. Für die ganze "Kunstmeile" soll ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden.

Wir wollen die Deichtorhallen durch ständige Ausstellungen und attraktive Veranstaltungen mit Leben erfüllen und Hamburgs Künstler durch die Bereitstellung von Ateliers und den Bau von Künstlerhäusern fördern.

Die Stadt Hamburg wird in Zukunft für ihre öffentlichen Gebäude jährlich einen Etat zur Verfügung stellen, um Werke von hier lebenden Künstlern anzukaufen "Kunst im öffentlichen Raum" muß mehr als bisher zu einer Förderungsmaßnahme der hier lebenden Künstler werden.

Die Hamburger Kulturstiftung muß angemessen ausgestattet werden, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für die steuerliche Begünstigung des privaten Mäzenatentums einsetzen.

#### Bücherhallen

Hamburgs Bücherhallen müssen in allen Stadtteilen mit einem attraktiven Angebot vertreten sein. Wir werden die Zukunft der Bücherhallen organisatorisch wie finanziell sichern. Mehr als bisher wollen wir die Bücherhallen als regionale Kulturzentren nutzen.

#### Kultur für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf Kultur. Deswegen wollen wir ein spezielles Kulturangebot für Kinder und Jugendliche schaffen, zu familien-gerechten Preisen und kinder- und jugendgerechten Zeiten. Die Jugendmusikschule hat für die musikalische Erziehung und Freizeitgestaltung wachsende Bedeutung. Wir werden uns für die notwendige Unterstützung einsetzen.

Den Landesmusikrat wollen wir fördern. Er soll die Möglichkeit haben, im Zweijahresrhythmus Musikwochen auszurichten.

Die Förderung von jungen Rockmusikern hat in Hamburg bisher kaum stattgefunden. Weder Übungs- noch Auftrittsmöglichkeiten sind in ausreichender Zahl vorhanden. Deshalb sollen der Ausbau von Übungsräumen und ein jährliches Nachwuchs-Rockfestival gefördert werden.

#### Denkmalschutz

#### Speicherstadt

Wir werden die Mittel für den Denkmalschutz erhöhen, um insbesondere die umweltbedingten Schäden an Denkmälern zu beheben und die historischen Gebäude der Speicherstadt unter Denkmalschutz stellen. Die Erhaltung bzw. Wiederherstellung denkmalgeschützter Gebäude und Plätze soll durch Überlassung an gemeinnützige Vereine und Gesellschaften nachhaltig gefördert werden. Wir werden die Sanierung der Nikolai-Kirchenruine anpacken und in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis und mit Mäzenaten zu einer würdigen Gedenkstätte gestalten. Hamburg verfügt über wertvolle Gartendenkmale, die vor dem Verfall gerettet werden müssen. Wir werden die deshalb die Gartendenkmalpflege ausbauen.

#### Kulturgenuß mit Bahn und Bus

Kultur muß erreichbar sein. Deshalb müssen öffentliche Verkehrsmittel sicher sein, sauber sein und auch in den Abendstunden mit dichter Taktfolge fahren. Fahr- und Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen sollen kombiniert werden.

#### Sportmetropole Hamburg

Sportliche Betätigung ist gerade in einer Großstadt wie Hamburg eine der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen, denn die Gesellschaft steht vor der Frage, wie die zunehmende Freizeit aktiv und sinnvoll genutzt werden kann. Sportliche Betätigung ist wichtig für die Gesundheit und Gesundheitsvorsorge aller Mitbürger. Es ist daher notwendig, daß alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit erhalten, sich sportlich zu betätigen.

Neben einem umfangreichen Breitensportangebot muß eine Metropole wie Hamburg jedoch auch den Spitzen- und Leistungssport fördern, zumal gerade von sportlichen Glanzleistungen erhebliche Anreize für den Breitensport ausgehen.

Der Senat wird diesem Anspruch nicht gerecht. Immer wieder angekündigte Förderungsmaßnahmen und Projekte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sport und Sportpolitik in Hamburg nur allzu gern in das politische Abseits gedrängt werden, vor allem in Zeiten angespannter Haushaltslage.

Eine solche Politik trägt wesentlich dazu bei, Hamburg langsam aber sicher zur Sportprovinz des Nordens zu machen.

Immer wieder gehen sportliche Großveranstaltungen an Hamburg vorbei, weil weder geeignete noch ausreichend viele Sportstätten vorhanden sind. Die Alsterdorfer Halle und das Volksparkstadion sind entweder zu klein oder befinden sich in einem unbefriedigenden Zustand.

Das Deutsche Turnfest 1994 in Hamburg muß im Zelt stattfinden, weil die seit über 30 Jahren geforderte Mehrzweckhalle in Hamburg fehlt.

Mehrzweckhalle

Diese Halle soll nun nach dem Willen des Senats auf dem Großmarktgelände entstehen, nachdem Standorte wie Heiligegeistfeld und Rübenkamp den senatsinternen Querelen zum Opfer gefallen waren. Bis heute gibt es weder eine Entscheidung über den Baubeginn noch

über die Zukunft des Großmarkts und der dort arbeitenden Menschen.

Seit Jahren fehlt eine Trainings- und Wettkampfhalle für die Leichtathletik, der Kernsportart der Olympischen Spiele, obwohl sie unverzichtbar für die zukunftsweisende Förderung einer ganzen Sportart in Hamburg ist.

Sport und Umwelt

Wenn sich der Senat bislang mit dem Thema Sport und Umweltschutz beschäftigt hat, dann erschöpfte er sich in nichtssagenden Absichtserklärungen, anstatt dem Sport die nötigen Grundlagen zu schaffen.

Sportanlagen

Sportanlagen sind allzu oft weder bedarfsgerecht hergerichtet noch ausgestattet. Die Vereine sind mit der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Sportanlagen finanziell überfordert. Die dringend notwendige Substanzerhaltung wird aufgeschoben, weil zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Weil der immer wieder in Aussicht gestellte, aber nie vorgelegte Sportstättenleitplans fehlt, ist keine finanziell überzeugende und durchgerechnete Bedarfsanalyse und vorausschauende Planung möglich.

Damit aber werden zukünftige Sportstätten nicht gesichert, die angemessene regionale Versorgung mit Sporteinrichtungen ist gefährdet und die optimale Nutzung und Entwicklung bestehender Anlagen ist unmöglich.

Wir wollen Hamburg aus der Gefahr, der

sportlichen Provinzialität herausführen und die Stadt zu einer sportlichen Metropole entwickeln.

Es muß Schluß sein mit der bloßen Verwaltung des Mangels. Die Profilierung Hamburgs als Sportstadt muß vorangetrieben werden.

Im einzelnen:

#### Sportstättenleitplan

- Unter Einbeziehung der Vereine und Verbände werden wir so schnell wie möglich den lange überfälligen Sportstättenleitplan vorlegen. Der Neubau von Sportanlagen sowie die Modernisierung und Substanzerhaltung vorhandener Sportanlagen müssen in einem Mehrjahresprogramm gefördert werden.

#### Effektive Vereinsförderung

- Die Tätigkeit der Sportvereine werden insbesondere durch die Gewährung höherer Übungsleiterzuschüsse sowie die Aufstockung der Mittel für die Unterhaltung und Bewirtschaftung vereins-eigener Anlagen unterstützen.

#### Intensive Individualförderung

- Besonders begabte Sportler sollen durch Hilfen und Zuschüsse in Hamburg gehalten werden. Das System der Sichtung und Betreuung hoffnungsvoller Talente werden wir grundlegend verbessern.

#### Verbesserung des Volksparkstadions

- Das Volksparkstadion muß auf den modernsten Standard gebracht werden, damit in Hamburg sportlich erstklassige Turniere stattfinden können.

#### Mehrzweckhalle bauen

- Wir werden schnellstmöglich mit dem Bau einer Mehrzweckhalle für sportli-

che und nichtsportliche Großveranstaltungen beginnen. Neben einer Mehrzweckhalle ist auch eine spezielle Leichtathletik-Halle notwendig.

#### Sport und Umwelt

- Beim Bau von Sportanlagen werden wir besonders darauf achten, daß kein Konflikt zwischen Sport und Umweltschutz auftritt. Soweit dies in der Vergangenheit mißachtet wurde, soll der Sportbetrieb auf den vorhandenen Anlagen durch den nachträglichen Einbau schalldämmender Maßnahmen gesichert werden.

#### Verbesserung der Bädersituation

- Die Hamburger Hallen und Freibäder müssen attraktiver gestaltet werden. Zu einem umfangreichen Freizeitangebot für alle Hamburger, besonders für die Familien, gehören flexible Öffnungszeiten, Shop in Shop-System, bessere Ausstattung von Dusch- und Umkleidebereichen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, daß Hamburg ein großes Familienfreizeitbad bekommt. Dieses könnte z. B. im Bereich des Volksparkes durch private Investoren errichtet werden.

#### Sportförderung rechtlich absichern

- Hamburgs Sportförderung muß auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

#### Breitensport

- Schul-, Vereins- und Breitensport müssen zu sinnvollen Zeiten in den Hallen und auf den vorhandenen Sportanlagen betrieben werden können. Dazu gehören auch flexible Hallenöffnungszeiten z. B. am Wochenende. Auch ohne Vereinsbindung muß Freizeitsport mög-

lich sein. Dafür sind die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

### Freizeitmetropole Hamburg

40% der Hamburger verbringen ihren Urlaub zu Hause

Die meisten Hamburger verlassen ihre Stadt, wenn sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten wollen. In der Heide, an Nord- und Ostsee, im Umland finden sie das, was sie in ihrer Stadt vermissen: ein überzeugendes Freizeitangebot.

Die vorhandenen Freizeiteinrichtungen in der Hansestadt werden nicht akzeptiert, sind überlastet und nicht zielgruppengemäß oder vornehmlich kommerziell ausgerichtet ("Alstervergnügen"). Es fehlt an attraktiven Angeboten für Spiel und Spaß (z.B. ganzjährige Angebote, Freizeitparks).

Über die mangelhafte Freizeit-Infrastruktur können auch Hamburgs Grünflächen, zahlreiche Parks und große Wälder nicht hinwegtäuschen. Hamburgs Grünflächen bieten keine Alternative zur Flucht in die norddeutsche Landschaft; es fehlt gerade an innerstädtischen sportlich-attraktiven Grünanlagen, die den Wochenendexodus stoppen könnten.

Im einzelnen:

- Wenn Hamburg seine Metropolfunktion wahrnehmen will, müssen die gewandelten Bedürfnisse der Bürger aufgegriffen werden; nur dann bleiben die Menschen auch gerne in der Stadt.

- Dazu ist eine "Leitstelle Freizeit" mit Querschnittsaufgaben in allen Be-

Leitstelle Freizeit

reichen der Verwaltung einzurichten. Gerade in Zeiten finanzieller Engpässe ist das eine unabdingbare Maßnahme, um einen effizienten Mitteleinsatz garantieren zu können.

Finanzierung von Freizeitmaßnahmen

- Wir werden einen Haushalt für Freizeitmaßnahmen aufstellen, eine Freizeitlotterie veranstalten, um die notwendigen Maßnahmen finanzieren zu können.

Verbesserung des Grünflächenangebots

- Die Hamburger Grünflächen müssen intensiver genutzt, qualitativ verbessert und besser geschützt werden. Wir werden daher
  - ein umfassendes Grünflächenkonzept erarbeiten;
  - ein Amt für "Gartendenkmalpflege" einrichten;
  - die Übernahme von Patenschaften für Grünflächen fördern;
  - das Angebot in den Grünanlagen verbessern, insbesondere Sport- und Spielmöglichkeiten für Ältere, Kinder und Familien;
  - dafür sorgen, daß in den Hamburger Parks kulturelle und gastronomische Angebote geschaffen werden;

Natur zurück in die Stadt

- Die Natur muß zurück in die Stadt geholt werden. Wir werden deshalb für Neubegrünungen Sorge tragen.

Freizeitparks

- Ein erster Schritt für die Ausweitung innerstädtischer Sport- und Spielmöglichkeiten wäre die Errichtung von Freizeitparks, die großzügig angelegt, wetterunabhängig, zielgruppengemäß, ganzjährig geöffnet und naturintegriert sein müssen.

#### Städtebauliche Maßnahmen

- Wir werden uns dafür einsetzen, daß  
Vielzweckräume, soziale und kulturelle  
Stadtteilzentren, nichtkommerziellen  
Cafes und Mietergärten geschaffen  
werden.
- Die Eigeninitiative von Mietern muß  
gefördert werden. Wir werden uns des-  
halb für die Schaffung von Kinderbau-  
ernhöfen, Dachgärten, Mofa- und Fahr-  
radwerkstätten einsetzen. Dabei ist  
daran zu denken, einen Teil der Miete  
freizeitverbessernden Maßnahmen vor-  
zubehalten.

#### Demokratische und leistungsfähige Verwaltung für Hamburg

Die Hamburger CDU hält eine Reform der  
Hamburger Verwaltung für überfällig.  
Diese Umstrukturierung wird seit Jahr-  
zehnten vom Senat und von der SPD ver-  
schleppt.

Dringend erforderlich sind eine Stär-  
kung der Bezirke, die Entflechtung der  
Senats- und Bezirksaufgaben sowie der  
Abbau von Bürokratie aus.

#### Demokratie statt Zentralismus

Die CDU lehnt deshalb die Vorschläge  
des Ersten Bürgermeisters und der SPD  
ab. Sie bauen Mitwirkungsrechte der  
Bürger ab und stärken den politischen  
Zentralismus in der Hamburger Verwal-  
tung, obwohl die bisherige Zentralisie-  
rung ohne Beispiel in der Bundesrepu-  
blik Deutschland ist.

Es ist kennzeichnend für den Geist die-  
ser SPD-Vorschläge, daß entgegen den  
Erfordernissen moderner Demokratie und  
der vertikalen Gewaltenteilung die  
Staddirektoren in den sogenannten Bür-  
gerämtern vom Senat letztlich durchge-  
setzt, ernannt und wieder abberufen  
werden können.

Dies ist im Verhältnis zur heutigen  
Wahl der Bezirksamtsleiter durch die  
Bezirksversammlung ein weiterer Rück-  
schritt. Im Grunde genommen ist der  
Staddirektor nicht mehr Sachwalter für  
die Belange der Bürger des Bezirkes und  
ihrer gewählten Vertreter, sondern  
Statthalter des Senats.

Im übrigen sollen in vier Jahrzehnten gewachsene Mitwirkungsrechte der Bürger mit einem Federstrich beseitigt werden, indem es zukünftig keine Bezirksversammlung mehr geben wird. Die von der SPD konzipierten Bürgerämter und Bürgerversammlungen sind dafür kein Ersatz.

Besonders befremdlich sind bei den SPD-Vorschlägen zusätzliche neue Instrumente staatlicher Machtsicherung, die sogenannte Globalsteuerung oder das Controlling/Berichtswesen.

Bestandteile einer Verwaltungsreform müssen nach Auffassung der Hamburger CDU sein:

demokratische Wahl statt Einsetzung

- Die regionalen Verwaltungschefs werden aus der Mitte der demokratisch legitimierten Bezirksgruppen vorgeschlagen und gewählt. Dem Senat steht ein Vetorecht nicht zu.
- Die Bürgerschaft entscheidet über die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken sowie über die Zahl und den Zuschnitt der Verwaltungsbezirke.

Neuverteilung der Aufgaben

- Eine Neuverteilung der Aufgaben:
  - Die Bündelung örtlicher Aufgaben bei den Bezirksämtern zur abschließenden Entscheidung.
  - Die Entlastung der Fachbehörden von der Fülle der Einzelfall-Entscheidungen.
  - Die stärkere Eigenverantwortung

der Bezirke in der Haushaltsführung.

Dezentralisierung

- Die erforderliche Dezentralisierung der Hamburger Verwaltung und damit der Ausbau von Mitwirkungsrechten der Bürger wird nur erreicht, wenn der Aufgabenkatalog der Bezirksämter erweitert wird und die Bezirke gestärkt werden. Die Hamburger CDU schließt sich insofern auch dem Grundgedanken der Haas-Kommission an und bekräftigt in diesem Zusammenhang die von ihr schon mehrfach vorgelegten Aufgabenkataloge.

Trennung von Bezirks- und Landesaufgaben

- Die Bezirksämter sollen diejenigen Aufgaben selbständig führen, die nicht wegen ihrer überbezirklichen Bedeutung oder Eigenart einer einheitlichen Durchführung bedürfen (Bezirksangelegenheiten). Aufgaben, die einheitlich wahrgenommen werden müssen (Landesangelegenheiten), sind Sache des Senats, werden Fachbehörden übertragen als Weisungsaufgabe an die Bezirksämter delegiert.
- Die Hamburger CDU verschließt sich nicht den Bedenken gegen eine mögliche Doppelarbeit auf der örtlichen Ebene zwischen Ortsausschüssen und Bezirksversammlung. Deshalb sollen Regionalausschüsse künftig keine Unterausschüsse mehr bilden.

Solide Finanzen: Basis für die Zukunft

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist statistisch gesehen eine "reiche" Stadt. Im vergangenen Jahr wurde hier dank des Fleißes der Bürger und einer durch unternehmerischen Wagemut geprägten Wirtschaft ein Bruttoinlandsprodukt von über 100 Milliarden DM erwirtschaftet. Für 1991 wird mit einem realen Wachstum des BIP von über 3 Prozent gerechnet.

Dennoch ist Hamburg massiv verschuldet. In den letzten beiden Jahrzehnten sind die Staatsschulden explosionsartig angestiegen.

Ursache war die von der SPD zu verantwortende Aufblähung des öffentlichen Dienstes, die Überlastung des Staates mit Aufgaben und die Verschwendung von Steuergeldern durch Skandale und Pleiten. Dadurch engt sich der finanzielle Handlungsspielraum immer weiter ein.

Die wachsende Verschuldung Hamburgs und die damit im Zusammenhang stehende ständig steigende Belastung des Haushalts mit Zinsleistungen führt dazu, daß in den nächsten Jahren - bei voller Kreditfinanzierung der Investitionen - weiterhin strukturelle Finanzierungslücken im Betriebshaushalt von 600 bis 700 Mio DM jährlich entstehen, ohne daß dafür bislang konkrete Deckungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Es ist höchste Zeit für die Wende zu einer soliden Finanzpolitik.

Hamburger Schuldenstand (Mrd DM)				
1970	1980	1990	1991 (Plan)	
3,5	10,8	21,7	23,4	

44% des Haushalts sind Personalausgaben  
10% des Haushalts müssen für Schuldzinsen aufgewendet werden

Für Schuldzinsen gibt der Senat fünfmal mehr aus als für den Umweltetat!

Mehreinnahmen 1989-1990:  
über 1,2 Milliarden DM

Prognose des Finanzsenators:  
Durch deutsche Einheit Steuermehreinnahmen bis 1994 von 1 Milliarde DM

Hamburger Staatsschulden je Einwohner  
1980 6.754 DM  
1990 13.323 DM

Entwicklung der Personalkosten  
1980: 4,3 Milliarden DM  
1990: 5,9 Milliarden DM

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat Hamburg unter dem Strich erfreuliche Steuermehreinnahmen gebracht. Dies bietet, zusammen mit einer grundlegend neuen Finanzpolitik, die Chance, Hamburgs Haushalt auf gesunde Beine zu stellen. Dies muß sofort geschehen, da sonst die steigenden Schulden und vor allem die noch stärker ansteigenden Zinsausgaben eine Haushaltssanierung unmöglich machen.

Der Hamburger Haushalt ist notleidend! Eine hervorragende Konjunktur, sprudelnde Steuereinnahmen, steigende Beschäftigungszahlen, günstige Tarifabschlüsse und ausgezeichnete wirtschaftliche Perspektiven stehen einer sich kontinuierlich verschlechternden Situation der Hamburger Staatsfinanzen gegenüber.

Ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Einnahmen ist die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen. Zwar haben SPD und FDP sich auf entsprechende Maßnahmen verständigt; doch die Koalition hat sie kaum durchgeführt und sogar weiter verstaatlicht (Übernahme UNIKAI zu 100 Prozent durch die HHLA).

In Hamburg ist der Anteil der Personalkosten im Haushalt höher als im Bundesgebiet. Schon 1982 setzte sich der SPD-Senat das Ziel, die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 12.000 zu senken.

Bedienstete pro 1000 Einwohner	1965	1987
Hamburg	48	74
andere Länder und Gemeinden	37	52

(lt. Finanzbericht 1990 des Bundes)

Tatsächlich hat er sie um 5.000 erhöht. Der höhere Anteil öffentlich Bediensteter in Hamburg, gemessen an der Bevölkerungszahl, ist sicher auch zu einem geringen Teil auf die besondere Struktur des Stadtstaates zurückzuführen, zeigt aber zugleich, daß sich der Abstand verdoppelt hat.

Das Problem der Personalkosten wird verschärft, weil aufgrund der Altersstruktur überproportional viele Staatsbedienstete in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand gehen werden. Dadurch wird der Anteil der Versorgungsbezüge an den Gesamtausgaben für Personal von heute 20,6 Prozent auf 26,3 Prozent im Jahre 2005 steigen.

Stillstand der Investitionen

1980: 1,5 Mrd. DM  
 1987: 1,5 Mrd. DM  
 1990: 1,5 Mrd. DM  
 (ohne NH-Folgekosten)

Sachausgaben:

1980: 2,7 Mrd DM  
 1990: 5,0 Mrd DM

Zinsausgaben:

1980: 0,8 Mrd. DM  
 1990: 1,6 Mrd. DM

Dort, wo in die Zukunft hinein Wirkung erzielt werden soll, bei den Investitionen, herrscht Stillstand. In der Finanzierung des Konsums, der keine Zukunftsbedeutung hat, sind die Zuwachsraten zwei- und dreistellige! Sinkende Investitionen, steigender Konsum und explodierende Schulden sind das Merkmal unsolider, die Zukunft verneinender Haushaltspolitik, sind das Merkmal sozialdemokratischen Umgangs mit unseren Steuergeldern.

Wir wollen heute in den Bereichen sparen, die den Bürger nicht belasten, damit wir die Aufgaben von morgen lösen können.

Wir müssen die Fehler der letzten 20 Jahre beseitigen. Es darf nicht mehr sein, daß Hamburg für die Zinsausgaben

genausoviel Geld ausgibt wie für die Zukunftsinvestitionen.

Wie wollen wir das erreichen?

Mit dem folgenden 11 Punkte-Programm:

Stop der Personalkosten

1. Wir wollen erreichen, daß in den nächsten Jahren der Anteil der Personalausgaben deutlich unter 40 Prozent des gesamten Etatvolumens liegt. Es gibt keine Entlassungen. Also wird jede frei werdende Stelle im öffentlichen Dienst überprüft, ob sie wiederbesetzt werden muß.

2. Neue Aufgaben werden finanziert, wenn alte wegfallen. Durch diese Umschichtungszwänge entschlacken wir den öffentlichen Dienst.

Aufgabenkritik

3. Wir werden unverzüglich eine echte Aufgabenkritik einführen. Jede öffentliche Tätigkeit in den Behörden, Ämtern und den öffentlichen Unternehmen muß auf den Prüfstand: Entbehrliche Aufgaben fallen dem Rotstift zum Opfer.

Bürokratie abbauen

4. Doppelarbeit, Kompetenzwirrwarr und nicht nachvollziehbare Verwaltungsabläufe kosten zuviel Geld. Es müssen unverzüglich moderne betriebswirtschaftliche Erkenntnisse Einzug in die Amtsstuben finden. Wir benötigen im höheren Dienst nicht immer nur juristischen Sachverstand. Volkswirte und Betriebswirte sowie Führungskräfte mit Managementerfahrung bringen frischen Wind in die Verwaltung.

Verwaltungsreform

5. Wir brauchen zusammen mit der Aufgabenkritik eine rasch wirkende Verwaltungsreform. Die Behörden der Stadt müssen ihre Aufgabe als Dienstleistungsfunktion für die Menschen verstehen. Wir wollen weniger, aber bessere Behörden.

Entstaatlichung

6. Wir wollen Schluß machen mit der Vorstellung, der Staat könne oder müsse alles selbst leisten. Entstaatlichung heißt nicht allein Veräußerung von Vermögen. Entstaatlichung heißt Übertragung von Aufgaben an nichtstaatliche Einrichtungen. Insbesondere von den vielen öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt müssen wir uns trennen: Reinigungsunternehmen, Fahrzeugwerkstätten, Reisegesellschaften, Tanklager, Unternehmensberatungsgesellschaften, Leasingfirmen und vieles mehr gehört nicht in den Staatsbesitz. Beachtliche Privatisierungsgewinne sind durch den Verkauf von Anteilen Hamburgs an öffentlichen Unternehmen, wie zum Beispiel den Gaswerken, den Elektrizitätswerken und der Hamburgischen Landesbank selbst dann zu erzielen, wenn Hamburg 50,1 Prozent der Anteile behält. Durch entsprechende Vertragsgestaltung werden wir die Interessen der Arbeitnehmer schützen.

Neue Investitionen

7. Erlöse aus Entstaatlichungsmaßnahmen setzen wir zu einem großen Teil zur Reduzierung der Schulden ein. Damit senken wir die unverantwortlich hohen Zinsausgaben und gewinnen so neuen Spielraum für wirklich wichtige Aufgaben. Kreditaufnahmen für konsumtive Ausgaben lehnen wir ab.

Prüfstand für Subventionen

8. Strenge Maßstäbe legen wir an die Subventionsgewährung. Jede Subvention aus dem Haushalt muß auf den Prüfstand. Es darf keine Dauersubventionen mehr geben. Wir wollen keine Mitnahmeeffekte und keine Gewöhnung an Subventionen!

Investitionen

9. Investitionen dürfen nicht nur durch die teure Aufnahme von Krediten finanziert werden. Unser Ziel ist es, daß der Betriebshaushalt, also die Summe der Einnahmen aus Steuern und Gebühren, wieder einen Beitrag zur Finanzierung der Investitionen leisten kann. Auch so reduzieren wir die Zinsbelastung des Haushalts.

Mehr Einnahmen schaffen

10. Mit einer offensiven Flächenpolitik wollen wir den Mangel an attraktiven Gewerbeflächen beheben. Hamburg hat Flächen. Sie sind nur noch nicht im erforderlichen Maße erschlossen. Wir wollen die Abwanderung der Gewerbebetriebe durch die unbürokratische Bereitstellung und Vergabe an expandierende und neu nach Hamburg ziehende Unternehmen verhindern. Damit verbessern wir gleichzeitig die Einnahmeseite des Haushaltes zum Beispiel bei den Gewerbesteuern.

Stärkung der parlamentarischen Kontrolle

11. Wir wollen die Kontrollfunktion des Parlaments stärken. Die sogenannte Ausgliederung von Aufgaben aus dem Haushalt ist nichts anderes als der Versuch, staatliches Handeln in den Behörden und öffentlichen Unternehmen der verfassungsgemäßen Kontrolle der Bürgerschaft zu entziehen. Die Bürgerschaft, nicht der Senat, hat über die

Steuergelder unserer Bürger zu entscheiden.

Eine grundlegende Voraussetzung unserer Politik für Hamburg ist ein gesunder Haushalt. Wir wollen zukünftige Generationen nicht mit einem drückenden finanziellen Erbe aus unserer Zeit belasten. Unsere Verantwortung für die Zukunft erfordert einen soliden Staatshaushalt heute. Wichtige Jahre sind verlorengegangen. Der Staat muß wieder Sparsamkeit lernen. Er darf nicht mehr ausgeben, als er einnimmt.

Kassensturz

Wir werden unmittelbar nach der Wahl einen Kassensturz vornehmen. In dem Maß, wie durch Aufgabenkritik Haushaltsspielräume gewonnen werden, wie durch Entstaatlichung zusätzliche Investitionsmittel freigesetzt werden und wie unsere Wirtschaftspolitik zu Mehreinnahmen führt, werden wir das vorliegende Programm realisieren.

Unsere Politik, die wir mit diesem Programm vorstellen, hat nur dann eine Chance, wenn wir die von uns als richtig erkannten Maßnahmen auch verantwortungsbewußt finanzieren können.

Wir sind dazu in der Lage.

Stichwortverzeichnis

A 26	40
Abfallvermeidung	18
Abfallverwertung	14
Abfallwirtschaft	17, 18
Abschiebung	81
Abwasser	10
Achsenmodell	31
Ärzte	102
AK Ochsenzoll	55
Akademie der Wissenschaften	120
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen	99
Alster	9
Alstersanierung	8, 10, 12
Altenwerder	69, 70
Altenzentren	95
Altersmedizin	102
Altflächensanierung	31
Altlasten	8, 12, 13
Altlastensanierung	12, 13, 66
Amtsgericht	48
Ansiedlungspolitik	15, 62, 63
Arbeitnehmer	73-76, 142
Arbeitslosigkeit	59, 73
Arbeitsplätze	3, 63, 74
Asylanten	49, 50, 80, 81
Aufgabenkritik	141
Ausländer	49, 80
Ausländerwahlrecht	50, 80
Autoverkehr	15, 35-40
Baggergut	69, 71
Bahnhöfe	36
Bahnring	37
Ballett	122
Bauen	27-34
Baugenehmigungen	27-30
Bebauungspläne	27
Behinderte	36, 78
Berufsausbildung	73
Berufsfeuerwehr	53
Berufsschule	110-113
Beschäftigungsgesellschaften	74, 75
Bezirksamtsleiter	135
Bezirksversammlung	135
Bezirksämter	137
Biotope	28, 31
Boden	13
Bramfeld	37
Brauchwasser	11
Breitensport	128, 131
Brüssel	5
Bäder	131
Bücherhallen	126
Bürgerschaft	136
Bürokratie	141
Bundeswehr	51

Dachbegrünung	21
Deiche	52
Deichtorhallen	125
Denkmalschutz	127
Dezentralisierung	137
Dresden	6, 9
Drogen	45, 55-58
Duvenstedter Brook	30
EG-Binnenmarkt	24
Ehrenamtliche Helfer	53, 94
Eigentum in Mieterhand	33
Eisenbahn	40
Elbe	3, 9-11, 71
Elbtunnel	40
Energie	15
Entstaatlichung	142
Ersatzflughafen	39
Erstbesielung	11
Erziehungsgeld	84
Europäischer Binnenmarkt	3
Existenzgründung	67
Extremismus	42
Fachhochschule	117, 120, 121
Fahrpreise	36
Fahrradverkehr	35, 39
Familien	82-85, 131
FCKW	16
Fehlbelegungsabgabe	29
Feuerwehr	52
Finanzen	61, 138-144
Flächennutzungsplan	29, 30, 31
Flächenrecycling	31, 62
Flüsterasphalt	17
Flughafen	17, 39
Fluglärm	17
Forschungsförderung	119
Frauen	84, 90-92
Frauenhäuser	92
Frauenpolitik	91
Freibäder	131
Freiwillige Feuerwehren	53
Freizeit	3, 94, 131-133
Früherkennung	99
Fußgängervorrangzonen	38
Gartendenkmalpflege	127, 133
Gartenflächen	22
Gebühren	34, 63
Geriatric	102
Gericht	47
Gesamtschule	103-108
Gesundheitspolitik	98
Gewerbeflächen	31, 60, 62, 143
Gewerbhöfe	66
Gewerbemüll	19
Gleichberechtigung	90
Großsiedlungen	34
Grünachsen	20
Grünanlagen	21
Grünflächen	133

Grundschule	103-108
Grundwasser	12
Gymnasien	103-108
Häusliche Pflege	97
Hafen	69-72
Hafenmuseum	125
Hafenstraße	41, 42
Hafturlaub	50
Hamburger Familienpaß	85
Handwerk	67
Hauptschule	103-108
Hausaufgabenbetreuung	95
Haushaltssanierung	139
Hausmülldeponien	14, 20
Heimbeiräte	96
Heime	95
HHLA	72, 139
Hochschulen	116-121
Immenhorstweg	31
Industriebrachen	31, 62
Industrielärm	17
Instandsetzungsstau	32
Integration	79
Investitionen	140, 143
Investitionsstau	63
Jugend	74, 75, 82-89, 124, 126
Jugendkriminalität	51
Jugendmusikschule	123, 126
Justizpolitik	50, 51
Kaltenkirchen	17, 39
Katastrophenschutz	52
Kernenergie	14
Kinder-Kommission	86
Kinder	82-85, 124, 126, 133
Kinderbauernhöfe	134
Kindergärten	78, 83-86, 90, 101
Klärwerke	10
Kleingärtner	29
Klima	16, 52
Kliniken	101
Kohlendioxid	16
Kraftwerke	15
Krankenhäuser	98-102
Krankheitsvorsorge	99
Kriminalbeamte	44, 46
Kriminalität	3, 41-46, 51
Kultur	122-127
Kulturstiftung	126
Kunst	122-127
Kunstinsel	125
Kunstverein	125
Lärm	16, 39
Lärmschutzfonds	17
Landeskriminalamt	58
Landesmusikrat	126
Landschaftsplanung	21
Landwirtschaft	9, 14, 21, 68

Langzeittherapie	58
Lehrer	103-108, 112
Lehrpläne	112
Leichtathletik	129, 131
Leistungssport	128
Luftverschmutzung	14, 15
Medien	64
Medienakademie	65
Mehrzweckhalle	128, 130
Methadon	55, 57
Metropole	3
Mieter	28, 32-34, 134
Mischwassersiele	10
Mittelstand	22, 65, 66
Mode	64
Mülldeponien	17-20, 30
Müllheizkraftwerke	15, 18
Mütterzentren	91
Museen	123, 124
Musikfestwochen	124
Nachbarschaftshilfe	94
Naherholung	5
Nahverkehr	35, 37
Natur	20, 133
Naturschutzgebiete	20
Naturschutzverbände	21
Nebenkosten	33, 34
Neubegrünungen	133
Neue Heimat	32, 33
Nikolai-Kirchenruine	127
Notarztwagen	53
Oberalster	29
Öffentlicher Nahverkehr	15, 17, 35-37, 127
Open-Air-Veranstaltungen	124
Orchester	122
Ost-West-Tunnel	38
Park+Ride-Center	37
Parkraum in der Innenstadt	38
Partnerstädte	6
Personalkosten	139, 141
Pflanzenschutzmittel	14
Pflegefamilien	86
Pflegefeuerwehr	100
Pflegenotstand	98-100
Pflegerisikoversicherung	97
Politik der Elbe	3, 6
Polizei	42-46
Polizeireform	44
Prag	6, 9
Privatisierung	139
Privattheater	122
Qualifizierung	74, 75, 114
Rauschgiftdelikte	45, 49, 55
Realschule	103-108
Recycling	19
Regionalplanung	5

Renaturierung	11
Rockmusik	126
SAGA	32, 33
Schönberg	17, 18
Schüler	103-111
Schulden	138-142
Schulen	3, 103-116
Schutzpolizei	44, 46
Schwermetalle	11
Selbsthilfegruppen	55, 102
Selbsthilfe-Zentren	95
Senioren	93-97
Seniorenbeiräte	96
Senioren-Experten-Dienst	94
Sicherheit	36, 41-54
Siegelgebühren	9, 11
Sielsystem	11
Skandinavien	64
Soldaten	54
Sonderschulen	103-108
Soziale Marktwirtschaft	7
Sozialhelfer	95
Sozialhilfe	76
Sozialhilfeausgaben	73
Sozialhilfeempfänger	75
Sozialmieter	33
Soziales	73-89
Sozialstationen	95, 99, 102
Speicherstadt	72, 127
Sportförderung	131
Sportstätten	128
Sportstättenleitplan	130
Sportvereine	130
Staatsoper	122
Staatstheater	123
Stadtentwicklung	31
Stadtplanung	20
Städtepartnerschaften	9
Steilshoop	37
Stiftung "Mutter und Kind"	84
Stillhorn/Moorwerder	29
Strafanstalten	50
Straftaten	41-50
Strafvollzug	50
Strafvollzugsbedienstete	51
Straßenkriminalität	45
Strukturhilfeprogramm	63
Studentenwohnungen	27
Sturmfluten	52
Subventionen	143
Südostasien	6, 64
Tageskliniken	99
Technologie	67
Technologietransfer	119
Theater	123, 124
Treibhauseffekt	16
Trinkwasser	11-13

U 4	36
Uferzonen	11
Umland	4,5
Umwelt	4,7-26,30,39,53,61,67
	68,100,120,129,131,138
Umweltberatung	8
Umweltgebühren	7,9
Umwelthaushalt	7
Umweltmedizin	100,120
Umweltqualität	3
Universitätskrankenhaus Eppendorf	53
Untereiberaum	52
Verbrechensbekämpfung	44
Verkehr	14,15,31,35-40,45
Verkehrslärm	39
Verschuldung	138
Verwaltungsreform	61,135-137,141
Volkshochschule	116
Volksparkstadion	124,128,130,131
Wachstum	60,65
Waldsanierung	21
Wassereinsparung	11
Wasserschutzpolizei	46
Wasserstraßen	71
Weiterbildung	76,92,113-116
Wirtschaft	22,59-72
Wissenschaft	117-121
Wohlfahrtsverbände	94
Wohnen	3,27-34
Wohngeld	34
Wohnraum	27,32
Wohnumfeldgestaltung	34
World-Trade-Center	64
Zweckverband "Region Hamburg"	5,63
Zweitmiete	33,34